

D7426 E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.10/Oktober 1984

15. Jahrgang

2,50 DM

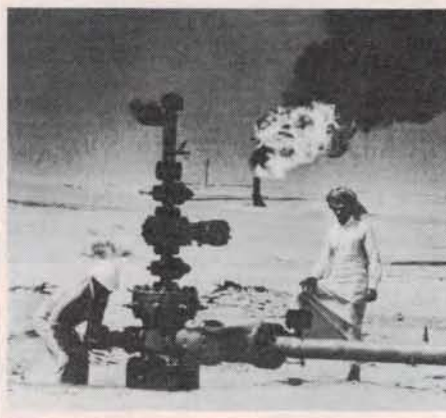
US-Wahlen



PLANTU.

Inhalt

US-Präsidentenwahl: Auf ein Neues mit Reagan? Vergleich der Wahlprogramme von Republikanern und Demokraten in Sachen Außen- bzw. Dritte-Welt-Politik	3 4
Wahlmodus und Machtfülle des US-Präsidenten	6
Nikaragua Wahlen gegen den Krieg Wahlprogramm der FSLN Gespräch mit Giaconda Belli	9 10 13
El Salvador Interview mit FMLN-Comandante Joaquin Villalobos FMLN-Operation von Cerron Grande	15 16
Chile Gespräch mit FPMR-Comandante Miguel	18
Südatlantik Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (Teil 2) Atombomben auf Cordoba	20 21
Frieden und Dritte Welt Aufruf zur Mittelamerika-Demonstration am 3. 11. 1984	24
Südafrika Eine neue Republik Aufruf des ANC	25 26
Saudi Arabien Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands (Teil 1) Tornados für die Sauds? BRD-Rüstungsexportschwemme gen Saudi Arabien	29 33 34
Ernährung Hunger - Geißel des Neokolonialismus Bericht an den VII. Gipfel der Nichtpaktgebundenen: Zur Verschlechterung der Welternährungslage Fehlprognosen der FAO Kampf dem Hunger!	35 36 37 38
Sport Olympia in Los Angeles - „Operation Gold“	40
Ausländerpolitik Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik	42
Rezension Studien zur Ausländerfeindlichkeit	43
Lesermeinungen, Standpunkte	44
Infodienst zur Solidarität	45
Kurzinformationen Philippinen, Indien, Israel, VI. UNIDO, Libyen-Marokko, Zimbabwe, Äthiopien, Burkina (Obervolta), Kolumbien, Rotes Meer	47



US-Präsidentenwahl

S.3

Am 6. November 1984 wird in den USA für die nächsten vier Jahre ein neuer Präsident gewählt. Es wird einmal mehr ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Ausgewählten der Republikanischen und Demokratischen Partei geben. Diese benannten auf ihren Parteikonventen Ende Juli bzw. August d.J. Ronald Reagan und Walter Mondale.

Was eint und unterscheidet ihr außenpolitisches Konzept? Inwieweit ist Mondale eine Alternative?

Nikaragua

S.9

Am 4. November d.J., zwei Tage vor den US-Wahlen, werden die Nicaraguaner ein Parlament und einen Präsidenten wählen. Die antisandinistische Rechte will den Urnengang durch ihren Boykott in Mißkredit bringen. Und die Verantwortlichen in Washington setzen weiterhin auf die militärische Beseitigung der Revolution. Vermögen die Wahlen den Sandinistas eine Atempause zu verschaffen? Oder verbessern sie noch die Bedingungen für eine US-Invasion?

Saudi Arabien

S.29

Das Fahd-Regime gilt als der „lebenswichtige“ Verbündete der NATO am Persischen Golf. Das Königshaus in Riad betont hingegen seine Eigenständigkeit und Mittlerrolle zwischen Westmächten und Dritter Welt.

Wir sprachen mit zwei führenden Vertretern des illegalen saudischen Volkswiderstands über die Außen- und Innenentwicklung im Ölland Nr. 1.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter García, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübber-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann, Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: B. Graul, D. Knabe, U. Rupp, P. Sittig, A. Wickel, U. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Anzeigen: Betrifft Erziehung, medico international, IIA, Weltkreis Verlag, ICSA, CON, pro familia, Beltz-Verlag, päd extra

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss
Redaktionsschluss: 14. 9. 1984

Aktueller Kommentar: Auf ein Neues mit Reagan?

Am 6. November d.J. gehen die wahlberechtigten Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zu den Urnen. Sie stimmen mit dem Entscheid über die Wahlmänner indirekt darüber ab, wer in den nächsten 4 Jahren das Präsidentenamt und damit eine seltene Machtfülle (siehe Kasten S. 6) in den Händen halten wird.

Gleichzeitig finden – abgesehen von Gouverneurswahlen – die Direktwahlen zu den beiden Kammern des Washingtoner Kongresses statt. Alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses, in dem die oppositionellen Demokraten derzeit die Mehrheit halten (267 Sitze), werden für 2 Jahre gewählt. Von den 100 Mitgliedern des Senats, wo die regierenden Republikaner die Mehrheit (54) innehaben, steht 1/3 für die nächsten 6 Jahre zur Abstimmung.

Ihr Ausgang bestimmt maßgeblich den Spielraum, über den der nächste Präsident der USA in den Grundfragen der Innen- wie Außenpolitik verfügen kann.

„Amerika ist wieder stark“

Seit dem Bürgerkrieg der Jahre 1861-65 teilen sich die beiden großen (Wahl-)Vereine des Big Business, die Republikanische und die Demokratische Partei, die Staatsämter.

Die Republikaner stellten 18, die Demokraten 12 Präsidenten der USA. Ein nahezu undurchlässiges Mehrheitswahlsystem und die Übermacht des Geldes, die dem Wahlgesehen einen geradezu zirkusähnlichen, kommerziellen Stempel aufdrücken, sichern seither die parlamentarische Alleinvertretung durch Demokraten und Republikaner – mit wechselnden Mehrheiten – ab.

Die Demokraten, einstmals Sachwalter der erzreaktionären Großgrundbesitzer und Sklavenhalter des Südens, verkörpern heute nach Außen einen gemäßigeren Kurs und nach Innen die eher sozialreformerische Linie der Bourgeoisie, was sich in einer stärkeren staatlichen Wirtschaftsregulierung, Zugeständnissen an die sozial Schwachen oder in der versuchten Integration von Gewerkschaften und Minderheiten (Afroamerikaner, Latinos usw.) niederschlägt.

Das auf dem Parteikonvent der Demokraten in San Francisco im Juli d.J. beschlossene Wahlprogramm und der dort nominierte Präsidentschaftskandidat Walter F. Mondale tragen den Ansprüchen der Arbeiter-, Minderheiten- und Friedensbewegung Rechnung.

Den konservativen Republikanern gehen demgegenüber die „Prinzipien des freien

Marktes“ vor, das antigewerkschaftliche Streben des großen Kapitals nach Maximalprofiten, das Recht des Stärkeren. Anstelle von Sozialmaßnahmen reden sie der ungehemmten Aufrüstung, der Rückführung der USA zur alten Größe, dem antikommunistischen Kreuzzug das Wort.

Das war auch der Tenor des Parteikonvents der Republikaner Ende August d.J. in Dallas. Er bestätigte den seit 1981 amtierenden Ronald Reagan beinahe einstimmig als seinen Präsidentschaftskandidaten. Und er verabschiedete ein Wahlprogramm, dem der ultrarechte Flügel wie nie zuvor seinen Stempel aufdrückte.

Im Innern stehen dafür die Weigerung, staatliche Sozialhilfe für Arme bzw. Arbeitslose zu gewähren, oder die Absicht, die Schwangerschaftsunterbrechung per Verfassungszusatz zu verbieten.

Weiter verspricht die republikanische Wahlplattform, das von der Reagan-Administration verfolgte Programm der Hochrüstung (1985 rund 300 Mrd Dollar) und der steuerlichen Übervorteilung der Besitzenden unangetastet zu lassen, womit es den Sozialabbau festschreibt. Den Reichen und Rüstungsprofiteuren zuliebe will Reagan die gigantische Staatsverschuldung 1985 um weitere 175 Mrd Dollar erhöhen, womit das gesamte Defizit auf über 1,7 Bio Dollar klettern würde – auf Dauer ein Quell der wirtschaftlichen Zerrüttung.

„Vogelfreies“ Nicaragua...

Außenpolitisch bekräftigte der Parteikonvent von Dallas Reagans vorrangiges Streben nach militärischer „qualitativer Überlegenheit“ gegenüber der Sowjetunion, von der Modernisierung des Atomraketensystems bis hin zur Militarisierung des Weltraums. Die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR, dem „Reich des Bösen“, wird geringgeschätzt gegenüber dem Kernziel, die eigene Siegesfähigkeit im Konfliktfall um jeden Preis herzustellen.

Präsident Reagan selbst hatte die Wahnidee des „Sieg ist möglich“ im Atomkrieg (siehe AIB-Sonderheft 2/1984) Mitte August d.J. mit einer aberwitzigen Rundfunk-„Sprechprobe“ aufgefrischt. Er nannte es ein „Vergnügen, ihnen mitzuteilen, daß wir ein Gesetz unterzeichnet haben, das die Sowjetunion für vogelfrei erklärt. Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung Rußlands“.

Der Parteikonvent von Dallas kritisierte Reagans Entgleisung zum atomaren



Wolfram Brönnner

Holocaust nicht. Vielmehr suchte er die tatsächlich erhöhte Weltkriegsgefahr in Abrede zu stellen.

Im Widerspruch zur eigenen platten Friedensdemagogie lobpreist das republikanische Wahlprogramm den US-Kriegszug vom Oktober 1983 gegen Grenada als „Beispiel für die Welt“. Als ähnlich „vogelfrei“ (Reagan) gezeichnet, d.h. zur militärischen Beseitigung freigegeben, wird das revolutionäre Nicaragua. Weitere Topziele auf der republikanischen Abschußliste sind die Befreiungsbewegungen El Salvadors und Palästinas, Kuba, Libyen, Syrien, Afghanistan, Vietnam, Nordkorea, Polen und die anderen Länder Osteuropas. Reagan und sein Außenminister Shultz stellten zeitgleich die Nachkriegsordnung bzw. Teilung Europas in Frage.

Wer derart weitgesteckte Revancheziele verfolgt, bedarf der psychologischen Begleitmusik. Die „Befreiung Grenadas“ und der US-Olympiatriumph von Los Angeles (siehe Beitrag von G. Diedrichs) wurden begierig ausgeschlachtet. „Ein neuer Patriotismus durchströmt unser Land“, so vereinnahmte Reagan den „Goldrausch“ der US-Öffentlichkeit. Seine chauvinistische Stimmungsmache im Wahlkampf erleichtert dem US-Durchschnittsbürger die Identifikation mit Reagans Größenwahn von der Neuordnung der Welt à la Washington. Ein weiterer Trumpf der Republikaner liegt darin, daß sie sichtlich die Unterstützung des überwiegenden Teils der großen Kapitalgruppen und insbesondere des vom Rüstungsboom besessenen militärisch-industriellen Komplexes genießen.

Für Reagans Wahlaussichten zu Buche schlägt schließlich der anhaltende konjunkturelle Aufschwung. Er zeigt sich in einem Wirtschaftswachstum von ca. 6% im Jahr 1983, einem Inflationsabfall 1981-84 von 11 auf 4% oder im augenblicklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit (derzeit amtliche 7,5%) und Lohnzuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Der demokratische Gegenkandidat Walter F. Mondale hält da entgegen, daß der aktuelle Wirtschaftsaufschwung ein

kurzzeitiger mit ernststen Folgen sei.

Er will bis 1989 das Budgetdefizit um 2/3 kürzen, und zwar vorab durch eine Halbierung des Zuwachses des Rüstungsbudgets und eine erhöhte Besteuerung der Wohlhabenden – unter Ausparung der sozial Schwächsten (Jahreseinkommen unter 40.000 Dollar). Das Wahlprogramm der Demokraten spricht sich für ein rasches Einfrieren („Freeze“) der Atomrüstung und die Wiederaufnahme kontinuierlicher Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion aus.

Mondale versprach Anfang September d.J., innerhalb der ersten 6 Monate seiner Präsidentschaft ein Gipfeltreffen mit der UdSSR (unter Reagan verpönt) zu initiieren, auf dem ein Einfrieren der atomaren und Weltraumwaffen verhandelt werden sollte. Korrigieren wollen die Demokraten bei einem Wahlsieg auch den militärischen Interventionismus gegen Nicaragua.

Gewiß lassen die von Mondale in Aussicht gestellten wirtschaftlich-sozialen Veränderungen und die Abstriche an der US-Hochrüstung zu Wünschen übrig. Z.B. fehlt es an einem Vollbeschäftigungsprogramm und an Konsequenz bzw. klaren Aussagen zur Raketenstationierung in Westeuropa oder zur weltweiten Abrüstung.

Gewiß wiegen erfahrungsgemäß wirtschaftliche Erwägungen beim Wahlscheid der US-Bürger schwerer als die Frage Krieg und Frieden. Doch scheint angesichts der heute breiteren Verknüpfung von Rüstung und Sozialem, angesichts der Zustimmung von 3/4 aller US-Bürger zum Freeze und angesichts der beängstigenden Abenteuereicheit des Reagan'schen Konfrontationskurses ein Wandel im Wahlverhalten nicht völlig ausgeschlossen. Dafür könnten auch das vom demokratischen Mitbewerber Jesse Jackson mobilisierte Protestpotential der Farbigen und Armen sowie die durch die Vizepräsidentenskandidatin Geraldine Ferraro besonders angesprochenen Frauen sorgen.

Von daher muß selbst Reagans 15%-Vorsprung in den Meinungsumfragen zu Wahlkampfbeginn nicht von vornherein uneinholbar sein.

Sollte Reagan zur Jahreswende wider Erwarten scheitern, so käme dies einem Rückschlag der aggressivsten Kräfte des US-Imperialismus und ihres Kriegskurses gleich. Für die Perspektive der Befreiungs- und Friedensbewegungen allenorts dürfte dies wesentlich günstigere Kampfbedingungen eröffnen.

Dies gilt trotz aller Skepsis gegenüber Mondales Versprechungen, hatte doch sein Vorläufer Carter nicht viele eingehalten, darunter jene zur Abrüstung und verminderten Truppenpräsenz in der Dritten Welt.

Wolfram Brönnner



Vom Republikanerkonvent wiedergewählter US-Präsidentschaftskandidat Reagan; Gegenkandidaten der Demokraten Mondale (r.) und Ferraro

Konrad Ege

Mondale – Alternative zu Reagan?

Dritte-Welt-Politik in den Parteiplattformen von Demokraten und Republikanern

Die Präsidentschaftswahlen in den USA stehen unmittelbar vor der Tür. In der „stärksten der Nationen“ sorgen die indirekte Stimmabgabe, ein Mehrheitswahlsystem, die Privilegierung der beiden großen Parteien und die Macht des Geldes dafür, daß die Bourgeoisieherrschaft nicht durch Außenseiter und damit eine echte Alternative in Frage gestellt wird. Aber es geht bei dem Wahlvorgang um mehr, nämlich um die weltpolitisch eminent wichtige Entscheidung, ob der Reagan'sche globale Konfrontationskurs fortgeführt oder ob er durch eine gemäßigttere außenpolitische Linie der Demokraten abgelöst wird. Denn wie gehabt werden die Kandidaten der konservativen Republikaner und der liberaleren Demokraten das Rennen unter sich ausmachen.

Auf den Parteikonventen der Demokraten und Republikaner vom Juli/August d.J. wurden die Präsidentschaftskandidaten nominiert und ihre Wahlkampfplattform verabschiedet. Im November/Dezember d.J. haben die wahlberechtigten Bürger und Wahlmänner ihr Votum* abzugeben. Die Republikaner bestätigten in Dallas unangefochten den amtierenden Präsidenten und Schauspieler Ronald Reagan (73) und seinen Vizepräsidenten, den Ex-CIA-Chef George Bush (60). Auf dem Parteikonvent der Demokraten von San Francisco setzte sich der Anwalt Walter Frederick Mondale, unter Jimmy Carter (1977-80) schon einmal Vizepräsident, klar gegen seine Kontrahenten Gary Hart und Jesse Jackson durch. Mit der Kongreßabgeordneten Geraldine Ferraro nominierte er erstmals eine Frau für das Vizepräsidentenamt.

Konrad Ege, Redakteur der in Washington erscheinenden Zeitschrift CounterSpy, vergleicht außenpolitische Aussagen der beiden Kontrahenten bzw. Parteikonvente, insbesondere ihre Bezugspunkte zur sog. Dritten Welt.



gan, allen Änderungen widersetzen. „Wir müssen die Veränderungen (in der Welt) als eine Gelegenheit und eine Herausforderung betrachten“, heißt es in der Plattform.

„Die Demokratische Partei ist überzeugt, daß es Zeit ist, alle Kräfte Amerikas einzuspannen, um den Herausforderungen einer sich verändernden Welt zu begegnen... (Amerikas) Verpflichtung zur Freiheit und zur Demokratie ... und unser Einfallsreichtum im Entdecken neuer Ideen und Vereinbarungen gibt uns Vorteile, ...die kein totalitäres System wettmachen kann.“

Während sich die Demokraten der Gefahr des Kommunismus bewußt seien, wollen sie nicht – wie Ronald Reagan – ständig den Kampf gegen den Kommunismus betonen, sondern positiv für die Freiheit und Demokratie eintreten.

Wenn es zu konkreten politischen Programmanschlüssen kommt, ist es mit dem demokratischen Einfallsreichtum oft nicht weit her.

In Mittelamerika, schreiben die Demo-

Verhandlungen in die Wege zu leiten, so daß ein friedliches, demokratisches und politisches Ende zu dem salvadorianischen Konflikt gefunden werden kann.“ Diesen Satz hätten die Republikaner so auch schreiben können. Sollte Mondale also Präsident werden, ist zumindest kurzfristig eine Änderung der El-Salvador-Politik nicht zu erwarten.

Ändern sollte sich allerdings die Nikaragua-Politik. Die demokratische Plattform verpflichtet die Partei, „die Unterstützung für die Contras ... zu beenden“. In seiner Abschlußrede auf dem Parteikongreß kündigte Mondale an, er werde das in den ersten hundert Tagen nach Amtsübernahme tun.

Mondale unterstrich auch, daß er den Contadora-Prozeß (Friedensinitiative Mexikos, Venezuelas, Kolumbiens, Panamas; d. Red.) unterstütze, um eine politische Lösung in Mittelamerika zu finden.

Ob das aber bedeuten wird, daß eine demokratische Regierung den US-Druck auf die Sandinistas aufgeben würde, ob

Die Weltordnung ist nicht mehr das, was sie vor 30 Jahren einmal war. Die guten alten Tage der Stabilität sind vorbei, da „mächtige Kräfte der Veränderung“ die Weltordnung zerstört haben.

Zu diesen „mächtigen Kräften“ gehören das Erreichen einer ungefähren militärischen Parität durch die Sowjetunion, die Proliferation (Vermehrung; d. Red.) atomarer und konventioneller Waffen, der wirtschaftliche und politische Aufstieg der europäischen und asiatischen Länder nach ihrer Zerstörung im 2. Weltkrieg und das Zerbrechen des politischen Konsenses in den USA infolge der Debatte in Vietnam (1975) und im Libanon (1984).

So lamentiert die Demokratische Partei in ihrer in San Francisco im Juli d.J. angenommenen Plattform für den Wahlkampf 1984.

Präsident Reagan habe alles nur noch schlimmer gemacht: Er habe die amerikanische „Glaubwürdigkeit“ im Nahen Osten untergraben, habe Öl ins mittelamerikanische Feuer geschüttet und habe durch seine bedingungslose Unterstützung für Diktatoren die „Integrität“ der amerikanischen Kritik an der „kommunistischen Tyrannei“ in Osteuropa untergraben. Seine Hochrüstung und antisowjetische Rhetorik habe Abrüstungsverträge verhindert und eine gesteigerte globale Unsicherheit verursacht.

Die Demokraten, verkündet die Plattform, werden in der Außen- und Militärpolitik einen neuen Kurs einschlagen. Man wolle sich nicht, wie Ronald Rea-



Demokratische Konkurrenten Hart, Jackson, Mondale (v.l.n.r.)

kraten, habe die Reagan-Administration den Fehler gemacht, autoritäre Regimes und Diktaturen militärisch zu unterstützen. Die Demokraten dagegen wollen wirtschaftliche Hilfe mehr betonen und darauf drängen, daß die repressiven Regimes „demokratisiert“ werden.

Praktisch heißt das aber nicht unbedingt, daß sich die demokratischen Pläne von der Politik der Republikanischen Partei unterscheiden. Die demokratische Plattform preist beispielsweise den salvadorianischen Präsidenten Napoleon Duarte als einen Bannerträger der Demokratie. El Salvador soll weiterhin US-amerikanische Hilfe erhalten, die freilich an ein Auflösen der Todesschwadronen und an den „Fortschritt auf dem Gebiet der Landreform und der Menschenrechte“ gebunden werden soll. Außerdem will man Duarte drängen, „mit den sich gegenüberstehenden Kräften ernsthafte

sie beispielsweise die Subversion gegen die Wirtschaft Nikaraguas (keine Darlehen von US-kontrollierten Institutionen, Einschränkung der Zuckereinfuhr aus Nikaragua usw.) beenden würde, ist unklar.

Die Plattform kündigt an, daß ein Präsident Mondale Nikaragua „auf eine fortschreitende Entwicklung zum Pluralismus hin“ drängen würde, und daß Nikaragua sein Militär begrenzen müßte.

Zur Entspannung in Mittelamerika gehöre auch, so die Plattform, „ein gegenseitiger Abzug aller ausländischen Streitkräfte und Militärberater aus der Region ... sowie eine Verpflichtung aller Länder, keine Militärbasen zu erlauben“. Ausgenommen davon wären die US-Militärbasen in Panama.

Auch mit Kuba soll verhandelt werden. Die Reagan'sche Politik der Isolation habe das Land „nur noch mehr von der

Sowjetunion abhängig gemacht". Ob die Verhandlungen auf Normalisierung der Beziehungen hin aber Erfolg haben würden, hinge von Kubas Bereitschaft ab, „den Export der gewaltsamen Revolution zu unterbinden ... und Respekt für Menschenrechte in Kuba und in anderen Ländern zu zeigen".

Zu anderen kritischen Fragen nimmt die Plattform nicht Stellung. Ob die US-„Berater" aus Grenada abgezogen wer-

den, wird nicht angekündigt – die Invasion selbst (vom Oktober 1983; d. Red.) wird nicht einmal verurteilt. Ebenso wird nichts über mögliche Wirtschafts- und Militärhilfe an Guatemala gesagt, oder über den Abzug amerikanischer Truppen aus Honduras und das Auflösen der dortigen US-Basen.

Auch glänzt die Plattform durch fehlende Hinweise auf die Absichten der Demokraten im Arabisch-Persischen-Golf.

Man begnügt sich mit dem Hinweis, die USA hätten „lebenswichtige Interessen im Persischen Golf" und müßten bereit sein, „mit unseren Verbündeten für die Verteidigung dieser Interessen zu arbeiten". Außerdem wolle man den Iran und Irak mit (nicht näher definierten) diplomatischen Mitteln dazu auffordern, ihre Kampfhandlungen einzustellen.

Deutlicher wird die Plattform zu Israel/Palästina: Israel sei „strategisch wichtig" für die USA. Die Voraussetzung für einen andauernden Frieden sei ein Israel „mit sicheren und verteidigungsfähigen Grenzen". Mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) solle so lange nicht gesprochen werden, bis diese „ihren Terrorismus aufgibt und den Staat Israel anerkennt".

Die Demokraten verurteilen auch Waffenlieferungen der Reagan-Administration an arabische Länder wie Saudi Arabien. Die Plattform kündigt an, daß die Demokraten die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen würden.

Diese betont proisraelische Haltung in der Plattform des Kandidaten Walter Mondale sollte nicht überraschen: als Vizepräsident unter Jimmy Carter (1977-81) war Mondale einer der wichtigsten Vertreter der Interessen der israelischen Regierung im Weißen Haus. Ursprünglich sprach er sich sogar gegen die Camp-David-Strategie aus. Mondale meinte anfangs, Camp David (Separatkommen Israel-Ägypten-USA 1978; d. Red.) würde die israelischen Interessen nicht genügend berücksichtigen.

Afrikapolitik à la Jackson

In der Afrikasektion der Plattform wird Jesse Jacksons Handschrift deutlich. Die Plattform kündigt an, daß die fehlgeschlagene Reagan'sche Politik des „konstruktiven Engagements" aufgegeben werden soll.

Stattdessen wolle man das Waffenembargo der Vereinten Nationen auf den Buchstaben genau einhalten, den Export an Südafrika in Form von Computer- und Nukleartechnologie verbieten, und weitere Exportkontrollen, die unter Carter schon inkraft waren, wieder gesetzlich festlegen, amerikanische Darlehen an Südafrika und die Einfuhr von südafrikanischen Goldmünzen verbieten sowie südafrikanischen Flugzeugen die Lande-erlaubnis entziehen.

Außerdem verspricht die Plattform, daß eine demokratische Regierung die Freilassung Nelson Mandelas, des Führers des Afrikanischen Nationalkongresses fordern werde. Man wolle auch mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um die Unabhängigkeit Namibias zu er-

Wahlmodus und Machtfülle des US-Präsidenten

Gemäß der Verfassung der USA aus dem Jahr 1787 steht an der Spitze der föderativen Republik der Präsident, der die Funktion des Staats- und Ministerpräsidenten auf sich vereint.

In seinen Händen konzentriert sich die ganze Exekutivgewalt des Staates. Er leitet die Regierungsgeschäfte, ernennt die Kabinettsmitglieder und das Gros der Bundesbeamten. Er fungiert als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, leitet den Nationalen Sicherheitsrat und trifft die Entscheidungen in allen erörterten Fragen.

Er ernennt auch die neun Richter des Obersten Bundesgerichts, mit Zustimmung des Senats. Aktiv in die Gesetzgebung (Legislative) greift der Präsident weiter durch eigene Gesetzesinitiativen ein, indem er mit oder ohne Zustimmung des Kongresses Verordnungen erläßt. Gegen einen bereits vom Kongreß verabschiedeten Gesetzentwurf kann er sein Veto einlegen. Um es wieder aufzuheben, müssen beide Häuser des Kongresses der Senat (100 Mitglieder, 2 aus jedem Staat) und das Repräsentantenhaus (435 Abgeordnete) den Entwurf nochmals billigen, und zwar mit einer 2/3-Mehrheit.

Das umgekehrte Recht des Kongresses, gegen präsidiale Verordnungen innerhalb von 30 Tagen ein sog. legislatives Veto einzulegen, wurde durch ein Urteil des Obersten Bundesgerichts vom 23.6.1983 aufgehoben. Obwohl laut Verfassung „alle gesetzgebende Gewalt ... in den Händen eines Kongresses" liegen soll (Art. 1, Abschnitt 1) und dem Präsidenten gar kein Recht auf Gesetzesinitiative zugeschrieben ist, wurden in den letzten Jahrzehnten 50-80% aller bedeutsamen Gesetzesentwürfe vom Beraterstab des Präsidenten oder den Ministerien eingebracht. Von ihnen kommt die Budgetplanung ebenso wie Steuerverordnungen oder die Angelegenheiten der auswärtigen Politik.

Auch in der Außenpolitik wurden die Vollmachten des Präsidenten stetig ausgeweitet. Laut Verfassung hätte jeder Vertragsabschluß mit anderen Staaten zuvor eine 2/3-Mehrheit im Senat nötig, wären die Entscheidung über Kriege oder die Aufstellung/Entsendung von US-Streitkräften Sache des Kongresses. In der Praxis jedoch – siehe das Verfahren im Vietnamkrieg (1964-73) – schließen heute der Präsident oder seine Beauftragten die meisten internationalen Verträge unter Umgehung des Kongresses ab. Im Falle der Kriegführung muß der Präsident erst 60 Tage nach dem Ersteinsatz von Truppen beim Kongreß um Zustimmung nachsuchen (War Powers Act von 1973).

Seit der Präsidentschaftswahl 1976 dürfen ein Kandidat und seine Familie zwar nur-



mehr 50.000 Dollar an privaten Mitteln verausgaben und andere Finanzierungsbegrenzungen wurden eingeführt. Doch werden von verschiedensten Kapitalgruppen über eine Vielzahl an Unterstützungskomitees des Kandidaten und Wahlkampfausschüsse ihrer Parteien Mio Dollar gestreut. Außerdem besteht eine staatliche Parteienfinanzierung bei Präsidentschaftswahlen den beiden großen Parteien für ihre Wahlkampagne über 20 Mio Dollar zu.

Der Präsident wird für eine Periode von 4 Jahren, und zwar auf indirektem Wege durch Wahlmänner, gewählt. Zulässig ist nur eine Wiederwahl.

Im Wahljahr finden in den insgesamt 50 Bundesstaaten und der Bundeshauptstadt Washington D.C. (Distrikt Columbia) von Februar-Juni Vorwahlen (mehrzahlig) oder Parteiwahlen statt, an denen sich derzeit um die 50% der Wahlberechtigten beteiligen. Von Juli-August nominieren die so gewählten Delegierten der Republikaner und Demokraten auf Nationalkonventen ihren Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten.

Anfang November wählen die Bürger der USA bundesweit 538 Wahlmänner, die schließlich im Dezember ihre Stimme auf einem Wahlschein jenem Präsidentschaftskandidaten geben, auf den sie sich verpflichtet haben.

Am 6. Januar des folgenden Jahres werden die abgegebenen Stimmen ausgezählt. Beachtenswert ist dabei, daß dem Kandidaten, der im jeweiligen Bundesstaat die höchste Stimmenzahl erreicht, auch die anderen Wahlmännerstimmen zufallen.

Erlangt keiner der Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit, so wählt das Repräsentantenhaus einen der drei erfolgreichsten Bewerber zum Präsidenten, der Senat den Vizepräsidenten. Der Amtsantritt erfolgt am 20. Januar.

reichen, und „immer stärker werdende Sanktionen“ gegen Südafrika verhängen, wenn es Namibia weiterhin besetzt halten sollte. „Hohe Geldstrafen“ sind für amerikanische Firmen vorgesehen, die in Nichtbeachtung einer UN-Resolution namibische Bodenschätze abbauen.

„Das nationale Interesse“ der USA erfordere, daß eine US-Regierung der Afrikapolitik über Südafrika hinaus eine höhere Priorität einräumt, da Afrika „die Heimat eines Achtels der Weltbevölkerung und ein Kontinent mit riesigen Bodenschätzen sei“. Man wolle mit den Ländern Afrikas in einen „multilateralen Nord-Süd-Dialog treten“ und Wirtschafts- und Katastrophenhilfe in Afrika nicht länger „zu Geiseln der Ost-West-Konfrontation machen“.

Während man die „historischen Verbindungen“ der USA mit Taiwan nicht übersehen dürfe, müsse eine demokratische Regierung „die Beziehungen zur Volksrepublik China nähren und stärken“. Dies eröffne eine „historische Gelegenheit, ein Viertel der Weltbevölkerung in die Gemeinschaft der Nationen zu bringen, das Gegengewicht zum sowjetischen Expansionismus zu stärken, und wirtschaftliche Beziehungen zu verbessern, die ein großes Potential für gegenseitigen Gewinn hätten“.

Die Regierungen der **Philippinen, Südkoreas, Taiwans und Pakistans** wolle man auf Demokratisierung ihrer Politik drängen. Ein demokratischer Präsident würde auch die Militärregierung Pakistans auffordern, „ihr Atomwaffenprogramm zu beenden“.

Die US-Politik gegenüber **Afghanistan** würde sich nicht verändern: „Wir müssen weiterhin gegen die sowjetische Aggression in Afghanistan protestieren. Wir sollten die Anstrengungen der afghanischen Freiheitskämpfer mit materieller Hilfe unterstützen.“

Kann man aus dieser Plattform verlässliche Schlußfolgerungen über die wirkliche Politik einer möglichen Regierung Mondale ziehen? Wahlversprechen sind in der Vergangenheit fast schon routinemäßig gebrochen worden. Dazu kommt noch, daß die demokratische Plattform zu vielen kritischen Fragen nur sehr unpräzise Stellung bezieht.

Weltanwalt der „Demokratie“

Dennoch, einige Trends der Dritte-Welt-Politik einer demokratischen Regierung werden aufgezeigt: Eine Mondale-Administration würde sich im Durchsetzen der US-Interessen mehr als Ronald Reagan auf politische und wirtschaftliche, als auf militärische Druckmittel verlassen.

Die Theorie, daß die Sowjetunion die Ursache allen Übels und aller Unruhen



Republikanerstolz: Rückeroberung Grenadas

sei, würde an Prominenz verlieren. An ihre Stelle träte die Theorie, daß die Sowjetunion eine aggressive Weltmacht sei, die soziale Ungerechtigkeiten und Armut „ausnützt“ und „manipuliert“. Dem könne dadurch vorgebeugt werden, daß die USA als die „good guys“ (guten Leute; d. Red.) diese sozialen Ungerechtigkeiten weltweit bekämpften.

Walter Mondale würde die USA mehr als ein Land darstellen, das für Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit eintritt, denn als ein Land, das gegen den Kommunismus kämpft. Daß das aber in allen Fällen zu Entscheidungen führen würde, die sich grundsätzlich von denen einer Regierung Reagan unterschieden, ist nicht offensichtlich. Der Plattform nach würde die Dritte-Welt-Politik Mondales wohl etwas an die der Carter-Administration erinnern, nur würde der Slogan „Menschenrechte“ (siehe AIB 11/1977, S. 4-9 und AIB-Sonderheft 2/1977, S. 3ff.; d. Red.) durch „Demokratie“ ersetzt werden.

Die **Republikanische Plattform** sieht die Welt mit anderen Augen. Es ist eine Welt, die die USA herausfordern, die Führungsrolle zu übernehmen. Die Plattform verlangt, die USA müßten das stärkste Land der Welt sein.

Die Republikaner haben sich in ihrer Plattform eine Welt zusammengenagelt, die ihrer Ideologie entspricht. Probleme werden auf einen einfachen Nenner reduziert: Die brutalen Sowjets und ihre „Stellvertreter“ Kuba und Nicaragua sind für alles, was schlecht ist, verantwortlich — von Armut, Kriegen und Aufständen bis hin zum Terrorismus und Drogenschmuggel.

Von den Demokraten geäußerte Sorgen über Menschenrechtsverletzungen in von den USA unterstützten Ländern, über die zunehmende Kriegsgefahr, und über wirtschaftliche Probleme in Ländern der Dritten Welt werden von den Republikanern herabgesetzt, ins Lächerliche gezogen oder mit einer Patentlösung beantwortet:

Menschenrechtsverletzungen in El Salvador zum Beispiel wären unter den Kommunisten noch viel schlimmer; die

Kriegsgefahr sei durch Reagans Politik der Stärke so gering wie schon lange nicht mehr; und die wirtschaftlichen Probleme in der Dritten Welt seien darauf zurückzuführen, daß Regierungen in diesen Ländern der freien Marktwirtschaft nicht genügend Raum gewähren. Bezüglich Lateinamerikas orientiert sich die Republikanische Partei an der 1823 verkündeten Monroe-Doktrin („Amerika den Amerikanern“; d. Red.).

Sie räumte der US-Regierung das „Recht“ ein, jederzeit auf dem ganzen Kontinent militärisch einzugreifen, wenn sie ihre Interessen gefährdet sieht. Dieses „Recht“ gelte besonders für Mittelamerika. Der Grund: „El Salvador liegt näher bei Texas als Texas zum Nordosten der USA. Wir können dem Schicksal dieses Landes gegenüber nicht gleichgültig sein.“

Militärische Weltherrschaft

An dem Krieg in El Salvador seien die von Kuba und Nicaragua unterstützten „kommunistischen Guerilleros“ schuld. Die sozialen und wirtschaftlichen Ursprünge des Krieges werden in der Plattform nicht einmal erwähnt: im republikanischen Weltbild kommt alles Übel von außen, vom Kommunismus.

„Das marxistische Nicaragua“ bedrohe auch Kostarika, Honduras und Guatemala. Unterstützt von „Beratern aus der PLO und dem Ostblock“ und von „Tausenden von kubanischen Söldnern“ und ausgerüstet mit sowjetischen Waffen, hätten die Sandinistas ein Riesenheer aufgestellt, mit dem sie nun für ganz Mittelamerika eine Gefahr darstellt. „Wir dürfen es nicht erlauben, daß Nicaragua eine kommunistische Zufluchtstätte bleibt.“

Die Republikaner verpflichten sich daher zur „Unterstützung für die demokratischen Freiheitskämpfer“. Auch auf der anderen Seite des Erdballs sollen „Freiheitskämpfer“ unterstützt werden, in „dem von der Sowjetunion vergewaltigten Afghanistan“.

Außer Afghanistan, dem „Völkermord



Republikanerkonvent in Dallas: ein Meer von Sternennantern - Zeichen des „neuen Patriotismus“

in Vietnam, Laos und Kampuchea“, der „Aufrüstung der nordkoreanischen Streitkräfte“ und dem Ausbau der sowjetischen Flotte im Pazifik gibt es aus republikanischer Sicht in Asien nur Gutes zu vermelden: „Das freie Asien ist ein kollosaler Erfolg. Den Vereinigten Staaten naheifernd ... haben unsere Freunde in Ostasien die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten der Welt... Die US-Investitionen in Asien belaufen sich inzwischen auf über 30 Mrd Dollar...“

Die republikanische Devise lautet: Weiter so! Die wirtschaftlichen Beziehungen mit Südkorea, Thailand und Pakistan sollen ausgebaut werden, und die USA wollen ihre Militärbasen in Südkorea, den Philippinen und dem Indischen Ozean erhalten, um „lebenswichtige Seewege zu verteidigen“.

Anders als die Demokraten sehen die Republikaner nicht einmal die Notwen-

digkeit, wenigstens verbal gegen die Repression in diesen Ländern zu protestieren. Man ist zufrieden mit den Dingen, wie sie sind.

Auch zu Südafrika – einem Land, bei dem sich die Demokraten als Verteidiger der Menschenrechte zu profilieren versuchen – hat das republikanische Programm nur drei kurze Sätze zu sagen: „Wir bestätigen unsere Verpflichtung gegenüber den Rechten aller Südafrikaner. Die Apartheid ist uns zuwider. Wir unterstützen in Südafrika, wie überall auf dem Kontinent, gut durchdachte Anstrengungen, um Frieden, Wohlstand und Stabilität gedeihen zu lassen.“ Auch hier gilt: Wird Reagan wiedergewählt, heißt es: Politik wie gehabt.

Ansonsten ist Afrika, was die Republikaner angeht, in Gefahr: „Afrika steht einem neuen Kolonialismus gegenüber. Die Dreimächteachse der Sowjetunion, Kubas und Libyens hat auf dem Kontinent Not und Krieg ausgelöst.“ Die USA fühlten sich verpflichtet, den afrikanischen Regierungen beizustehen. „Wir werden danach streben, ihren Kontinent von Subversion zu beschützen und ihre strategischen mineralischen Rohstoffe zu sichern.“ Man wolle sich auch bemühen, „die Austreibung der Kubaner aus dem besetzten Angola“ zu erreichen.

In einem Punkt sind die Programme der beiden Parteien fast deckungsgleich, in der Israelpolitik. Ein Unterschied in konkreten Fragen besteht hier nur auf einem Gebiet. Die Republikaner wollen die US-Botschaft in Israel nicht nach Jerusalem verlegen.

Wie die Demokraten verpflichten sich die Republikaner, Israel bedingungslos zu unterstützen. „Wir versprechen, Israels qualitativen militärischen Vorsprung über seine Gegner erhalten zu helfen.“ Auch in der diplomatischen Arena, vor allem in den Vereinten Nationen, wolle man weiterhin für Israel eintreten. „Wir realisieren“, so die republikanische Wahlplattform, „daß die Angriffe auf Israel in den Vereinten Nationen nichts anderes sind als schlecht verkleidete An-

griffe auf die Vereinigten Staaten, daß es unsere gemeinsamen Ideale und unsere demokratische Lebensart sind, die die wirklichen Ziele der Angriffe sind.“

Der Tod von weit über 200 US-Soldaten im Libanon wird nicht erwähnt. Man stellt nur soviel fest: „Der Libanon befindet sich noch im Tumult, trotz unserer Anstrengungen, die Stabilität in diesem unglücklichen Land zu fördern.“ Ebenso wenig wie die Demokraten schlagen die Republikaner ein politisches Programm für den Libanon vor.

Reagankurs institutionalisieren

Besorgt ist man dagegen über Syrien. Man will eine scharfe Tonart anschlagen. „Da die syrischen Führer immer mehr von der Sowjetunion beeinflusst werden und die PLO und ihre mörderischen Hilfstruppen immer mehr in Syrien einziehen, muß die US-Politik in der Region wachsam und stark bleiben.“

Die Plattform versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß Reagans Nahostpolitik „flexibel“ gewesen sei und die Glaubwürdigkeit der USA in der Welt erhöht hätte. Wenn es ein Gebiet der Außenpolitik gibt, bei dem auch viele Republikaner zugeben, daß der Präsident erfolglos war, ist es die Nahostpolitik. Die Autoren der Plattform wollten davon nichts wissen. Im Gegenteil – sie preisen sogar das „gewandte Krisenmanagement“ des Präsidenten während des Krieges Iran-Irak.

Meinungen, die auch nur das geringste an der Reagan'schen Politik kritisieren, sind in der Republikanischen Partei nicht gefragt. Die Plattform trägt ausschließlich die Handschrift des rechten Flügels der Partei. Das Parteiprogramm des Jahres 1984 will die extremistische Politik Ronald Reagans institutionalisieren.

In einer zweiten Amtsperiode könnte dieser Extremismus noch mehr zum Tragen kommen: Reagan müßte sich um eine Wiederwahl keine Sorgen mehr machen.



FREDERICK MAYER

WAHNSINN USA

VON EINEM, DER AUSZOG, DIE FREIHEIT ZU FINDEN

216 SEITEN, 14,80 DM



Millionäre, Filmstars, Politiker, Generäle und hochkarätige Wissenschaftler gehörten zu seinen engsten Freunden. Zu den Direktionssetagen, in denen die Leitungsstränge der Macht zusammenlaufen, hatte er ebenso Zutritt wie zu den Filmateliers in Hollywood, den Prunkvillen in Beverly Hills und den Zentralen der amerikanischen Denkfabriken. Frederick Mayer, der 32 Jahre in den USA lebte, hat hinter die Kulissen der US-Gesellschaft blicken können, wie es nur selten einem Europäer möglich ist. Er führte unzählige Gespräche mit

Industriellen, Militärs und Journalisten, die keine westliche Zeitung je veröffentlichen dürfte.

Aber Mayer hat auch das andere Amerika aus nächster Nähe erlebt – das Amerika des Hungers, der menschlichen Isolation ebenso wie das Amerika des Widerstands gegen Sozialabbau und Atomkriegspläne.

Sein packender Bericht zieht die Bilanz dieser mehr als dreißig Jahre und zeigt eindrucksvoll die tiefe Kluft, die die Gesellschaft heute in zwei Nationen teilt.

Im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

Nico Biver

Wahlen gegen den Krieg

Noch einen Monat lang werden in Nikaragua sieben politische Parteien die Wähler mit ihren Programmen bekanntmachen, bevor am 4. November d.J. die Stunde der Wahrheit schlägt.

Dann sind 1.570.888 Bürger (94,3% der Bevölkerung im Wahlalter), die sich vom 27.-30. August d.J. in die Wählerlisten eingetragen haben, aufgerufen, an die Urnen zu gehen. Sie werden darüber bestimmen, wer die 90 Sitze der Nationalversammlung einnehmen und wer nikaraguanischer Präsident und Vizepräsident werden wird.

Zweifel darüber, daß Daniel Ortega und Sergio Ramirez von der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) diese Wahlen gewinnen und die FSLN-Kandidaten die Mehrheit der 90 Sitze erobern werden, gibt es kaum. Der Grund dafür ist jedoch nicht, daß keine freien Wahlen stattfinden, sondern die Sandinistas mit den Erfolgen der Revolution identifiziert werden.

6 Konkurrenten der Sandinistas

Die Ausgangsbedingungen sind für alle Parteien gleich. Jede erhält vom Staat eine Unterstützung von 900.000 Dollar und gleiche Sendezeiten im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen.

Trotz des Ausnahmezustandes, der wegen der Contra-Überfälle verhängt wurde, sind Wahlversammlungen erlaubt, Meinungs- und Pressefreiheit garantiert, sofern nicht über militärische Angelegenheiten informiert wird.

Diese Freiheiten werden von den meisten der sechs Konkurrenten der Sandinistas weidlich ausgenutzt, um ihnen mit Demagogie Stimmen abzugewinnen. Auf dem rechten Flügel verspricht der Kandidat der Konservativen Demokratischen Partei (PCD), der Arzt und Krebspezialist Clemente Guido „den zerstörerischen marxistisch-leninistischen Krebs, der Nikaragua bedroht, auszurotten“.¹ Auch die Unabhängige Liberale Partei (PLI), Mitglied der Liberalen Internationale und finanziert von der hiesigen Friedrich-Naumann-Stiftung, hat sich nach dem Bruch des Bündnisses mit den



Wahlkampfplakate der Sandinistas: „Wir gehen weiter mit der Frente“ und der Konservativen: „Die Partei der Nikaraguaner“

Sandinistas weit nach rechts entwickelt. Ihr Präsidentschaftskandidat Virgilio Godoy erklärte während des Wahlkampfes: „Wenn sich die Politik nicht bald ändert, droht das Land zu einem Konzentrationslager zu werden“.² Sowohl die PCD als auch die PLI versuchen mit diesen Aussagen, die Anhänger der Rechtsparteien der Demokratischen Koordination (CDN), die die Wahlen boykottiert, für sich zu gewinnen.

Ebenso wie die Rechten bemühen sich auch einige Linksparteien, die Probleme der Revolution, die durch die US-Aggression entstanden sind, sich zunutze zu machen.

Die Linksradiكالen von der Bewegung der Volksaktion/Marxistisch-Leninistisch (MAP/ML) und der Kommunistischen Partei Nikaraguas (PCdeN) fordern eine Beschleunigung der Landreform, kritisieren den Verfall der Reallöhne und fordern eine Radikalisierung der Revolution.

Mauricio Diaz, Kandidat der Christlich-Sozialen Volkspartei (PPSC), die mit der FSLN und der Nikaraguanischen Sozialistischen Partei (PSN) der Revolutionären Patriotischen Front (FDR) angehört, verspricht gar ein Ende der Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche und der äußeren Aggression, sollte seine Partei die Wahlen gewinnen: „Wir sind sicher, daß eine solche Regierung nicht mehr das Ziel von Angriffen sein wird.“³

Lediglich die Sandinistas versprechen

nicht das Blaue vom Himmel. Ihre Wahlplattform (siehe Kasten) verweist in 23 Punkten auf die Erfolge der Revolution und verspricht nur bereits begonnene Reformen wie die Landumverteilung fortzusetzen und das Erreichte zu konsolidieren.

Mehr zu versprechen, hieße unerfüllbare Erwartungen zu wecken, die die Sandinistas nach einem Wahlsieg wegen der äußeren Aggression und der begrenzten Mittel des Landes nicht erfüllen könnten. Ihre Hoffnung, daß die Wahlen zu einer Konsolidierung der Revolution führen werden, scheinen sich jedoch nur teilweise zu erfüllen.

Der Wahlkampf hat zu einer Polarisierung zwischen den Linksparteien geführt. Außerdem werden durch die Demagogie von rechts und ultralinks unrealistische Vorstellungen über eine



Der Führer der Rechtsparteien Arturo Cruz mit den „Contras“ Eden Pastora und Brooklyn Rivera (v.l.n.r.)

Verbesserung der Lebenssituation der Nikaraguaner gefördert.

Das wichtigste Ziel, das die FSLN mit der Abhaltung der Wahlen erreichen wollte, die internationale Anerkennung der revolutionären Macht, wird nur teilweise erreicht werden. Zwar kandidieren mit der PLI und der PCD Parteien der Mitte und der Rechten, doch der wichtigste Oppositionsblock, die Demokratische Koordination (CDN), boykottiert den Wahlprozeß.

Die Mitglieder der CDN, die Christlich-Soziale Partei (PSC), die Konstitutionalistische Liberale Partei (PLC), die Sozialdemokratische Partei (PSD), die Föderation der Gewerkschaftlichen Vereinigung (CUS), die Nikaraguanische Arbeiterzentrale (CTN) sowie der Unternehmerverband COSEP hatten bereits im Dezember 1983 gedroht, nicht an den Wahlen teilzunehmen (siehe AIB 4/1984, S. 45ff.).



Der Priester Amado Pena wird gestellt, nachdem er von einem „Contra“ Sprengstoff erhalten hat

Sie forderten eine Aufhebung des Ausnahmezustandes, ein Kontrolle der Wahlen durch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder die Contadora-Staaten (Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Panama) sowie einen Dialog mit allen Parteien, einschließlich der „Contras“.

Trotz der Aufhebung der meisten Bestimmungen des Ausnahmezustands lehnten die CDN und ihr Präsidentschaftskandidat Arturo Cruz eine Beteiligung ab. Als formalen Grund führten sie das „Fehlen von Garantien“ für freie Wahlen an.

Wahlprogramm der FSLN



Die Kandidaten der FSLN, Sergio Ramirez und Daniel Ortega (r.), im Wahlkampf

Die Nationale Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) und die Sandinistische Versammlung gaben am 17. Juli d.J. die Kandidaten für die Wahl vom 3. November d.J. und das Wahlprogramm der FSLN bekannt. Die Plattform umfaßt insgesamt 23 Punkte, die wir auszugsweise veröffentlichen.

Volksmacht

Die Sandinistische Front wird sicherstellen, daß Gewerkschaften der städtischen und ländlichen Arbeiter, nachbarschaftliche Vereinigungen, Frauen- und Jugendorganisationen, Verbände kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Produzenten von Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten, von Journalisten, Fachleuten und Technikern, von Gelehrten und Künstlern sowie religiöse Vereinigungen immer die ständige Quelle revolutionärer Macht bleiben werden.

Die Verteidigung des Vaterlandes

Während 161 Jahren beherrschte und unterdrückte die expansionistische und imperialistische Politik der USA die nikaraguanische Gesellschaft mit Waffengewalt.

Die Sandinistische Front verpflichtet sich dazu, die Souveränität des Landes auch weiterhin durch Bewaffnung und Organisation des ganzen Volkes zu verteidigen, und zwar so lange, bis wir einen endgültigen Sieg über jene erlangen, die unser Heimatland angreifen.

Sicherheit und Ruhe der Nikaraguaner

Das USA-freundliche Somoza-Regime bedeutete Terror, Bedrohung und Unsicherheit. In den Zellen von Somozas Sicherheitsbüro, Gefängnissen und Polizeistationen wurden Menschen gefoltert und ermordet. Die FSLN verpflichtet sich, die fachliche und technische Leistungsfähigkeit des Innenministeriums weiterzuentwickeln und seine organisatorischen Ebenen zu verbessern, um so innere Stabilität, Respekt und Ruhe für alle Nikaraguaner sicherzustellen.

Der Kampf für den Frieden

Nikaragua ist heute unabhängig und verfolgt eine wahrhaft nichtpaktgebundene Außenpolitik. Die FSLN verpflichtet sich, auch weiterhin eine nichtpaktgebundene inter-

nationale Politik zu betreiben, die vor allem anderen den Interessen Nikaraguas und der Nikaraguaner dient und den Kampf für den Weltfrieden unterstützt.

Menschenrechte und öffentliche Freiheiten

Die Menschenrechte und öffentlichen Freiheiten des nikaraguanischen Volkes sind vor allem durch den US-Imperialismus verletzt worden.

Für die FSLN erhalten diese Rechte einen neuen Stellenwert, da sie die Rechte auf Arbeit, Landbesitz, Organisation und Mobilisierung genauso einschließen wie die Rechte auf Wohnung und Zugang zu Kommunikationsmedien.

Das Recht auf gleiche Ausgangschancen ... kurz, das vollständige Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Die neue Wirtschaft

Als Resultat der wirtschaftlichen Trägheit des rückständigen kapitalistischen Systems, das uns durch die Herrschaft der USA aufgezungen wurde, übernahmen wir ein fremdbestimmtes, abhängiges und unterentwickeltes Land.

Die FSLN verpflichtet sich, die eingeleitete wirtschaftliche und soziale Revolution zu vertiefen, und unser Modell einer unabhängigen Wirtschaftsentwicklung zu festigen.

Diese Verpflichtung beinhaltet auch die Garantie, daß die Reichtümer gerecht und gleich verteilt werden und daß der Kampf gegen soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Ungleichheit fortgesetzt wird.

Bauern und Landreform

Im Laufe von 5 Jahren hat die sandinistische Revolution 2,3 Mio Morgen Land an 44.110 Bauern übergeben; weitere 2,6 Mio Morgen wurden unter die Verwaltung staatlicher Unternehmen gestellt, die 60.000 Arbeiter beschäftigen.

Die FSLN verpflichtet sich, auch weiterhin Land an arme Bauern zu vergeben und den Besitz von kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Produzenten ebenso zu garantieren wie den aller Farmer und Rinderzüchter, die mit Hingabe, Effektivität und Patriotismus produzieren.

Versorgung und Löhne

Unter großen Schwierigkeiten ist jetzt die Aufgabe der Sicherstellung der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in Angriff genommen worden. Dies gilt auch für vorher isolierte ländliche Gebiete, in denen weder Zucker noch Speiseöl jemals bekannt waren. Die Reallöhne wurden durch Subventionen einiger Produkte des täglichen Bedarfs geschützt.

Die FSLN verpflichtet sich, den Zugang der Bevölkerung zu den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen sowie die Rechte der ehrlichen Ladenbesitzer, Marktkaufleute und kleinen Geschäftsleute zu schützen.

Arbeiter, Gewerkschaften und Arbeit

Die Beherrschung durch die USA und das Somoza-Regime haben beide systematisch ländliche und städtische Arbeiter daran gehindert, dynamische Organisationen zum Kampf für ihre Rechte zu bilden.

Die FSLN hat die Einheit der Arbeiterklasse gefördert und wird weiterhin diese Einheit in einem andauernden Kampf gegen Spaltungsversuche, Opportunismus, niedrige Produktivität und Disziplinlosigkeit unterstützen. Sie wird weiterhin die Organisation der Arbeiterklasse sowohl in den Städten als auch auf dem Lande festigen.

Außerdem verpflichtet sich die FSLN, Arbeitsgesetze zu erneuern und alle Arbeitsstätten strengstens zu überwachen, um die Anwendung dieser Gesetze sicherzustellen.

Handwerk und Heimarbeit

In unserem Land verdienen Tausende von Familien ihren Lebensunterhalt durch Handwerk oder Heimarbeit. Aufgrund des ersten Mangels an Devisen ist es notwendig, für die Handwerker importierte Produktionsmittel für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen und sicherzustellen, daß die im Lande produzierten Materialien nicht von Zwischenhändlern gehortet werden.

Die FSLN verpflichtet sich, Handwerker und Besitzer von Manufakturen zu unterstützen, indem sie sie ermutigt, sich in Kooperativen zu organisieren.

Fachkräfte und Techniker

Der revolutionäre Prozeß wurde unter Beteiligung von Hunderten von Fachleuten und technischem Personal durchgeführt, die an der Seite unserer Arbeiter und Bauern arbeiteten, um Aufgaben des nationalen Wiederaufbaus zu erfüllen.

Die FSLN verpflichtet sich, auch weiterhin die Verbände von Fachleuten und Technikern zu unterstützen.

Der revolutionäre Staat

Unter Somoza war der Staatsapparat korrupt und unwirtschaftlich. Er diente fremden Interessen und einer Minderheit, die die arbeitenden Menschen unterdrückte und ausbeutete.

Die FSLN verpflichtet sich, die Neuordnung des Systems der Verwaltungsjustiz fortzusetzen und jeden Angestellten der Regierung öffentlich zu bestrafen, der sein Amt mißbraucht.

Die atlantische Küste

Um seine Plünderungen leichter durchführen zu können, hat der Imperialismus die atlantische Küste isoliert, sie rückständig und vom Rest des Landes abgeschirmt gehalten.

Die Sandinistische Front verpflichtet sich, auch weiterhin die Kultur dieser Region zu respektieren, genauso wie die religiösen Vorstellungen der Miskitos, Ramas, Sumos und Kreolen, da diese Traditionen einen Teil unseres Nationalerbes ausmachen.

Gesundheit, Wohlfahrt und soziale Sicherheit

Als eine ihrer ersten Aufgaben baute die Revolution das nationale Gesundheitswesen auf. Die Menschen haben umfangreiche vorbeugende Gesundheitskampagnen durchgeführt.

Trotz der Knappheit, die aufgrund des Mangels an ausländischen Devisen entstanden ist, sind Arzneimittel gebührenfrei in den Hospitälern zu beziehen. Wir werden auch weiterhin Gesundheitsdienste in ländlichen Gebieten ansiedeln.

Die FSLN wird außerdem das System der Sozialversicherung für ländliche Arbeiter weiter ausdehnen.

Erziehung, Kultur und Sport

Um unsere nationale Identität wieder herzustellen, hat die Revolution der Kultur einen besonderen Stellenwert zugeschrieben. Wir werden die Rate der Analphabeten sogar noch weiter reduzieren. Ein neuer, allseitiger Mensch wird durch ein neues System einer humanen und wissenschaftlichen Erziehung entstehen. Wir werden auch weiterhin das Engagement der Bevölkerung im Kultur- und Sportbereich unterstützen. (...)

Frauen

Frauen haben aktiv am Kampf gegen den Diktator teilgenommen und standen an den vordersten Kampflinien. Die Zerstörung der alten Ordnung brachte Würde für die Frauen. Die Sandinistische Front wird die größtmöglichen Anstrengungen unternehmen, um die gesellschaftliche Stellung der Frauen zu verbessern. Sie wird auch weiterhin die Familie und die Unantastbarkeit des Zuhauses schützen.

Religion und Revolution

Nikaragua ist ein Beispiel für die Welt, ein Beispiel dafür, wie sich Christen mit einem revolutionären Bewußtsein an einem Prozeß tiefer Umgestaltungen beteiligen, der einen Ausweg für die Armen darstellt.

Die FSLN verpflichtet sich, auch weiterhin die Beteiligung von Christen an den Aufgaben der Revolution zu ermutigen und zu unterstützen. Die FSLN wird Religionsfreiheit und das freie Arbeiten der verschiedenen Kirchen innerhalb Nikaraguas strikt respektieren. (...)

Die Sandinistische Front und die Nationale Leitung verpflichten sich dazu, daß unser historisches Programm getreu ausgeführt werden wird. Wir werden mit allen unseren Anstrengungen und mit Entschlossenheit unseren unermüdlichen Kampf fortsetzen, um das Recht einer Nation zu verteidigen, eine neue Gesellschaft frei von Ausbeutern und Ausgebeuteten aufzubauen, für die in den letzten 100 Jahren mehr als 200.000 Nikaraguaner gekämpft haben und gestorben sind.

(Quelle: Barricada Internacional, Managua, 23.7.1984)

Dadurch verloren diese Parteien, entsprechend dem Wahlgesetz, ihren Status als Parteien und dürfen nur noch als politische Vereinigungen weiterexistieren. Der Nationale Rat der Politischen Parteien (CNPP), faßte diese Entscheidung, die im übrigen auch jede Partei in der Bundesrepublik erwartet, die sich nicht an Wahlen beteiligt, mit 6 gegen 2 Stimmen.

Das wahre Grund für die Nichtteilnahme der CDN, die in dieser Frage von den „Contras“ unterstützt wurde, ist jedoch in Washington zu suchen.

Die Reagan-Administration und rechte Regierungen in Westeuropa können sich jetzt auf die CDN berufen und die Wahlen für ungültig erklären. Man hat mit dem Wahlboykott zwar einen Teil der Opposition geopfert, dafür aber die Bedingungen für eine Invasion verbessert. Diesem Ziel dienen auch die neuerlichen Vorwürfe, die Sandinistas würden die Kirche verfolgen. Erster Anlaß für diese Kampagne, die gemeinsam von der nikaraguanischen Kirchenführung unter Erzbischof Obando y Bravo und dem Vatikan geführt wird, war die Ausweisung von 10 ausländischen Priestern im Juni d.J. Sie hatten für ihren Amtskollegen Luis Amado Pena demonstriert, der verhaftet wurde, nachdem ihm von einem Führer der „Contras“ Waffen übergeben worden waren.

Hatte der Erzbischof schon hinter der Verhaftung die sandinistische Kirchenfeindlichkeit gesehen, war die Ausweisung der 10 Priester für ihn „ein weiteres Indiz dafür, daß der Marxismus die Kirche zu zerstören versucht“.⁴

Der zweite Anlaß für die Vorwürfe gegen die Sandinistas war die Ernennung des Priesters Fernando Cardenal, der bereits 1980 die Alphabetisierungskampagne geleitet hatte, zum Erziehungsminister. Obwohl der Vatikan 1981 zugestimmt hatte, daß die Priester in Nikaraguas Regierung im Amt bleiben dürften, falls sie ihre priesterlichen Funktionen nicht ausüben würden, forderte er sie jetzt auf, ihre Ämter aufzugeben. Obando y Bravo setzte ihnen eine Frist bis zum 31. August d.J. Da die Priester nicht bereit sind, ihre Ämter aufzugeben, werden sie zumindest mit einer Suspendierung von



Neuer Erziehungsminister und Priester Fernando Cardenal (l.) und Erzbischof Obando y Bravo



Beim Abschub dieses CIA-Hubschraubers wurden zwei Söldner der US-Organisation „Civilian Military Assistance“ (CMA) getötet

ihren Priesterämtern rechnen müssen. Diese Maßnahmen haben einen einfachen Grund. Die Priester-Minister symbolisieren, daß es in Nicaragua keine religiöse Verfolgung gibt und das Christentum und Revolution vereinbar sind. Dies zu widerlegen, hat sich der Vatikan mit seiner Verurteilung der Theologie der Befreiung zum Ziel gesetzt.

Daß es bei dieser Auseinandersetzung nicht wie behauptet um Fragen des Glaubens, sondern um Politik geht, hat die nikaraguanische Kirchenführung mehrmals selbst deutlich gemacht. Obando y Bravo hatte bei einem Besuch in den USA offen einen Sturz der Sandinistischen Regierung befürwortet.⁵ Wie die CDN fordert die Kirchenführung einen Dialog mit den „Contras“ und lehnt eine Verurteilung ihrer Überfälle ab.

„Contras“ unter einem Dach

Bei der bewaffneten Opposition, den „Contras“ ist es unterdessen zu Umgruppierungen gekommen.

Am 29.8.1984 schlossen sich die Nikaraguanische Demokratische Kraft (FDN), die Miskito-Organisation MISURA unter Steadman Fagoth Muller und ein Teil der Revolutionär-Demokratischen Allianz (ARDE) unter Alfonso Robelo in der Union der Nationalen Versöhnung (UNIR) zusammen. Sie operiert mit Hilfe des CIA sowohl von Honduras als auch von Kostarika aus.

Eden Pastoras Teil der ARDE, der sich dem vom CIA geforderten Zusammenschluß verweigert hatte, schloß angesichts der Finanzsperre des CIA und der Schwächung seiner Truppen durch eine Offensive des Sandinistischen Volksheeres, am 6. September d.J. ein Kooperationsabkommen mit A. Robelo. Bei seiner Europareise, die ihn Ende Juli/Anfang August d.J. nach Portugal, Italien, Frankreich und Spanien führte, batte Pastora anscheinend nicht die nötigen

Mittel erhalten, um die CIA-Millionen ersetzen zu können.

Seinen Kollegen von der UNIR scheint es hingegen finanziell glänzend zu gehen. Zwar hatte sich der US-Senat Ende Juni d.J. geweigert, den „Contras“ 21 Mio Dollar zu bewilligen, doch hatte das kaum negative Auswirkungen für sie.

Die Gründe dafür wurden deutlich, nachdem am 1. September d.J. ein Hubschrauber, der gemeinsam mit drei Cessna-Flugzeugen nikaraguanisches Gebiet angegriffen hatte, abgeschossen wurde. Zwei der drei getöteten Insassen entpuppten sich als US-Söldner.

Obwohl die private Beteiligung von Bürgern der USA an Kriegen durch das Neutralitätsgesetz verboten ist, hatte das US-Außenministerium bereits Anfang 1984 beschlossen, die Unterstützung der „Contras“ durch US-Bürger und andere Staaten nicht zu behindern. Der Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Langhorne A. Motley, erklärte gar: „Ich freue mich, daß diese Bemühungen weitergehen.“⁶

Trotz anfänglicher Dementis gab das US-Außenministerium schließlich zu, daß die Söldner Kontakte zu offiziellen US-Stellen hatten. Undementiert blieben auch Berichte, daß alle vier Flugzeuge



CMA-Chef Tom Posey: „Wir werden sie alle töten“

vom CIA geliefert worden waren.⁷

Außerdem bestätigten US-Beamte und Sprecher der „Contras“, daß sie in den letzten 6 Monaten mehr als 10 Mio Dollar von US-Firmen und -Bürgern sowie von den Regierungen Israels, Argentiniens, Venezuelas, Taiwans und Guatemalas erhalten haben.⁸

Mit der Unterstützung der „Contras“ durch Dritte versuchen die USA ihre Hände in Unschuld zu waschen. Gleichzeitig wollen sie den Sandinistas den Schwarzen Peter zuschieben. So warfen sie der FSLN u.a. vor, sie würde Rauschgift in die USA schmuggeln sowie einen Flughafen für sowjetische und kubanische Flugzeuge anlegen.

Die friedlichen Absichten der Reagan-Administration will man durch die bilateralen Verhandlungen belegen, die mit dem Besuch von Außenminister Shultz am 1. Juni d.J. begonnen hatten. Seitdem war es zu mehreren Treffen zwischen dem US-Sonderbotschafter für Mittelamerika, Harry Shlaudeman, und dem Vizeaußenminister Nicaraguas Victor Hugo Tinoco gekommen, die jedoch ohne Ergebnis blieben.

Da die USA weiter auf Forderungen beharren, die Nicaragua längst erfüllt hat („Beendigung der Unterstützung von Guerillagruppen, Unterstützung des demokratischen Pluralismus“⁹) oder angesichts der US-Bedrohung nicht erfüllen kann (Abrüstung und Abbruch der militärischen Beziehungen zu Kuba und der UdSSR), entpuppen sich die Verhandlungen als Augenschere. Ebenso wie bei den Angeboten an die UdSSR, über chemische und Weltraumwaffen zu verhandeln, soll Kompromißbereitschaft zur Schau gestellt werden, um die Wahlchancen Ronald Reagans zu verbessern. Das wahre Gesicht der Reagan'schen Nikaraguapolitik wird sich deshalb erst nach den Präsidentschaftswahlen am 6. November d.J. zeigen. Ob dazu dann auch eine Invasion gegen die sandinistische Revolution gehören wird, hängt nicht zuletzt auch vom Wahlausgang in Nicaragua und von der Unterstützung, die es danach weltweit genießen wird, ab.

Ein klarer Wahlsieg der FSLN könnte jedenfalls die Angriffslust der Reagan-Administration zügel.

Anmerkungen:

- 1) Barricada Internacional, Managua, 27.8.1984
- 2) Vorwärts, Bonn, 15.9.1984
- 3) Barricada Internacional, 3.9.1984
- 4) Der Spiegel, Hamburg, 20.8.1984
- 5) Vgl. Latin America Weekly Report, London, 10.8.1984
- 6) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 14.9.1984
- 7) Vgl. Washington Post, 5.9.1984
- 8) Vgl. New York Times, 9.9.1984
- 9) Amerika-Dienst. Hintergrundmaterial, Bonn, 8.8.1984

Gespräch mit Giaconda Belli

Wir werden saubere Wahlen haben



Giaconda Belli, Dichterin und seit 1970 Mitglied der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), ist heute Wahlkampfsprecherin der Sandinistas. Für das AIB sprach Bernd Graul mit ihr über den bevorstehenden Umengang.

AIB: Die Opposition kritisiert die Aufrechterhaltung des nationalen Notstandes. Welches sind die Gründe der Regierung, das Gesetz nicht aufzuheben und in welchem Maße beschränkt es die Rechte und Freiheiten der nikanraguanischen Bürger?

G. BELLI: Der Notstand wurde in Nicaragua 1981 ausgerufen wegen der zunehmenden Aggressionen, denen das Land durch konterrevolutionäre Banden ausgesetzt war.

Gegenwärtig ist dieses Gesetz praktisch nicht mehr in Kraft, obwohl die Angriffe seitens des US-Imperialismus fort dauern. Um ein Klima des Vertrauens für die Durchführung der Wahlen zu schaffen, wurde durch einen Erlaß der revolutionären Regierung der größte Teil der Bestimmungen außer Kraft gesetzt.

Das Notstandsgesetz richtet sich ausschließlich gegen jene Bürger, die konterrevolutionäre Tätigkeiten ausüben. Andererseits sind alle Rechte gewährt, die für die Durchführung von Wahlen nötig sind, mit anderen Worten alle Rechte, die eine Partei benötigt, um ihre Wahlkampagne durchzuführen.

Am 19. Juli 1984 wurden das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit wiederhergestellt. Nach anschließenden Gesprächen mit den anderen Parteien, an denen zunächst auch die Demokratische Koordination (Zusammenschluß der Rechten; d. Red.) teilnahm, wurden ebenfalls die Bestimmungen aufgehoben, die das Habeas Corpus (bürgerliche Freiheiten; d. Red.) einschränkten und das Streikrecht wurde wieder in Kraft gesetzt.

Von insgesamt ca. 300 Bestimmungen, die durch das Notstandsgesetz eingeschränkt waren, blieben lediglich vier in Kraft. Und zwar handelt es sich um die Artikel, die sich auf konterrevolutionäre Tätigkeiten beziehen sowie auf Informationen über militärische Angelegenheiten.

Rechtsparteien nicht verboten

AIB: Durch ihren Verzicht, an den Wahlen teilzunehmen, verlieren die Parteien der Demokratischen Koordination ihren Status als juristische Person. Warum ist dies der Fall und was verändert sich durch diese Maßnahme für die Sozialdemokratische, die Christlich Soziale und die Liberal-Konstitutionalistische Partei?

G. BELLI: Indem ihnen die Rechtsperson aberkannt wird, hören sie auf, als politische Parteien zu existieren. Sie können jedoch als politische Vereinigungen weiterbestehen. Es handelt sich folglich nicht um eine Parteien-

auflösung.

Sie können nicht am Wahlprozeß teilnehmen, keine Propaganda als Parteien betreiben. Als politische Vereinigungen und als Einzelpersonen können sie allerdings weiterhin Erklärungen abgeben.

AIB: Heißt das, daß sie als Vereinigungen ebenfalls öffentliche Versammlungen durchführen dürfen, Demonstrationen usw.?

G. BELLI: Genau.

AIB: Handelt es sich demnach nur um eine formale Veränderung?

G. BELLI: Nein, es geht hier um eine politische Frage.

Alle politischen Parteien verfolgen als Ziel ihrer Aktivitäten die Eroberung der Macht. Und innerhalb eines institutionellen Rahmens die Eroberung der Macht auf zivilem Wege mittels Wahlen.

Was ist nun das Ziel dieser Parteien? Sie haben an die Regierung eine ganze Reihe Forderungen gestellt, die in ihrer Mehrheit inzwischen erfüllt wurden. Mit Ausnahme einiger weniger, wie der nach einem Dialog mit den Konterrevolutionären. Und das ist eine prinzipielle Frage. Wir haben erklärt, daß wir nicht mit den „Contras“ verhandeln, weil sie unsere Bürger ermorden und unserem Land schweren Schaden zufügen.

Diese Parteien funktionieren demnach, als politischer Arm der bewaffneten „Contras“ im Lande. Sie sind eine Provokationsfront und ein Faktor ständiger Destabilisierung hinter der Fassade einer politischen Partei.



Die Söldner der „Contra“, Dialogpartner der Rechtsparteien

Diese Mitgliedsorganisationen der Demokratischen Koordination verfügen über kein großes politisches Gewicht und über keine bedeutende Repräsentativität innerhalb des Landes. Sie haben es jedoch zum Teil geschafft, im Ausland den Eindruck zu erwecken, einflußreiche politische Kräfte zu sein. Dies entspricht jedoch nicht der Realität.

Die Sozialdemokratische Partei beispielsweise hat ungefähr 50 Mitglieder. Praktisch die gesamte Partei besteht aus der Gewerkschaft der „Prensa“ (oppositionelle Tageszeitung; d. Red.).

Die Liberal-Konstitutionalistische Partei entstand einige Jahre vor dem Triumph der Revolution aus einer Abspaltung der somozistischen Liberalen Partei. Sie besteht heute aus höchstens 30, 40 Mitgliedern. Die meisten von ihnen sind ältere Herren.

Die Sozial-Christliche Partei verfügt über etwas mehr Repräsentativität. Aus diesem Grunde versuchten wir, besonders sie zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Denn wir glauben, daß sie einige Unterstützung im Volke hat. Aber auch sie vertritt nicht eine große Mehrheit der Bevölkerung.

AIB: Die Parteien der Demokratischen Koordination haben bereits am 24. Dezember 1983 einen Forderungskatalog aufgestellt, auf den sie sich noch immer berufen und mit deren Nichterfüllung sie ihren Wahlboykott begründen. Heißt das, daß sie von der Diskussion um die Erstellung des Wahlgesetzes ausgeschlossen waren?



D. Ortega bei der Eintragung ins Wählerverzeichnis

G. BELLI: Nein, sie nahmen an der Ausarbeitung teil. Und als wir ungefähr 80 Artikel erstellt hatten, beschlossen sie, sich zurückzuziehen unter dem Vorwand, es dürfe sich nur um Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung handeln, nicht um Präsidentschaftswahlen. Aber 80 Artikel hatten wir schon gemeinschaftlich beschlossen.

Wir stellten bereits mehrfach klar, daß Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Kräften des Landes durchgeführt werden müssen. Dabei müssen alle Seiten ein wenig von ihren ursprünglichen maximalen Vorstellungen abweichen, um Entscheidungen herbeizuführen, die dem Land nützen.

Die Parteien der Koordination nahmen jedoch eine unnachgiebige Haltung ein und versuchten, außerhalb des Landes den Eindruck zu erwecken, die FSLN verhielte sich starr und kompromißlos.

Sie forderten die Beendigung des Notstandes, die Herstellung der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit usw. Wir sind auf diese Forderungen eingegangen.

Deshalb forderten sie den Dialog mit der „Contra“, weil sie wissen, daß dies für uns kein Verhandlungsgegenstand sein konnte. Mit dieser Maßnahme blockierten sie weitere Gespräche.

Mittlerweile fordern sie auf zu einem Dialog ohne Beteiligung der „Contra“. Der Dialog existiert jedoch schon. Insgesamt gab es fünf Treffen. An nur einem nahm die Koordination teil und an einem weiteren die Christlich-Soziale Partei.

Wenn wir also Formen des Dialogs schaffen, nehmen sie nicht daran teil. Sie stellen immer neue Forderungen, um somit eine Rechtfertigung zu haben, nicht an den Wahlen teilzunehmen und international eine Kampagne zu veranstalten mit dem Ziel, die Wahlen und die Revolution in Mißkredit zu bringen.

Aus diesem Grunde ist für uns die Politik dieser Organisation identisch mit der Politik der Reagan-Administration. Und deshalb sind sie für uns Sprecher der US-Regierung und der politische Arm der bewaffneten Konterrevolution. Wir schlugen vor, gemeinsam einen Brief an die

Reagan-Administration zu schreiben, und ihn aufzufordern, die Aggression zu beenden. Das war nun wirklich keine große Sache. Außerdem wurde der Antrag von der Liberalen Partei ausgearbeitet. Doch es kam zu keiner Übereinkunft.

Die FSLN zeigte sich hingegen kompromißbereit.

Wir beschlossen eine Reform des Wahlgesetzes, wonach neuerdings jede Partei ein Mitglied in die Wahllokale entsenden kann. Wir vergrößerten den Obersten Wahlrat um ein Mitglied der Konservativen Demokratischen Partei sowie einen Vertreter der Christlich-Sozialen Volkspartei auf fünf Mitglieder. Wir gewährten den Parteien mehr Gelder zur Finanzierung ihres Wahlkampfes.

Wir praktizieren also eine höchst flexible Politik. Im Gegensatz dazu beharrte die Demokratische Koordination auf ihrer Politik der Stärke.

AIB: Was ist die Aufgabe der Versammlung der politischen Parteien?

G. BELLI: Die Versammlung der politischen Parteien steht dem Obersten Wahlrat beratend zur Seite. Beide wachen über die Einhaltung des Parteien- und des Wahlgesetzes. Außerdem ermöglicht sie den Dialog zwischen den Parteien und die Diskussion von Problemen.

Auf der letzten Sitzung diskutierten wir einige technische Fragen wie die Versorgung mit Farbe, Papier usw. Jede Partei hat einen Anspruch auf 32 Tonnen Papier, allerdings gibt es einige Probleme bei der Beschaffung.

Außerdem gab es Übergriffe auf Parteiaktivisten. Der FSLN wurde vorgeworfen, andere Parteien bei ihrer Propaganda zu behindern. Aber auch bei uns gibt es zahlreiche „compañeros“, die von Mitgliedern anderer Parteien verprügelt wurden. Plakate wurden abgerissen, Parteibüros anderer Organisationen bemalt. Deshalb wollen wir Vereinbarungen über eine adäquate Durchführung des Wahlkampfes schaffen.

Denn in unserem Land gibt es keine Wahlkultur. Die Bevölkerung ist an derartige Prozesse nicht gewöhnt. Wir versuchen daher von seiten aller Parteien, die Basis zu erziehen, damit sie verstehen, was es bedeutet, einen fairen Wahlkampf zu führen.

Ich hatte das Glück am Wochenende Virgilio Godoy (Chef der Liberalen Partei) und Clemente Guido (Chef der Konservativen Demokratischen Partei) im Fernsehen zu sehen, als sie erklärten, daß es keinerlei Auseinandersetzungen auf ihren Wahlkampfaufaktveranstaltungen gab.

Wahlbeobachter aber keine Kontrolleure

AIB: Der Präsidentschaftskandidat der Konservativen Demokratischen Partei, Clemente Guido, forderte, daß ausländische Beobachter nicht nur am Wahltag kommen, sondern schon 60 Tage vorher den Wahlkampf begutachten sollten. Was ist die Meinung der FSLN zu derartigen Vorschlägen?

G. BELLI: Als Beobachter kann jeder kommen, der will. Wir selbst und auch die anderen Parteien haben zahlreiche ausländische Gäste eingeladen. Darüber sind wir uns völlig einig. Kontrollieren ist jedoch etwas anderes. Wir sind nicht bereit, daß jemand kommt, um unsere Wahlen zu kontrollieren. Denn wir sind ein freies Volk. Und ich glaube in keinem Land würde man das akzeptieren. Stellen Sie sich vor, England würde Vertreter entsenden, um zu kontrollieren, ob in der BRD wirklich freie Wahlen stattfänden.

In unserer Geschichte gab es mehrfach superkontrollierte Wahlen. Im Jahre 1982 z.B. gab es einen Obersten Wahlrat, der sich aus drei Nordamerikanern zusammensetzte und in je-

dem Wahllokal saß ein US-Militär.

Diese Art von Einmischung in unsere Wahlen werden wir nicht zulassen. Denn genau deshalb haben wir die Revolution gemacht – um ein freies und souveränes Land zu sein.

AIB: Wenn diese Wahlen keine internationale Anerkennung finden, kann das den USA als Rechtfertigung für eine Intervention dienen?

G. BELLI: Unser Land wird angegriffen, weil es ein Modell für Lateinamerika ist. Ein Modell der Nichtpaktgebundenheit, Ursprünglichkeit und Neuartigkeit einer Revolution.

Deshalb stellt es für die USA eine Gefahr dar bezüglich der Form, wie sie die Herrschaftssicherung in den meisten Ländern dieses Kontinents praktizieren.

Wir glauben, daß es nicht leicht wird, internationale Anerkennung unserer Wahlen durch die USA zu erlangen. Wir werden saubere Wahlen haben. Aber wir sind sicher, daß die Reagan-Administration sagen wird, es habe Wahlbetrug gegeben. Anerkennen würden sie die Wahlen nur, wenn Arturo Cruz sie gewänne.

Es handelt sich hier um einen systematischen Angriff gegen die Revolution, um den festen Willen, diese Revolution zu zerstören. Und dies wird bekanntlich auch in der Wahlplattform Reagans (siehe Beitrag K. Eges; d. Red.) zum Ausdruck gebracht. Deshalb haben wir diesbezüglich keinen übertriebenen Optimismus.

Unsere Wahlen führen wir für uns durch, weil wir unsere Revolution institutionalisieren müssen. Und weil wir unsere Verfassung erarbeiten müssen. Und weil wir einen rechtlichen Rahmen schaffen müssen für die Vertiefung der revolutionären Veränderungen.

Manfred Ernst

COSTA RICA die Schweiz Mittelamerikas: Mythos und Realität

Zu den strukturellen Voraussetzungen kapitalistischer Entwicklungsstrategie am Beispiel Costa Ricas seit 1948

Die Republik Costa Rica stellte bislang die scheinbare Ausnahme in der von wirtschaftlicher Abhängigkeit, Gewalt, Armut und Ausbeutung geprägten mittelamerikanischen Region dar.

Das vorliegende, äußerst materialreiche Werk ist die erste umfassende und kritische sozialwissenschaftliche Veröffentlichung zu Costa Rica im deutschsprachigen Raum.

ila-wissenschaftliche Reihe 2

240 Seiten

Preis: 10.80 DM

Herausgeber:

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-658613
Karibik Informationszentrum Hamburg e.V., Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Interview mit FMLN-Comandante Joaquin Villalobos

Neue Akzente im US- Interventionskonzept



Anfang August d.J. schlossen die salvadorianischen Gewerkschaften eine Welle von Streiks mit Lohnerhöhungen und Rücknahmen von Entlassungen aktiver Arbeiter ab. Zugleich führte die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) mit neuen spektakulären Operationen vor, daß nach den Wahlen vom März und Mai d.J. weiter mit ihr zu rechnen ist: Präsident José Napoleon Duarte hatte soeben sein Amt angetreten, da demonstrierten FMLN-Guerilleros mit der Besetzung des Wasserkraftwerks von Cerron Grande am 28. Juni d.J. (siehe Kasten) ihre Stärke. Mitte August nahmen sie vorübergehend die Garnisonstädte San Agustín und Francisco, beide in der Provinz Usulután, ein.

Zwar gewährte die Regierung Reagan dem Verbündeten unterdessen eine militärische Soforthilfe von 70 Mio Dollar, was die US-Hilfe für 1984 auf insgesamt 196 Mio Dollar anheb. Dennoch sieht sich Duarte in Sachen Soziales und Frieden wachsendem innerem Druck, gerade auch seitens seiner eigentlichen „sozialen Basis“, ausgesetzt. Diese zeigt wenig Verständnis dafür, daß Duarte von seinem Wahlkampfversprechen abrückte, Gespräche mit der Guerilla zu suchen. So hat nach der katholischen Kirche nun auch die christdemokratisch geführte Zentralgewerkschaft UPD (Demokratische Volkseinheit) einen unverzüglichen Waffenstillstand und die Aufnahme eines „echten nationalen Dialogs“ von der Regierung gefordert.

Die Haltung der FMLN zum Dialog, ihre Sicht des aktuellen Kräfteverhältnisses und des US-Interventionskonzepts in El Salvador erläutert Joaquin Villalobos. Das Gespräch mit dem Mitglied des FMLN-Generalkommandos wurde am 23. Juli d.J. von Radio Venceremos und Radio Farabundo Marti gesendet.

FRAGE: Comandante Villalobos, welches sind die strategischen Pläne, die die Diktatur im Augenblick durchführt, und welche Rolle spielt der Plan CONARA (US-Plan zur Aufstandsbekämpfung in El Salvador; d. Red.) innerhalb dieser Strategie?

J. VILLALOBOS: In der letzten Zeit haben viele gesagt, sie hätten einen Plan, und sie haben das auch zur Genüge propagandistisch ausgeschlachtet. Sie sind sogar soweit gegangen, zu behaupten, sie hätten die militärische Initiative.

Im Augenblick existiert ein militärischer Plan der Diktatur und dieser hat absolut defensiven Charakter. Dieser Plan wird durchgeführt, gekennzeichnet durch die großen Verluste an Material und Soldaten, die die Armee in drei Kriegsjahren erlitten hat.

Er ist gekennzeichnet auch durch den Verlust der Kontrolle über ausgedehnte Gebiete und einer steigenden Aktivität der FMLN, nicht mehr nur in den von den strategisch wichtigen Städten abgelegenen Gebieten, sondern ebenfalls in den vitalen Zonen, in der Nähe der Städte und Hauptstraßen; gekennzeichnet von einer insgesamt vom Krieg betroffenen Wirtschaftslage. Er wird

durchgeführt in einer Situation, in der 60% des Territoriums entweder von der FMLN kontrolliert werden oder zu den umkämpften Zonen gehören.

In dieser Lage wird, angeleitet durch die Nordamerikaner, mit der Durchführung eines Planes begonnen, der das Ziel hat, die Situation umzukehren. Ihr augenblickliches Interesse besteht darin, Zeit zu gewinnen. Die militärische Aktivität, die sie entwickeln, wird nicht einmal von ihnen selbst als offensiv angesehen. Ihre Absicht ist es jetzt, die Truppenstärke auf 15.000 bis 18.000 Soldaten zu erhöhen und ungefähr 1.500 Offiziere auszubilden.

Der Plan CONARA

Sie müssen sich auch in die Lage versetzen, die riesige Militärhilfe der USA einzusetzen, und was die Taktik betrifft, die gesamte Konzeption zu verarbeiten, die die Nordamerikaner ihnen bezüglich ihrer Antwort auf die Situation, vor die die FMLN sie stellt, übermitteln.

Sie haben den Generalstab umgebildet, so daß dieser jetzt praktisch von den Nordamerikanern gehandhabt wird; ihm gehören 8 US-Oberste an.

Dieses Konzept ist eine Kopie desjenigen, das die USA in Vietnam angewandt haben, d.h. es ist ein taktisches Projekt, das schon einmal von einer Volksmacht, von revolutionären Streitkräften zer schlagen worden ist.

Die Grundidee des Regimes ist im Augenblick: sich verteidigen und die Situation umkehren.

An erster Stelle sieht sie vor, die FMLN aus den vitalen Zonen, in die wir vorge drungen sind, zu vertreiben und in den Nordstreifen des Zentrums und des Ostens des Landes abzudrängen.

Das erklärt, warum sich der Plan CONARA auf San Vicente und Usulután konzentriert, denn hier haben sie Gebiete größter wirtschaftlicher Bedeutung verloren, die sich im Augenblick, völlig destabilisiert durch die FMLN, praktisch außer Funktion befinden.

Nach dem erfolgreichen Abschluß dieser Phase wollen sie dazu übergehen, die nördliche Zone zu isolieren und unter ständigem Druck zu halten. Innerhalb dieses Konzepts spielen die sog. „Jäger“-Bataillone eine Hauptrolle.

„Den Fisch aus dem Wasser ziehen“

Sie haben außerdem vor, das Image der Armee, das sie im Volk hat, mit Plänen zivilen Charakters zu verbessern, um der FMLN die soziale Basis zu entziehen. Sie reden davon, „das Herz und den Geist des Volkes zu gewinnen“ oder „den Fisch aus dem Wasser zu ziehen“, was heißen soll, die FMLN von den Massen zu isolieren.

Das wäre also, zusammengefaßt, der feindliche Plan. Um zu sehen, wie er sich entwickelt, müßten wir von den Problemen reden, die sie gehabt haben. Da steht an erster Stelle das schwerwiegende Problem der Desertationen. Das ist alarmierend für sie, weil diese permanent stattfinden und die Elitebataillone und die „Jäger“-Bataillone mitbetreffen. (...)

Ein weiteres ihrer Probleme ist, daß die Soldaten, wenn sie ihren Mindest-Wehrdienst abgeleistet haben, nur in sehr sel-



FMLN-Operation von Cerron Grande

Im Morgengrauen des 28. Juni (1984) haben Guerilleros der FMLN das strategisch wichtige Wasserkraftwerk von Cerron Grande, das größte des Landes, 60 km nördlich von San Salvador, angegriffen.

Nach schweren Kämpfen besetzten die Guerilleros die Installation des Staudamms und dessen Umgebung. Der strategisch wichtige Staudamm befindet sich am Lempafluß und sein Stromerzeugungspotential übersteigt 200.000 Kilowatt, mit einem Stausee von mehr als 100 qkm. Es versorgt den größten Teil El Salvadors mit Energie.

Eine durch Radio Farabundo Marti übertragene Information gab an, daß die FMLN der Regierungsarmee 720 Mann Verluste während der Einnahme des Staudamms und dem heranrückenden Nachschub zugefügt hat. 500 Mann Verluste wurden dem Regime während des Angriffs und der Besetzung der Staudammanlage zugefügt, 220 Mann Verluste bei dem Hinterhalt, der die Ankunft der Verstärkung der Feinde verhinderte.

Bei diesen Aktionen gegen die Armee José Napoleon Duartes wurden mehr als 100 Gefangene gemacht.

Das Hauptziel der Militäraktion der Guerilla war, das Spezialbataillon Sierpe zu vernichten, das mit der Bewachung des Ortes beauftragt war, und Waffen zu erbeuten, was sie erfolgreich erreichte.

Nach Radio Venceremos, offizielle Stimme der FMLN, wurden bei der Operation Cerron Grande vom Feind mehr als 215 Waffen erbeutet, darunter 174 automatische M 16 Gewehre, ein Mörser von 120 mm, ein Geschütz von 90 mm, vier Granatwerfer, fünf Maschinengewehre, 22 Radios für die Militärkommunikation, 65.000 Patronen, alles nordamerikanischer Fabrikation.

Die revolutionären Kämpfer zerstörten eine Mörserbatterie mit vier Mörsern von 120 mm, eine Haubitze mit 105 mm, sechs Transportlastwagen und 54 Hochspannungstransformatoren.

Das Umspannungswerk zur Energieabgabe, eine Tankstelle und das Munitionslager der Armee in Cerron Grande wurden von den Guerilleros gesprengt. Radio Venceremos sagte, daß die Anzahl der erbeuteten Waffen, das gefangenommene Militärpersonal und die zugefügten Verluste zeigen, daß die Armee unfähig ist, die militärische Initiative zurückzugewinnen.

Der Guerillasender betonte von neuem, daß der Staudamm nicht zerstört wurde, weil dies nicht das Ziel der Operation gewesen war.

Diese Operation der FMLN wird als eine der wichtigsten der salvadorianischen Guerilla angesehen. Sie zeigte den hohen Grad der Einheit zwischen den kämpfenden Kräften an, ihre Disziplin, Organisation und Synchronisierung für den Angriff.

(Quelle: Radio Venceremos. Signal der Freiheit, Köln, Nr. 9-10/1984, S.5)

tenen Fällen bei der Armee bleiben. (...) Auf der anderen Seite reagiert die Bevölkerung in keiner Weise auf die Aufrufe der Armee, innerhalb des deformierten „Zivilverteidigungsplanes“, den sie in San Vicente und jetzt in Usulután durchzuführen beabsichtigen, die Waffen gegen uns zu erheben.

Die Bevölkerung weigert sich, gegen uns zu kämpfen, sie will nicht gegen Kräfte kämpfen, die sie repräsentieren und verteidigen.

Die ganze Aktivität, die sie mit der Bevölkerung veranstalten, hat nicht ihre Integration in die FMLN verhindern können. (...)

Als der Plan in San Vicente angewandt wurde, wurde seine Durchführung völlig aufgehalten und die Offensive der FMLN im September 1983 zerstörte völlig das Kräftegleichgewicht, mit dem sie ihn aufrecht erhielten.

Sie wurden zu einer Zerstreuung ihrer Kräfte gezwungen und zusammen mit ihren festen Stellungen verloren sie die Möglichkeit, den Plan durchzuführen und ernteten nur ein viel weiteres Vorrücken der FMLN in der Zone von San Vicente.

FRAGE: Was sagen Sie zur Propaganda der Armee, sie hätte die militärische Initiative gegenüber den revolutionären

Kräften zurückgewonnen?

J. VILLALOBOS: Wenn die Armee von militärischer Initiative redet, sagt sie, sie hätte sie wiedergewonnen, daß sie dabei sei, sie zurückzuerobern, dann heißt das in Wirklichkeit, daß wir sie haben.

Die FMLN ist im Vorteil in dem Gebiet, daß sie beherrscht. Sie verfügt über die Fähigkeit, von der Nachhut aus Druck auszuüben und hat außerdem ihre Operationsschauplätze auf vitale Zonen ausgedehnt.

Die FMLN muß im Augenblick zwei grundsätzlichen militärischen Zielsetzungen entsprechen: Sie muß weiter vorrücken und auf der anderen Seite versuchen, den neuen Plan, den die US-Berater für die Armee der Diktatur entworfen haben, zunichte zu machen.

Die FMLN dominiert praktisch den gesamten nördlichen Streifen und bewegt sich mit größter Einfachheit an jeden Punkt der feindlichen Nachhut, sogar an äußerst wichtige. Die von der FMLN erreichte Ausbreitung ist so groß, daß sie dem Krieg in dieser Etappe neue Charakteristika auferlegen wird.

Die FMLN bleibt im Vorteil

In den 3 1/2 Kriegsjahren, wenn man als Beginn die Offensive am 10.1. 1981 nimmt, hat der Krieg verschiedene Charakteristika angenommen. In jeder Etappe war eine Taktik vorherrschend über andere. Und dies hat der FMLN die Entwicklung verschiedener Kräftekategorien und verschiedener taktischer Entwürfe erlaubt.

Die FMLN entstand als Stadtguerilla mit einer engen Verbindung zu den Massen. Die Stadtguerilla, die städtischen Milizen, die Selbstverteidigungsgruppen ... alle Formen des militärischen Kampfes, die mit den Straßenkämpfen der Massen zusammenhängen, sind taktische Projekte, die die FMLN schon in allen Einzelheiten kennt.

In der Zeit direkt nach dem 10.1. 1981 versuchte der Feind einen Plan durchzuführen, der sich als genauso ineffektiv erwies wie der jetzige. General Garcia, der Kopf dieses Planes, erdachte die Taktik der großen Operationen von über 25 Tagen Dauer. Operationen, wie die am Cerro Guazapa, die fast 2 Monate dauerte, unter ständigem Druck.

Zu dieser Zeit baute die FMLN eine eiserne Verteidigung auf, basierend auf den Hilfsquellen, auf die wir rechnen konnten, den Massen, die uns unterstützen. In diesem ganzen Verteidigungsplan mußte man die Guerillataktik mit einigen Modalitäten des Stellungskrieges kombinieren, da es viele Positionen gab, die verteidigt werden mußten.

Das verursachte hohe Verluste beim Gegner. Aufbauend auf einem defensiven Plan, gelang es der FMLN, dem Heer eine schwere Niederlage zuzufügen. All dies ermöglichte der FMLN die Verteidigung von Positionen zu erproben und gleichzeitig mobile Guerillamanöver auszuführen. In der nächsten Etappe und basierend auf den gewonnenen Erfahrungen begann die FMLN von den entwickeltsten Möglichkeiten bezüglich Angriffskapazität, Konzentration und Manövrierfähigkeit Gebrauch zu machen und begann alle untergeordneten Positionen des Feindes aufzulösen, die aufgebaut worden waren, um die Ausbreitung der FMLN zu verhindern.

Gescheiterte Taktiken

Der Feind sah sich gezwungen, den Rückzug anzutreten, bis in die Situation, in der er sich heute befindet.

In dieser Etappe entwickelte die FMLN die Fähigkeit, mit Einheiten in Bataillonsstärke (rund 400-600 Kämpfer; d. Red.) operieren zu können sowie mit Zusammenstellungen verschiedener Bataillone.

FRAGE: Comandante, seit den Monaten Februar-März d.J. befinden sich die Arbeiter in einem permanenten Arbeitskampf für bessere Löhne und Sozialleistungen. Wie sieht die FMLN diesen Kampf?

J. VILLALOBOS: In einer Kriegswirtschaft, wie sie in El Salvador herrscht, wird der größte Teil der Devisen und der nationalen Einkünfte in das Hauptziel der jetzigen und der früheren Regierungen investiert: den Krieg aufrechtzuerhalten.

Auf der anderen Seite hat die Oligarchie das aus dem Land herausgeholt, was herauszuholen war.

Diese beiden Faktoren haben zu einer unsagbaren Verarmung der Volksmassen, der Arbeiter geführt. Weder die vorherigen noch diese Regierung ist in der Lage, Antwort auf die dringenden Forderungen der Arbeiter zu geben, wie es die Erhöhung der Gehälter und die Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel sind. (...)

Selbstverständlich wird die FMLN diese Massenbewegung nachdrücklich unterstützen, wird sich mit dem gesamten Volk für diese wichtigen ökonomischen Forderungen aussprechen, wird diesen gesamten Prozeß des politischen Kampfes unterstützen. (...)

FRAGE: Auf internationaler Ebene ist der Druck offensichtlich, der auf das Duarte-Regime hinsichtlich einer politischen Lösung ausgeübt wird. Welches ist die Einschätzung des (FMLN-)Generalcommandos dazu?

J. VILLALOBOS: Es wird ein beachtlicher und ganz offensichtlicher Druck zugunsten einer Suche nach einer politischen Lösung des aktuellen bewaffneten Konfliktes auf Duarte ausgeübt. Seine eigenen Versprechungen bezüglich eines Sozialpaktes, Nationalen Dialoges usw. haben sogar Erwartungen auf internationaler Ebene hinsichtlich dieser Lösung geweckt.

All diese Anstrengungen Duartes haben eine Erklärung: Seine Einsetzung als Präsident erleichtert die Zustimmung zu den militärischen Plänen der US-Administration. Duarte muß die politische Deckung für einen Plan abgeben, der in Wirklichkeit militärisch ist.

Der Grund für diese Deckung sind die realen Hoffnungen auf Frieden. Hierbei zählt nicht, was Duarte eigentlich repräsentiert, sondern seine Entwürfe, die er hinsichtlich der Möglichkeit einer politischen Lösung gemacht hat.

Duartes Absicht war es, mit den Hoffnungen auf Frieden, die weltweit existieren, zu spielen und zu manövrieren, um in Wirklichkeit der Vertiefung des Krieges in El Salvador Vorschub zu leisten. Im Augenblick entwickeln sich die Sachen so, wie sie sich in Wirklichkeit auch entwickeln sollten: es gibt Druck hinsichtlich einer politischen Lösung, damit man eine solche Lösung auch wirklich sucht.

Auf der anderen Seite hat die FMLN die Initiative, was den Vorschlag einer friedlichen Lösung betrifft, und diese Initiative haben wir nie verloren, seit es den Krieg gibt. Als Beweis dessen haben wir ernsthafte Vorschläge gemacht und unsere Bereitschaft, ohne Vorbedingungen mit dem Dialog zu beginnen, ausgedrückt (siehe AIB 1/1983 und 2/1984; d. Red.) Auf diesen Vorschlag hin haben

wir eine permanente Abfuhr und Bedingungen erhalten.

Wie ist die Erklärung für dieses Verhalten? Die Erklärung ist, das Duarte nicht regiert. Er kann keinen Dialog führen, denn um das zu können, müßte er die Erlaubnis der US-Regierung und der Oligarchie bekommen, und die sind mit dem Dialog nicht einverstanden und besitzen viel mehr Macht als Duarte.

Duarte ist ausgewählt worden, eine Marionette, die dazu da ist, um, wie schon gesagt, die Militärhilfe an die Diktatur zu garantieren. Duarte war kaum im Amt, als er sich schon in den USA befand, um darum zu betteln, daß die Millionen Dollars bewilligt werden, die die Fortsetzung der militärischen Pläne garantieren. Die Situation, in der sich die Regierung befindet, wird immer deutlicher. Viel schneller, als sie es voraussehen konnten, gingen ihr die Handlungsmöglichkeiten aus. Zum Beispiel im Streik der Postangestellten, wo die Regierung in den ersten Augenblicken versuchte, eine ähnliche Antwort zu geben, wie die Regierungen Molina und Romero (vor 1979; d. Red.) das getan haben.

Es sollte einen nicht wundern, wenn angesichts der Politik, die die FMLN zugunsten einer friedlichen Lösung betreibt, weitere einschneidende Maßnahmen der Regierung durchgeführt werden, so wie es die vorherigen Regierungen auch schon getan haben.

Die FMLN geht auf militärischem Gebiet zur fortgesetzten Offensive über. Auf politischem Gebiet wird sie die politischen und ökonomischen Kämpfe der Arbeitermassen unterstützen und stärken. Und bezüglich der Suche nach einer friedlichen Lösung wird die FMLN ihre Bereitschaft und die Initiative aufrecht erhalten.

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 5/August 1984

SCHWERPUNKTTHEMA: Südafrika und Zimbabwe: Frauen im Widerstand ● SUDAFRIKA: Unterdrückung, Ausbeutung und Widerstand ● Dorothy Nyembe: Symbol für Mut und Widerstand ● Zum Beispiel: Fünf Frauen in Südafrika ● Rita Ndzanga: Gewerkschafterin in Südafrika ● 'Wir sind schwarz und wir sind Frauen. Und deshalb sind wir ganz unten' ● Noch sind es wenige weiße Frauen ● Frauen für Südafrika ● ZIMBABWE: Brautpreis, Baby-Dumping, Prostitution ● Wir wollen eigenes Land ● Aufruf zur Unterstützung des Zimbabwe Women's Bureau ● MOSAMBIK: Nadel und Zwirn für die OMM ● Aufruf des ersten bundesweiten Kongresses ausländischer Frauen und Mädchen ● SUDAFRIKA: Gewerkschaftseinheit: Nationale Föderation beschlossen ● Wir haben in der UDF unseren Platz ● Die Kosten für Bothas Frieden ● Leere Worte ● Söldnerwerbung für Südafrika ● Waffen für Südafrika
Einzelpreis 5 DM, Abo 40 DM
Bezug: issa, Blicherstr. 14, 5300 Bonn 1

Brasilien-Nachrichten, Nr. 82/1984

FRAUEN IN BRASILIEN: Untersuchungen zur Arbeitssituation der Frau in Brasilien ● Skizzen zur Stellung der brasilianischen Frau in der Politik ● Die feministische Bewegung in Brasilien und ihre Tendenzen ● Rechtsprechung – Zur Situation der Prostituierten in Juazeiro/Bahia ● Häufig wie eine Sklavin gehalten ● Erfahrungen einer Sozialhelferin im Nordosten ● Karneval ● Direitas ja ● Die Weißen denken nur ans Geld ● Interview mit VW-Fazenda-Chef Friedrich Bruegger ● Gedicht: Meine Schwester ● Nachrichten ● Rezensionen
Einzelpreis 7 DM, Abo 28 DM
Bezug: Brasilien-Nachrichten, Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Peripherie, Nr. 15-16/1984

WELTWIRTSCHAFTSKRISE: Helmut Ashe/Luiz Ramalho: Die Schwellenländer in der Weltwirtschaftskrise ● Du-Yul Song: Südkorea: Auf den Spuren der Japaner? ● Dieter Ernst: Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die weltweite Neustrukturierung der Elektronikindustrie – Implikationen für die Dritte Welt ● Dorothea Mezger: Das Problem der nichterneuerbaren Ressourcen oder die ökologische Krise der Rohstoffexportländer ● Theo Mutter: Rohstoffabkommen – ein zweischneidiges Schwert ● Claudia Dziobek: Die Kreditpolitik der amerikanischen Banken gegenüber den Ländern der Dritten Welt ● Raúl Rojas González: „We pay mañana“: Die Verschuldung Mexikos und die heutige Krise ● Eugenio Rivera Urrutia: Die Stabilisierungspolitik des IWF in Ländern mit repräsentativer Demokratie: Das Beispiel Costa Rica ● Lee Young Hee: Die qualitative Veränderung der politischen Lage rund um die koreanische Halbinsel und unsere Aufgabe ● Veronika Bennholdt-Thomsen: Auch in der Dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen – warum?
Einzelpreis 9 DM, Doppelheft 16 DM, Abo 30 DM bzw. 60 DM
Bezug: Peripherie c/o FDCL im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Gespräch mit FPMR-Comandante Miguel

Wir sind kein Volk von Schafen

Am 4. und 5. September d.J. fanden zum 10. Mal Protesttage der Opposition gegen die Pinochet-Diktatur statt. Zu den Aktionen hatten die von Christdemokraten geführte Demokratische Allianz (AD), der Sozialistische Block, die linke Demokratische Volksbewegung (MDP) und das Nationale Arbeiterkommando (CNT) aufgerufen.

Zwei Tage lang blieben die Geschäfte geschlossen, ruhte der öffentliche Verkehr, streikten die Fuhrunternehmer, Schüler und Studenten. Polizei und Armee gingen erneut gewaltsam gegen Demonstranten und Unbeteiligte vor. Neun Tote, darunter der französische Pfarrer André Jarlan, Dutzende Verletzte und ca. 500 Verhaftete sind die Bilanz der Repression.

Gegen den staatlichen Terror wehrte sich die Bevölkerung mit dem Bau von Barrikaden und dem Ausstreuen von Krähenfüßen. Angesichts der Unnachgiebigkeit der Diktatur und einer Repression, die seit 1983 mehr als 100 Tote gefordert hat, erhalten bewaffnete Organisationen einen immer größeren Zulauf. Vor und während der Protesttage verübten sie Anschläge auf Hochspannungsmasten, Eisenbahnschienen, Brücken und Autobusse.

Viele der Aktionen wurden von der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) verübt. Sie wandte sich bereits kurz nach dem Putsch vom 11. September 1973 dem bewaffneten Kampf zu und gehört heute der MDP an.

Die meisten Sabotageakte gehen jedoch auf das Konto der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR), die erstmals 1983 von sich reden machte. Im ersten Interview, das mit einem Vertreter dieser Organisation geführt wurde, beantwortete Comandante Miguel in Santiago Fragen zum Selbstverständnis und den Aktionen der FPMR.

FRAGE: Was ist die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR)?

C. MIGUEL: Wir verstehen uns als eine Organisation echter Patrioten, die beschlossen haben, der Diktatur mit den Mitteln des bewaffneten Kampfes entgegenzutreten.

Das Ziel der Front heißt, Pinochet zu stürzen und bei der Wiederherstellung der Demokratie in diesem Land mitzuwirken.

FRAGE: Warum habt ihr für eure Organisation den Namen Manuel Rodriguez gewählt?

Sabotage und Verteidigung

C. MIGUEL: Weil Manuel Rodriguez im Kampf gegen den spanischen Kolonialismus (Unabhängigkeitskriege unter O'Higgins 1810-18; d. Red.) Kühnheit und Tapferkeit verkörpert hat.

Er steht repräsentativ für die Anwendung von Gewalt aus Vaterlandsliebe, gegen die Unterdrückung durch Fremde. Manuel Rodriguez war ein Guerillero, der zusammen mit dem Volk dazu beitrug, die Feinde dieses Volkes zu besiegen. Er war ein Kämpfer für die Freiheit. Heute sind wir es, die dieses Ziel verfolgen.

FRAGE: Könntest du uns sagen, zu welchen Aktionsformen die FPMR greift?

C. MIGUEL: Sabotageakte, Vergeltungs- und Verteidigungsaktionen gegen die repressiven Kräfte sowie Aktionsformen, die dazu beitragen, das Regime zu erschüttern.

Die Sabotageakte zielen darauf ab, der Diktatur Schaden zuzufügen, die Begeisterung des Volkes zu steigern und zu demonstrieren, wie groß die Ablehnung gegen Pinochet ist.

FRAGE: Könntest du uns Einzelheiten über diese Aktionen verraten?

C. MIGUEL: Unter anderem stören wir die Stromversorgung. Die FPMR hat die größten Stromausfälle zustandegebracht, die es in diesem Land je gegeben hat.

Diese Aktionen werden in weiten Kreisen der Bevölkerung mit Freude und Begeisterung aufgenommen als Manifestation des Abscheus gegen das Regime. Daneben führen wir Angriffe auf Gebäude der Geheimpolizei CNI durch.

Am 1. April haben wir die Stromversorgung in bisher nie erreichtem Ausmaß lahmgelegt; die Unterbrechung betraf ein Gebiet von mehr als 2.000 km Länge, von Copiapó bis Temuco. Am 6. April haben wir zwei CNI-Quartiere angegriffen, eins in Santiago, das andere in Agua

Santa/Valparaíso. Bei diesen Aktionen gab es bei der CNI drei Tote, eine Tatsache, die die Regierung bisher verschwiegen hat.

Was in Agua Santa vor sich ging, ist von besonderem Interesse. Als die Bevölkerung der Hügel von Valparaíso von den Ereignissen erfuhr, geriet sie in Bewegung und strömte massenhaft nach Agua Santa, wo es dann in der Nähe des CNI-Gebäudes, das an allen vier Ecken brannte, zu einer großen Demonstration kam. Laufend verübten wir Sabotageakte an Lastwagen, Ölleitungen, in Häfen.

Die FPMR hat die Arbeit in den Fabriken von El Teniente, Madeco und in anderen großen Unternehmen lähmen können.

Ebenfalls bekannt sind Aktionen bewaffneter Propaganda wie die Besetzung von Radiostationen, um Sendungen gegen die Tyrannei auszustrahlen. Zum Beispiel haben wir am 7. März Radio Carrera genommen.

Darüber hinaus haben wir Lastwagen, die die Zeitung „El Mercurio“ transportierten, angegriffen und verbrannt, ebenso Agenturen dieser antipatriotischen Zeitung und die Zentrale.



Milizen der MIR, Antwort auf die Gewalt der Polizei

Eine weitere Aktionsform besteht darin, Waffengeschäfte zu überfallen. Am 16. März sind wir in das Waffengeschäft Morandé eingedrungen und haben 15 Flinten und Gewehre erbeutet.

FRAGE: In der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift informierten wir darüber, daß die Medien der BRD zwischen dem 30. April und dem 1. Mai die Nachricht verbreiteten, ein Bombenanschlag in der Metro von Santiago, verübt durch die FPMR, habe 30 Verletzte gefordert. War es wirklich die FPMR, die für diesen Anschlag verantwortlich war?

C. MIGUEL: Unsere Organisation hat nur in der Nacht zum 26. März in der Metro von Santiago Bomben zur Explosion gebracht; um diese Zeit fuhr keine U-Bahn. Die durch die Explosion verursachten Schäden führten dazu, daß am folgenden Tag für etwa 24 Stunden der Verkehr lahmgelegt war, Menschenleben aber wurden nicht gefährdet. Die Bombe vom 29. April wurde von der CNI gelegt; sie tat es zur gleichen Zeit, als wir eine Sabotageaktion gegen Stromanlagen durchführten, um so den Anschein zu erwecken, als seien beide Aktionen uns zuzuschreiben.

Das haben wir, wie du weißt, in einer Presseerklärung, die von der Agentur ANSA verbreitet wurde, klargelegt. Die Diktatur hatte bereits eine Fernsehsendung fertiggestellt, die wenige Stunden später verbreitet wurde und in der uns die Schuld am Attentat in der Metro gegeben wurde. Damit wollte die CNI unsere Front in Verruf bringen und sich selbst einen Vorwand für das „antiterroristische Gesetz“ schaffen. Unsere Entgegnung hat nur bekräftigt,

was das ganze Volk ohnehin weiß: Wir führen niemals Aktionen durch, die die Bevölkerung, das Leben des Volkes gefährden.

Dieses brutale und verbrecherische Attentat auf einen vollbesetzten U-Bahnzug zeigt einmal mehr in aller Deutlichkeit, wozu die CNI unter dem Schutz Pinochets fähig ist, wenn es darum geht, das Volk irrezuführen.

FRAGE: Uns interessiert, wie sich das „antiterroristische Gesetz“ auf die FPMR auswirkt.

C. MIGUEL: Das antiterroristische Gesetz, das der CNI und etwa 10 weiteren terroristischen Gruppierungen unter der Befehlsgewalt des Innenministeriums unumschränkte Machtbefugnisse einräumt, ist gerichtet gegen die Mehrheit des Volkes, gegen die demokratischen Kräfte und die Organisationen der Arbeiter. Es ist der letzte Versuch, den vereinten Kampf der Chilenen gegen die Diktatur aufzuhalten.

Das „Antiterrorgesetz“

Eben gegen diesen Terror und diese institutionalisierte Gewalt kämpfen wir jetzt und werden wir unermüdlich weiterkämpfen, mit der Waffe in der Hand, so wie die Araukaner gegen die fremden Usurpatoren ihrer Zeit kämpften, oder wahrhaft patriotische Chilenen, etwa O'Higgins und Manuel Rodriguez, während des Unabhängigkeitskrieges.

FRAGE: Welcher Partei rechnet ihr euch zu? Habt ihr Kontakte zu Parteien?

C. MIGUEL: Wir gehören weder einer Partei noch parteiorientierten Gruppierungen an.

Der Kampf für die Freiheit kann nicht auf Parteien beschränkt werden, vor allem dann nicht, wenn diese sich nicht schnell auf ein wirklich demokratisches, patriotisches und populäres Konzept einigen können. Das bedeutet nicht, daß in der Front nicht aktive Mitglieder verschiedener Parteien mitarbeiten; ebenso haben wir viele Mitkämpfer, die keiner Partei angehören.

Unsere Organisation hat, ich wiederhole das, nur ein Ziel: Pinochet zu stürzen und die für die Demokratisierung nötigen Bedingungen zu schaffen. Das ist unsere Politik, das ist das, was uns eint. Das, was uns alle, die wir kämpfen, zusammenschweißt.

Noch haben wir keine Kontakte zu politischen und anderen gesellschaftlichen Kräften, aber wir hoffen, daß wir sie knüpfen können.

FRAGE: Habt ihr euch für den Aufstand oder für den Guerillakrieg entschieden?

C. MIGUEL: Wir entscheiden uns in einem gegebenen Moment für die jeweils angemessene Kampfform.



Manuel Rodríguez, Guerillero im Kampf für die erste Unabhängigkeit Chiles (1810-18)

Was zu tun ist, leiten wir aus der Wirklichkeit ab. Wir haben da unsere Pläne. Entschuldigt, aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

FRAGE: In welchen Orten Chiles habt ihr eure Kräfte konzentriert?

C. MIGUEL: Wie ihr verstehen werdet, kann ich eure Frage nicht beantworten. Nur soviel: Wir sind eine Kraft von nationaler Reichweite, und deswegen agieren wir gleichzeitig in vielen Regionen, manchmal unabhängig voneinander.

Wir haben inzwischen eine große Mobilität entwickelt, die das Regime in tiefe Verwirrung stürzt. Wenn die repressiven Kräfte eintreffen, haben wir uns schon weit von den betreffenden Einsatzorten entfernt. Auch in diesem Punkt lernen wir im Kampf.

Popularität unserer Aktionen

FRAGE: Glaubt ihr nicht, daß die Aktionen der FPMR der Mentalität der Chilenen zuwiderlaufen?

C. MIGUEL: Wir Chilenen sind kein Volk von Schafen. Das haben wir deutlich gemacht an den Protesttagen, die beispielhaft sind für den Kampf eines unbewaffneten Volkes, das sich einem übermächtigen Unterdrücker gegenüber sieht.

Sicher, wie alle Völker der Welt sind die Chilenen ein friedliebendes Volk. Aber, wie viele friedliebende Völker haben sich nicht erheben müssen, um die Freiheit zu erringen? Auch das chilenische Volk wird so handeln, weil es keinen anderen Weg gibt. Auf den größten Anschlag gegen die Mentalität der Chilenen, die Tyrannei Pinochets, gibt es nur diese Antwort.

Nach jeder Aktion, die wir durchführen, wächst unsere Popularität, immer mehr Mitkämpfer treten in unsere Reihen ein, und das wird es uns ermöglichen, den Kampf gegen die Unterdrücker noch zu verstärken. Unser Volk betrachtet uns als Teil seiner selbst, seines heldenhaften Ringens um die Demokratie. (...)

(Quelle: Don Reca, Frankfurt/M., Nr. 17, September-Oktober 1984, S. 11-14)





Britisches Atom-U-Boot „Courageous“ in den Gewässern der rückeroberten Malwinen

Dietrich Schulze-Marmeling

Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (2)

Die weitere Entwicklung der SATO-Diskussion und die Gründe für das vorläufige Scheitern des Projektes soll nun an Hand der südamerikanischen Staaten, die in diesem Zusammenhang wiederholt genannt wurden, nachvollzogen und erörtert werden.

Insbesondere die argentinische Marine machte sich stets für das SATO-Projekt stark, erhoffte sie sich doch davon eine Verbesserung ihres Status innerhalb der argentinischen Streitkräfte, wo nach wie vor das Heer dominierte.

Die Marine repräsentierte die reaktionärsten Kreise der argentinischen Gesellschaft und Streitkräfte. Ihrer Auffassung nach war es Mitte der 70er Jahre an der Zeit, „eine gemeinsame Verteidigungsstrategie für den Südatlantik aufzubauen, der laut Berichten von sowjetischer Penetration, vor allem in Angola, bedroht ist“.⁶

Dieser „Bedrohung“ könnten nur drei dem Westen verbundene Länder entgegenreten, die über eine entsprechende geographische Position und starke Streitkräfte verfügten: Argentinien, Brasilien und Südafrika. Als Bündnispartner müßten die USA und/oder eine europäische Macht gewonnen werden, da die militärische Kapazität der Südatlantik-Anrainer allein nicht ausreichte.

Als ständiges Problem erwies sich jedoch

das angespannte Verhältnis Argentiniens zu seinem größeren nördlichen Nachbarn Brasilien und gegenüber Chile. Am Cono Sur (Südkegel Lateinamerikas; d. Red.) finden sich noch die Voraussetzungen für die Anwendung der klassischen Geopolitik, der Theorie von den „lebendigen Grenzen“, vom „nationalen Lebensraum“ usw.

Zukurzgekommenes Argentinien

Der spezifische theoretische und praktische Beitrag Südamerikas bestand und besteht in dem Versuch der Internalisierung der Geopolitik („nationale Integration“), nach der die „innere Sicherheit“ (via „nationaler Integration“ sog. „leerer Räume“ einerseits, in denen nur formell staatliche Souveränität ausgeübt wird, deren tatsächliche Penetration durch das Zentrum des jeweiligen Staates jedoch noch nicht abgeschlossen ist sowie der Ausschaltung „subversiver Kräfte“ andererseits) zur Voraussetzung für die „äußere Sicherheit“ wird.⁷

Die „nationale Integration“ ist Kernbestandteil der „Doktrin der nationalen Sicherheit“, wie sie zuerst seitens der brasilianischen Militärs formuliert wurde.⁸

Argentinien fühlt sich einerseits durch

die geopolitische Konzeption Brasiliens (s.u.), die für Argentinien bestenfalls den Status einer zweitrangigen Macht am Cono Sur vorsah, andererseits durch die geopolitischen Ambitionen Chiles bedroht (Beagle-Kanal, Patagonien).

In den Jahren vor dem Malwinen-Krieg hatten die argentinischen Militärs eine Reihe von geopolitischen Niederlagen gegenüber ihren Nachbarn einstecken müssen:

Die chilenische „sanfte Expansion“ via Immigration nach Patagonien trug Züge kultureller Penetration. Ein Schiedsspruch der britischen Krone sprach Chile die umstrittenen Inseln am Beagle-Kanal zu. Im La-Plata-Becken unterlagen die argentinischen Militärs ihren brasilianischen Kollegen im Konkurrenzkampf um die dortigen hydroelektrischen Ressourcen. Und auch die Verhandlungen um den völkerrechtlichen Status der von Argentinien beanspruchten britischen Kronkolonie Falkland/Malwinen zeitigten keine Fortschritte.

Einschneidende Modifizierungen in der brasilianischen Außenpolitik (s.u.) ließen dann ein Vakuum entstehen, in das die argentinischen Militärs hineinzu stoßen trachteten, um ihre Position gegenüber Chile und Brasilien am Südatlantik zu verbessern.

1980 wurden die Kontakte zwischen den

argentinischen und US-Militärs, die sich im Zuge der Carter'schen „Menschenrechtspolitik“ vorübergehend verschlechtert hatten, auf informeller Ebene wieder aufgenommen.

Die Allianz Argentiniens mit den USA wurde dann mit dem Amtsantritt Galtieris zu dem außenpolitischen Projekt der argentinischen Junta. Galtieri wurde als „Mann Washingtons“ gehandelt. Er war 1981 einer der Hauptbeteiligten der „militärischen Diplomatie“ über den Außenminister hinweg.

Bei Besuchen des Sonderbeauftragten von US-Außenminister Haig, General Vernon Walters, in Buenos Aires und dem Besuch Galtieris in Washington aus Anlaß der Tagung der Spitzen der amerikanischen Streitkräfte hatte Galtieri verkündet, daß Argentinien Washington in Mittelamerika bedingungslos unterstützen würde und auch bereit sei, Truppen dorthin zu entsenden.

Galt bis Mitte der 70er Jahre Brasilien als engster Verbündeter der USA am Cono Sur, so war es nun Argentinien, das privilegierte Beziehungen zu den US-Streitkräften unterhielt.

Die „zweite Professionalisierung“ der argentinischen Streitkräfte hatte sich von der der brasilianischen zunächst noch durch ihren relativ autonomistischen Anspruch gegenüber den USA in „Sicherheitsfragen“ des Kontinentes ausgezeichnet.⁹ Die Unterschiede zwischen Brasilien und Argentinien auf internationaler militärischer Ebene blieben auch noch in den 60er und 70er Jahren offensichtlich, auch im Hinblick auf das Volumen der jeweiligen Waffenkäufe und der Lizenzen zwischen den beiden Ländern und den USA und Westeuropa. Während Brasilien in den 60er und 70er Jahren den größten Teil seines Waffenhandels mit den USA abwickelte, gab Argentinien seine europafreundliche Haltung nicht auf, sondern verstärkte sie sogar zeitweilig.

Galtieri – Mann Washingtons

Mit Galtieri setzte eine einschneidende Wende in der argentinischen Außenpolitik ein. Zugunsten von privilegierten Beziehungen zu Washington war man bereit, die „terziomundistischen“ (hinsichtlich der Dritten Welt; d. Red.) und auf die Sowjetunion bezogenen Elemente der argentinischen Außenpolitik aufzugeben. Argentinien kündigte eine Distanzierung von den Nichtpaktgebundenen und die Einschränkung des Außenhandels mit der Sowjetunion an. Bei der Reagan-Administration trafen diese Bewegungen in der argentinischen Außenpolitik auf Interesse.

Lateinamerikapolitiker wie Kirkpatrick,



Kriegsherrin Thatcher: Atomarer Angriff auf Cordoba eingeleitet

Enders und Fontane favorisierten eine Intensivierung der Beziehungen zu Argentinien, um das Vakuum am Cono Sur neu zu füllen, das die brasilianischen Militärs hinterlassen hatten. U.a. war die Errichtung einer US-Militärbasis in Patagonien im Gespräch, desweiteren wurden die Öffnung der argentinischen Erdöl- und Erdgasvorkommen gegenüber US-Konzernen sowie der Bau einer Gaspipeline von der Provinz Neuquén an die Küste verhandelt.

Gegenstand der nordamerikanisch-argentinischen Gespräche war auch die Konstruktion eines „Südatlantikpaktes“. Innerhalb der Reagan-Administration existierte diesbezüglich keine einheitliche Auffassung. Die Einen drängten auf eine formelle Institutionalisierung eines „Südatlantischen Sicherheitssystemes“, die Anderen favorisierten als Alternative die Ausdehnung des NATO-Geltungsbereiches über den Wendekreis

des Krebses hinaus. Denn die Bildung eines „Südatlantikpaktes“ unter Beteiligung Südafrikas, so die Überlegung, würde die Beziehungen der USA zu Schwarzafrika zusätzlich belasten.

Diese Position fand übrigens auch die Unterstützung der britischen Marine. Der Malwinen-Krieg muß somit auch unter dem Aspekt der Demonstration des argentinischen Anspruchs auf eine strategische Vormachtstellung im Südatlantik und der Verhinderung einer „nordatlantischen Lösung“ der „südatlantischen Sicherheitsprobleme“ betrachtet werden.

Die geopolitische Position Brasiliens, wie sie in der zweiten Hälfte der 60er Jahre von General Golbery ausgearbeitet wurde, beinhaltet folgende Aussagen: Die „nationale Sicherheit“ des Landes ist im Westen durch den Pazifik und die Anden geschützt, sie ist jedoch verwundbar vom Südatlantik her.

Brasiliens „Sicherheitszirkel“

Hieraus wird das Konzept eines „inneren Sicherheitszirkels“ abgeleitet, der aus dem Osten Südamerikas, dem Westen Afrikas und der Antarktis besteht. Innerhalb dieses „Zirkels“ muß Brasilien als Hegemonialmacht und „Sicherheitsgarant“ auftreten.

Der Südatlantik wird zum brasilianischen „Binnenmeer“. Die „Meerenge“ Dakar-Natal, die den Südatlantik „teilt“, muß als strategisch besonders sensible

Atombomben auf Cordoba

Was schon seit längerer Zeit mehr oder weniger als Gerücht kursierte, wurde nun vor einigen Wochen Gegenstand einer Fragestunde im britischen Unterhaus.

Der renommierten britischen Zeitung „New Statesman“ und dem Unterhaus-„Querulanten“ Tom Dalyell waren Dokumente aus dem Thatcher-Kriegskabinett zugespielt worden, die besagten, daß die Regierungsspitze und die Armeeführung während des Falkland/Malwinenkriegs erwogen hatten, im Falle eines negativen Kriegsverlaufes „demonstrativ“ eine Atombombe über der zweitgrößten argentinischen Stadt Cordoba (ca. 1 Mio Einwohner!) zu zünden. Auf diese Weise sollten die Argentinier zum Rückzug gezwungen werden.

Als gesichert galt schon seit einiger Zeit, daß die britische „task force“ bzw. Eingreiftruppe auch Atomwaffen mitführte. Die britischen Pläne bewegten sich durchaus in der (offensiven) Logik der „Flexible response“ (Flexible Erwidern)-Doktrin der NATO: Kann mit der alleinigen Anwendung „konventioneller Kriegsmittel“ das politische und militärische Ziel nicht realisiert werden, muß die Eskalation mit dem Einsatz von Atomwaffen zumindest angedroht werden. Zeitigt auch diese Drohung nicht die beabsichtigte Wirkung, bleibt nur noch der Einsatz der Atomwaffe, um die Glaubwürdigkeit der ausgesprochenen – und zukünftig noch auszusprechenden Drohungen unter Beweis zu stellen.

Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen, dürfte allerdings auch als „Wink mit dem Zaunpfahl“ an die Adresse Washingtons zu interpretieren sein. Der Einsatz von Atomwaffen hätte zu einem höchst ungünstigen Zeitpunkt (1 1/2 Jahre vor der Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa) fatale politische Folgen haben können. Wie hätte man dann noch einer friedensbewegten westeuropäischen Öffentlichkeit erzählen können, daß Atomwaffen „politische Waffen“ sind, in dem Sinne, daß sie der „Abschreckung“ und nicht der „Kriegführung“ dienen?

Aber auch das interamerikanische Verhältnis hätte irreparablen Schaden erlitten. Schließlich hätte der „große Bruder aus dem Norden“ den Einsatz atomarer Mittel zur Vernichtung eines südamerikanischen Landes gebilligt. Die Beschwörung gemeinsamer amerikanischer Interessen wäre somit vollends und für alle Zeit als imperialistische Zweckpropaganda entlarvt worden.

Ergo blieb Washington nur eine Möglichkeit: Die britische „task force“ in einem Umfang zu unterstützen, der sie in die Lage versetzte, auch ohne Androhung bzw. Durchführung eines Atomschlages die argentinischen Streitkräfte niederzuringen. Man könnte dies auch „atomare Zweifrontendiplomatie“ nennen.

D. Schulze-Marmeling

Zone vom brasilianischen Osten, in den Worten Golberys ein „gewaltiger Flugzeugträger“, kontrolliert werden.

Als Verbündete bei der Verwirklichung dieses Konzeptes galten in Brasília bis Mitte der 70er Jahre die USA und Südafrika. Argentinien wies man allenfalls den Rang einer zweitrangigen Macht zu. Im Zuge der Auseinandersetzung um die nukleare Proliferation (Nichtweiterverbreitung; d. Red.) und Menschenrechte kam es in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu Entfremdungstendenzen im Verhältnis Brasiliens zu den USA. Die wirtschaftlich bedingte positive Haltung Brasiliens zu den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika erforderte zudem die politische Distanzierung von Südafrika.

Bis Mitte der 70er Jahre ordneten alle geopolitischen Konzeptionen des Cono Sur die jeweiligen Nationalstaaten in die „Westliche Allianz“ mit den USA ein. Bis dahin bestand die innersüdamerikanische Rivalität hauptsächlich darin, daß jeder Staat versuchte, seine jeweilige geographische/strategische, militärische und wirtschaftliche Position so zu präsentieren, daß er auf besondere militärische und wirtschaftliche Beziehungen zu den USA bestehen und ein möglichst hohes Eigengewicht als Verhandlungsfaktor einbringen konnte.

Zankapfel Südafrika

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre erlebte die brasilianische Außenpolitik einschneidende Modifikationen in Richtung einer Lockerung der Allianz mit den USA und einer stärkeren Betonung von Eigenständigkeit.

Die brasilianische Außenpolitik war nun nicht mehr vorrangig an den Prioritäten der „westlichen Allianz“ orientiert, sondern versuchte vielmehr, das Land zu einem unabhängigen Faktor im Geflecht der internationalen Beziehungen zu machen.

Der durch die stärkere wirtschaftliche Hinwendung zu den ehemaligen portugiesischen Kolonien und anderen Staaten Schwarzafrikas bedingte Interessenkonflikt in Brasilien hatte zur Folge, daß Außenminister Azeredo im September 1976 die Idee eines südatlantischen Verteidigungsbündnisses, basierend auf den „Eckpfeilern“ Brasilien, Argentinien, Südafrika ganz offiziell verwarf. Er erklärte, es gäbe nicht die geringste Möglichkeit, im Südatlantik ein kollektives Verteidigungssystem zu errichten, schon gar nicht mit der „unangenehmen“ und „unerwünschten“ Präsenz Südafrikas.

Marineminister Admiral Henning erklärte wenig später, daß Brasilien nicht die Absicht hege, neue Bündnisse zu schaffen, um den südamerikanischen Konti-



nent zu „verteidigen“. Henning trat damit Gerüchten entgegen, die wissen wollten, daß Argentinien und Brasilien im Begriff seien, den alten „Südatlantikpakt“ (s.o.) zu einem „Verteidigungs“-abkommen mit militärischer Beistandspflicht aufzuwerten.

Im Juli 1980 traf Brasiliens neuer Marineminister Admiral Da Silva Fonseca in Buenos Aires ein. Informationen über ein geheimes militärisches Abkommen zwischen beiden Ländern wurden von Regierungssprechern beider Länder als „unbegründete Gerüchte“ abgetan. Bei seiner Rückkehr nach Brasilien stellte Da Silva Fonseca jedoch fest, der „Südatlantikpakt“ existiere weiterhin als „Arbeits-Hypothese“. Er sei auf die beiden südamerikanischen Anrainerstaaten Argentinien und Brasilien beschränkt, ohne jede Einmischung der USA und anderer westlicher Nationen.

Brasilien war somit weiterhin an einer Aussparung Südafrikas (aber auch der USA und westeuropäischer NATO-Staaten) aus den „Südatlantikpakt“-Plänen interessiert, um seine Position in Schwarzafrika nicht zu diskreditieren. Obwohl Figueiredo sich gegenüber der Idee eines „Südatlantikpaktes“ weniger abgeneigt zeigte als seine Vorgänger, wiederholten die offiziellen Stellen Brasiliens im Juli und August 1980 ihre Weigerung, an irgendeinem gemeinsamen

Unternehmen unter Einschluß Südafrikas teilzunehmen. Ein „Verteidigungs“-pakt, an dem sich Südafrika beteilige, sei unannehmbar, da der brasilianischen Afrikapolitik abträglich.

Brasiliens Interessen im Südatlantik sind zur Zeit eher wirtschaftlicher denn geopolitischer und militärstrategischer Art. Die wirtschaftlichen Interessen bilden jedoch wiederum einen Anreiz für die Entwicklung Brasiliens zur Seemacht.

Die brasilianischen Wirtschaftsinteressen am Südatlantik ergeben sich hauptsächlich aus seiner in den 70er Jahren stetig gewachsenen Handelstätigkeit mit Westeuropa, Westafrika und Japan sowie aus seiner Abhängigkeit von Rohölimporten aus dem Nahen/Mittleren Osten und aus Afrika. Westafrika ist ein wichtiger Markt für brasilianische Erzeugnisse und nahm nach der – ölpreisbedingten – ersten Krise des brasilianischen „Entwicklungsmodells“ einen wichtigen Platz im exportorientierten Wachstumsplan ein.

Ersatzmacht Chile?

Chile wurde wiederholt als Ersatz für Brasilien in einem zu bildenden „Südatlantikpakt“ gehandelt, was jedoch in Argentinien stets auf Widerspruch stieß. Chilenische Souveränität über die Inseln im Beagle-Kanal würden dem Land einen biozeanen Status geben, das Kräfteverhältnis am Cono Sur würde dadurch entscheidend zu Lasten Argentiniens verändert, was wiederum auch Auswirkungen auf das argentinisch-brasilianische Verhältnis zeitigen würde. Argentinien würde somit seiner traditionell dominierenden Anrainerposition am Südatlantik endgültig verlustig werden, zugunsten eines traditionellen Verbündeten seines schärfsten Rivalen um Hegemonie am Südzügel Lateinamerikas.

Das Interesse des Imperialismus an einer

Vatikanvertreter, hier Kardinal Samore, als Vermittler zwischen den Beagle-Konfliktparteien Argentinien und Chile



Einbeziehung Chiles resultiert aus der geostrategischen Bedeutung eines biozeanen Chile: Von seinem Territorium aus könnte Chile die Magellan-Straße und die Drake-Durchfahrt kontrollieren, zwei Verbindungswege zwischen Atlantik und Pazifik, die von der internationalen Schifffahrt in zunehmenden Maße benutzt werden. Ein biozeanes Chile wäre unverzichtbarer Bestandteil eines „Südatlantikkpakt“, was jedoch dem argentinischen Grundsatz „Argentinien am Atlantik“, „Chile am Pazifik“ widersprechen würde.

Projekt SATO aufgeschoben

Chile wiederum, das bereits seit langem atlantische Ambitionen hegt, zeigt sich solange an einer gemeinsamen „Verteidigung“ desinteressiert, wie dem Land nicht ein biozeaner Status zugesprochen wird, der das Land erst zu einem Südatlantikanrainer machen würde.¹⁰ Neben dem Streit um die Inseln im Beagle-Kanal stellten die konkurrierenden Ansprüche auf Sektoren in der Antarktis ein weiteres Hindernis für ein „sicherheitspolitisches“ Zusammengehen von Chile und Argentinien dar.¹¹

Mit dem britischen Sieg im Malwinen-Krieg hat sich vorerst die „nordatlantische Lösung“ bezüglich imperialistischer Interessensicherung im Südatlantik durchgesetzt.

Eine engere Zusammenarbeit mit den antikommunistischen Militärs in Südamerika schließt dies jedoch nicht aus. Gerade die amtierende Reagan-Administration hegt nicht die geringsten Skrupel, den autoritären und expansionistischen Militärs tatkräftig zur Seite zu stehen.

Wie bereits erwähnt, hatten sich die Beziehungen der südamerikanischen Militärs zu den USA seit dem Wechsel von Carter zu Reagan (im Jahr 1981; d. Red.) stetig verbessert bis sie, im Falle Argentiniens, bedingt durch die Haltung des Pentagon im Malwinen-Krieg, einen vorübergehenden Rückschlag erlitten.

Der konkurrierende nationale Expansionismus der südamerikanischen Militärs schließt jedoch eine formelle Institutionalisierung einer SATO zumindest für die nächste Zeit aus. Tatsächlich stellt dieser konkurrierende Expansionismus der dem geopolitischen Denken verhafteten südamerikanischen Militärs das größte Hindernis für ein „sicherheitspolitisches“ Zusammengehen am Cono Sur dar.

Der innenpolitischen Solidarität bei der Niederhaltung emanzipatorischer Kräfte entspricht keine außenpolitische Solidarität. Die Rüstungspolitik Brasiliens, Argentiniens und Chiles gilt vorrangig der Möglichkeit eines intersüdamerikanischen Krieges, weniger der „Abwehr“

außerhemisphärischer Kräfte.

Dies betrifft insbesondere die argentinische Rüstung, die sich seit ehemals als Reaktion auf die angenommene „Bedrohung“ durch den größeren nördlichen Nachbarn (der sich diesbezüglich zudem lange Zeit auf seine privilegierten Beziehungen zu den USA stützen konnte) definiert. Die Entwicklung bei den jeweiligen nationalen Rüstungsvorhaben wird eindeutig bestimmt von der Entwicklung der intersüdamerikanischen Konfliktlage.¹²

Ein Waffengang zwischen zwei Kandidaten des SATO-Projektes ist somit für die Zukunft nicht auszuschließen, wenn nicht gar wahrscheinlich, zumal dann, wenn die wirtschaftliche Aneignung der Antarktis, die im expansionistischen Denken der südamerikanischen Militärs eine bedeutende Rolle spielt, zur realen Perspektive avanciert.

Anmerkungen:

- 6) La Nacion, 8.4.1976
- 7) Zur Geopolitik in Südamerika siehe u.a. K. Hernekamp, Der Südatlantik – Comeback eines geopolitischen Kräftefeldes?, in: Übersee-Rundschau, Nr. 2/1979 und H.T. Pittmann, Geopolitical y political externa de Argentina, Brasil y Chile, in: Geosur, Montevideo, Jg. 3, Nr. 34, 1982
- 8) Siehe u.a.: M. Fernández Baeza, Nationale Sicherheit in Lateinamerika, Heidelberg 1981
- 9) Die sog. „zweite Professionalisierung“ der lateinamerikanischen Streitkräfte setzte in der Nachkriegszeit den bis dahin dominierenden französischen und vor allem deutschen Denkschulen ein Ende. Beide hatten bis dahin Inhalt und Form professioneller militärischer Doktrinen auf dem Subkontinent bestimmt. Nach 1945 setzt sich dann die militärische Doktrin des Siegers USA durch, der zudem den Grenzen des Subkontinentes am nächsten liegt. Demnach wird der Soldat als Technokrat verstanden, der auf die Anwendung von Gewalt im Namen des Staates spezialisiert ist, zu dem er als Bürokrat und Staatsbürger gehört. Die Tendenz zum „Zivilen“ hin hatte zur Folge, daß automatisch ein größeres Interesse des Soldaten für die politischen Probleme bestand, da die Technologie der Kriegführung immer mehr mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Ausübung der politischen Macht in Beziehung stand. Dies führte allerdings nicht zur (erhofften) Demokratisierung der Streitkräfte, sondern erhöhte vielmehr den Anreiz für militärische Interventionen im politischen Leben.
- 10) Zur argentinisch-chilenischen Auseinandersetzung um den Beagle-Kanal siehe u.a.: K. Hernekamp, Der argentinisch-chilenische Grenzstreit am Beagle-Kanal, Hamburg, Januar 1980
- 11) Zur argentinisch-chilenischen Konkurrenz um die Antarktis siehe u.a.: C. Juan Moneta, Antártica Argentina: los problemas de 1975 - 1990, Estrategia 31-32; El valor geopolítico de la posición antártica de Chile, Revista Geográfica de Chile, 9/1953; Frederica Marull, Introduccion a la geopolítica, Santiago de Chile, 1972
- 12) Zur Aufrüstung in Südamerika siehe u.a.: Militarisierung und Rüstungskontrolle in Lateinamerika, in: Rüstungsjahrbuch 82/83 (SIPRI), Reinbek 1983

Das Neue Nicaraguanische Kino

Muestra de Cine Nicaraguense in Zusammenarbeit mit INCINE/ENIDIEC, Managua.

Die bisher vollständigste Zusammenstellung des neuen, eigenständigen Filmschaffens.

17 Filme,

u. a. „Bananeras“
„Das andere Gesicht des Goldes“
„In den Fabriken“
„Kindheit“
„Teotecacinte“

Start
25. Oktober,
Frankfurt:
Kino Harmonie
Programmheft, Filmposter,
Hintergrundinformationen:
CON Filmverleih



BARRICADA

INTERNACIONAL

Das offizielle Informationsorgan der Frente Sandinista.

Erscheint wöchentlich in Englischer und spanischer Ausgabe.

Bezug für BRD und Berlin-W:
CON Vertrieb, Westerdeich 38
2800 Bremen, Tel. 0421-540012-13

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

Aufruf zur

Mittelamerika-Großdemonstration

am 3. November 1984 in Bonn

Im Herbst 1984 wird sich die Situation in Mittelamerika dramatisch zuspitzen. Mitten im unerklärten Krieg finden am 4. November in Nicaragua Wahlen statt, die Bestandteil des seit 1979 eingeleiteten demokratischen und revolutionären Prozesses sind.

Gleichzeitig führen diese Wahlen – gerade zu diesem Zeitpunkt – die Argumente der US-Regierung für ihre fortgesetzte Intervention ad absurdum. Deshalb werden die USA mit allen Mitteln versuchen, dies zu verhindern. Wir befürchten darüber hinaus, daß nach den Präsidentschaftswahlen in den USA die relative Zurückhaltung während des US-Wahlkampfes dann aufgegeben wird und die direkte militärische Intervention in Mittelamerika droht.

In dieser Situation rufen wir alle Menschen in der Bundesrepublik auf, mit einer Großaktion am 3.11. in Bonn ihren Protest und Widerstand gegen die US-amerikanische Kriegspolitik und ihre Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas zu demonstrieren.

Wir demonstrieren für den Frieden in Mittelamerika

Frieden ist für uns überall auf der Welt mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden erfordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

In Nicaragua wurden in den vergangenen 5 Jahren trotz vieler Schwierigkeiten und Einschränkungen wichtige Ansätze in dieser Richtung gemacht:

- Der Aufbau eines neuen Gesundheitswesens für die breite Bevölkerung.
 - Die Durchführung der Agrarreform mit der Landverteilung an die Campesinos und der Bildung von Kooperativen.
 - Die Alphabetisierungskampagne und die folgenden Programme in der Erwachsenenbildung.
 - Die direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, einschließlich der Abhaltung der Wahlen.
- Ein solcher Friede ist durch die zunehmende Bereitschaft der USA und anderer NATO-Länder, auch durch militärische Mittel ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, gefährdet! Dies wird deutlich mit der Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns und der Entwicklung neuer Kriegsführungsstrategien (AirLand Battle) sowie Aggressionen gegen Völker der Dritten Welt wie im Südlichen Afrika, im Nahen Osten und ganz besonders in Mittelamerika:



- Die Contras können ihren Krieg gegen das nikaraguanische Volk nur mit finanzieller und logistischer Unterstützung der USA führen.
- Die Verminung nikaraguanischer Häfen durch den CIA ist der bisherige Höhepunkt der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Intervention in Nicaragua.
- Die USA haben Honduras zu einem amerikanischen Militärstützpunkt ausgebaut und bedrohen die Region mit ständig von dort ausgehenden Manövern.
- Im Oktober letzten Jahres bereiteten die US-Marines dem eigenständigen Entwicklungsprozeß auf Grenada ein Ende.
- In El Salvador wird von nordamerikanischen Flugzeugen aus die Zivilbevölkerung bombardiert.
- Die US-Unterstützung für die brutalen Regimes in Guatemala und El Salvador hält unvermindert an.

Unter dem Vorwand des Ost-West-Konfliktes führen die USA auf allen Ebenen einen getarnten, aber doch kaum noch verdeckten Krieg gegen die Völker Mittelamerikas. Dieser Krieg wird mit Hilfe der CIA, der US-Botschaften, bezahlter Söldner und hunderter US-Offiziere organisiert. Die US-Regierung orientiert, wie im Kissingerplan vorgesehen, unverhohlen auf eine militärische Lösung der Konflikte, anstatt bestehende Vorschläge der Befreiungsbewegungen zu politischen Lösungen zu verfolgen. Selbst die Vermittlungsbemühungen der Contadora-Gruppe werden von den USA torpediert.

Die Bundesregierung hält diese Politik der

USA für legitim und notwendig und unterstützt sie daher als NATO-Partner Nr. 1 politisch-diplomatisch und wirtschaftlich.

Bestes Beispiel dafür ist, daß sie die seit langem zugesagte Entwicklungshilfe für Nicaragua in Höhe von 40 Mio DM nicht auszahlt, jedoch die Neuaufnahme bundesdeutscher Entwicklungshilfe an El Salvador in Höhe von 50 Mio DM im Juli 1984 beschlossen wurde. Zusätzlich entsandte die BRD einen neuen Botschafter nach El Salvador.

Eine solche Politik sichert nicht den Frieden, sondern trägt zur Verschärfung des Krieges bei. Als Gruppen der Friedens- und Solidaritätsbewegung können wir eine internationale Ordnung, in der Friede nur Friedhofsruhe und Freiheit nur die Handlungsfreiheit der Reichen ist, nicht akzeptieren.

Deshalb kann Frieden in Mittelamerika für uns nur heißen:

Wahrung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, soziale Gerechtigkeit, Agrarreform, Alphabetisierung, Umstrukturierung der Wirtschaft, Entmachtung der herrschenden Diktaturen und direkte Beteiligung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Für diesen Prozeß stehen die sandinistische Revolution in Nicaragua, die Befreiungsbewegungen FMLN/FDR in El Salvador und URNG in Guatemala.

Konkrete Solidarität ist möglich und notwendig

In Mittelamerika helfen zum Beispiel über 12.000 Anhänger der US-Friedensbewegung durch ihre persönliche Anwesenheit, hunderte Solidaritätskomitees in der BRD organisieren finanzielle Unterstützung und klären über die Lage in Mittelamerika und die Politik hier auf; über Partnerschaften, z.B. zwischen deutschen und nikaraguanischen Städten, Betrieben und Gewerkschaften kann weitere finanzielle und ideelle Unterstützung geleistet werden.

Mit unserer Großaktion am 3. November fordern wir:

- Den Abzug aller US-Militärs aus Mittelamerika.
- Die Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua.
- Die Einstellung der kriegerischen Aktionen gegen die Bevölkerung El Salvadors und Guatemalas.
- Die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras.
- Die Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua durch die Bundesregierung.



Südafrika

Einsatz der Rassenpolizei gegen Befürworter des Wahlboykotts

Jürgen Ostrowsky

Eine neue Republik

Das Apartheidregime hatte gerufen, doch nur wenige waren gefolgt. In zwei getrennten Wahlen Ende August d.J. hatten die indische und die farbige Bevölkerung Südafrikas jene von der weißen Minderheit bereits 1983 gutgeheißene Verfassung mit ihren Voten ausstaffieren sollen, die ihnen getrennte und begrenzte Mitspracherechte einräumt. Doch diese sind nicht mehr als Spielwiesen. Und ihr rassischer Charakter bezeugt, wes Geistes Kind sie ist (siehe AIB 1/1984).

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hatte aufgerufen: „Wählt nicht.“ ANC-Präsident Oliver Tambo: „Wenn Ihr wählt, werdet Ihr den Fortbestand des Apartheidsystems wählen. Wenn Ihr wählt, werdet Ihr die weitere Vorherrschaft der weißen Minorität über die schwarze Bevölkerung wählen. Wenn Ihr wählt, werdet Ihr Eure Töchter und Söhne zum Kanonenfutter einer Armee machen, deren prinzipielle Absicht darin besteht, die Unterdrückten in Südafrika zu bekämpfen und die unabhängigen Länder im Südlichen Afrika zu terrorisieren. Wenn Ihr wählt, werdet Ihr Euer Geburtsrecht und Eure Zukunft für einen Apfel und ein Ei verkaufen. Wenn Ihr wählt, werdet Ihr dem Feind behilflich sein, die Saat von Uneinigkeit und anhaltender Bitterkeit auszusäen.“¹

Die Stimmresultate bedeuteten ein

Debakel für die Pläne des Botha-Regimes. Zugleich läßt sich aus ihnen schließen, welcher Auffassung die Masse der Inder und Farbigen folgt:

Dem Glaubenssatz, es handle sich wirklich um einen Reformansatz und um Machtteilhabe, oder der Erklärung, daß das Verfassungsmanöver der Apartheid nur Retuschen beibringen und Kollaborateure zuführen soll, wie sie der ANC und die Vereinigte Demokratische Front

(UDF) für ihre Boykottauftrufe anführten.

In dieser Hinsicht waren die Ergebnisse ein Verdikt, zumal – wie die Washington Post kommentierte – die beiden zur Wahl gebeten Gruppen angeblich etwas zu gewinnen hatten.²

Gewiß – es gab „Wahlsieger“: Parteien, die mehr Stimmen erhielten als andere und gespenstisch anmutende „Wahltriumphe“ begingen. Doch auf Basis wel-



Nur ein kleiner Teil der Farbigen ging im August d. J. zu den Urnen

cher Wählerquoten! Die offiziellen Angaben – Beteiligung unter den Farbigen runde 30%, unter den Indern etwa 20% – verdeckten die Realität: Sie gaben die Anteile derer wieder, die sich zur Wahl überhaupt hatten registrieren lassen.

Heruntergerechnet auf die Anteile an den faktisch Wahlberechtigten waren es nur mehr 18 bzw. 17%. 70 bzw. 80% (unter den Indern hatte die Losung „Gandhi hätte nicht gewählt!“ der Gandhi-Enkelin Ela Ramgobin-Gandhi einen besonderen Klang) Abstinenz der Registrierten waren eine Demonstration für sich.

Das Regime machte im Verlauf der Prozedur deutlich, für welches System – respektive für die Teilhabe daran – abgestimmt wurde: Polizeiknüppel und Massenverhaftungen von Boykottaufrufnern bestimmten das Geschehen.

In der Sprache Bothas waren selbstverständlich die Boykottaufrufer diejenigen, die durch „Einschüchterung“ die niedrige Beteiligung auf dem Gewissen hatten. Und, ebenso selbstverständlich: Man werde sich nicht beirren lassen und mit dem Verfassungsprojekt fortfahren.

Widersinn der Verfassungsreform

Geht man davon aus, daß Spaltung der – zahlenmäßig für die auf das System Eingeschworenen unter der weißen Minderheit beängstigende – Masse der Unterdrückten zum einen, und Gewinnung von Kollaborateuren zum anderen den Sinn der Verfassungsreform ausmachen, so ergibt sich:

Das seit September 1978 regierende Botha-Regime dürfte manche derartige Kollaborateure gewonnen haben; diejenigen Kandidaten (und entsprechende Wähler) etwa, die private Interessen mit dem Apartheidsystem insoweit verbinden, als es grundkapitalistisch ist. Die Kandidaten der indischen Solidaritätspartei zum Beispiel waren fast ausschließlich Geschäftsleute.

Dazu sind zu zählen notorische Kollaborateure; diejenigen, die sich ungeachtet der Hautfarbe in die Dienste der Rassisten begeben haben, die mitunter glauben, gar nicht anders gekonnt zu haben. Der Rest – und wahrscheinlich der überwiegende Teil? „Unsichere Kantonnisten“, weil Illusionisten, die tatsächlich an die Chance glauben, die sie in der angebotenen „Teilhabe“ erblicken, im Sinne von wirklichen Reformen tätig werden zu können.

Diese Debatte hatte es schon einmal gegeben, bis Anfang der 50er Jahre über die Beteiligung an den Wahlen zu bedeutungslosen Repräsentativorganen der Afrikaner. Sie hatte sich durch deren erwiesene Nutzlosigkeit in der von den

ANC-Aufruf

Massenwiderstand gegen das Drei-Rassen-Parlament

Die rassistische Verfassungsfarce des Pretoria-Regimes, die sich in blutiger Repression ausdrückt und die umfassende Krise vertieft, ist Realität geworden. Vor allen unseren demokratischen Kräften steht nun die oberste Aufgabe sicherzustellen, daß sie ein totgeborenes Kind bleibt.

Alle Anstrengungen der Botha/Malan-Clique, die farbige und indische Gemeinschaft einzubinden und sie zu Partnern für den Erhalt und die Sicherung ihres Systems der kolonialen und nationalen Herrschaft zu machen, sind auf den soliden Wall des Widerstandes unseres Volkes gestoßen.

Die nicht zu überhörende Massenkampagne gegen das Drei-Rassen-Parlament hat wieder einmal gezeigt, daß wir ein Volk sind – wir denken und handeln wie ein Volk und sehen unser Land als ein ungeteiltes nicht-rassistisches Südafrika mit einem Schicksal.

So wurde die Versammlung der Rassisten und ihrer Marionetten als weiterer lächerlicher Versuch, der Apartheid die Maske der Anständigkeit aufzusetzen, entlarvt. Selbst der Rassist Botha konnte nicht umhin, angesichts der Ergebnisse der Apartheid-Wahlen die Niederlage zuzugeben, trotz der Tatsache, daß sie in einer Atmosphäre des Ausnahmezustands, der gekennzeichnet war durch Verhaftungen und Ermordungen durch die Polizei, stattfanden.

Wichtige Sprecher der Armee- und Polizeidiktatur erklärten, der Massenaufstand habe eine sog. vorrevolutionäre Situation geschaffen.

Die Rückschläge und Enttäuschungen des Regimes sind tatsächlich ein großer Sieg für unser Volk. Es ist ein Sieg, der durch die Einheit hunderttausender Schüler und Studenten geschmiedet wurde, die ihre Ablehnung der sog. neuen Verfassung durch ihren

Boycott der Schulen der farbigen und indischen Gemeinschaft zeigten.

Es fanden Massenversammlungen der Afrikaner und weißer Demokraten gegen die Beteiligung an den sog. Wahlen statt. Sie sehen in dieser sog. neuen Verfassung eine rassistische Verschwörung der weißen Minderheit, um die Apartheid und Herrschaft der weißen Minderheit zu stärken und zu sichern.

Inmitten dieses Schiffbruchs ihrer Intrigen spricht die Botha/Malan-Clique, statt sich dem erklärten Willen unseres Volkes zu beugen, schon von einer anderen, sog. Einrichtung, um etwas an Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen. Dieses Mal geht es um eine Einrichtung für die städtischen Afrikaner. Dies ist ein anderer Anschlag, der durch die einheitliche Aktion unseres Volkes verhindert werden muß.

Die Kollaborateure isolieren

Die Aufgaben, vor denen unser Volk steht, waren nie klarer als jetzt. Während wir uns berechtigterweise über den Sieg freuen, müssen wir beachten, daß dies nicht die Zeit ist, unsere Wachsamkeit zu vermindern oder zu mildern. Wir müssen vorwärtsgehen, unsere Schwächen erkennen, unseren Widerstand verstärken und verallgemeinern. Wir müssen den Massenwiderstand um diese und andere Aktionen und Themen steigern. Wir müssen die Verräter und Marionetten auf jede Weise ächten und es ihnen unmöglich machen, der Apartheid zu nutzen.

Unsere nächste Aufgabe ist es, unsere Aufmerksamkeit auf die bevorstehende Sitzung des Drei-Kammern-Parlaments am 18. (28.) September zu richten, um dies zu einem Brennpunkt von Massenaktivitäten und De-



Trauerzug in Daveton für 4 von der Polizei ermordete Jugendliche

monstrationen der Ablehnung und unserer unerschütterlichen Entschlossenheit zu machen, ein vereintes, demokratisches und nicht-rassistisches Südafrika zu schaffen.

Laßt uns Massenveranstaltungen im ganzen Land abhalten.

Die Botha/Malan-Clique, erweitert durch die winzige Bande vollkommen verrufener Handlanger wie die Hendrikses, die Rabjansis und Poovalingams, wird weiter dahin drängen, den Lebensnerv der Apartheid und weißen Minderheitsherrschaft zu erhalten. Sie tat dasselbe mit den Matanzimas, Sebes, Mpephus und anderen Bantustanhandlangern.

Laßt uns Mittel und Wege finden, die die Einrichtungen der Apartheid arbeitsunfähig machen. Laßt die Handlanger den Zorn unseres Volkes fühlen und schließt sie vollkommen aus. Laßt die Sitzung des Drei-Kammer-Parlaments eine Demonstration unseres Willens werden, die Offensive bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen.

Die Abhängigkeit des Regimes von Unterdrückung, Einschüchterung und Terror, die nackte brutale Gewalt der Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF) und der Polizei, die ein weiteres Mal in der Periode der sog. Wahlen und jetzt bestätigt wurden, zeigt klar, daß der Weg vorwärts zum Sieg in der systematischen Verbindung von Massenaaktionen und organisierter revolutionärer Gewalt im Rahmen eines wachsenden Volkskrieges liegt.

Nieder mit dem Drei-Rassen-Parlament!

Das Pretoria-Regime ist im Inland und in seinen Beziehungen zu seinen Nachbarn abhängig von brutaler Gewalt. Dies ist eine der grundsätzlichen Lehren unseres langen Marsches zur Freiheit. Mit der wachsenden Zurückweisung, die es von der Gesamtheit unseres Volkes erhält, wird dies stärker werden.

Unser Volk, das die demokratische Mehrheit verkörpert, die Arbeiter, Jugendlichen, Studenten, Bauern, die Intellektuellen, die Frauen, die Kirche, die verschiedenen Nationalitäten einschließlich demokratischer Weißer greifen das Regime an verschiedenen Fronten an.

Die Aufgabe, die sich allen diesen Gruppierungen stellt, ist es, den Kampf zu verstärken und neue Fronten zu eröffnen. Wir müssen die Fähigkeit der Apartheid, uns weiterhin auszubeuten und zu unterdrücken unwirksam machen.

Die scharfen Auseinandersetzungen, die sich jetzt in Sharpeville, Evaton, Sebokeng, Lenasis und anderen Gebieten ereigneten, müssen verbreitert und auf andere Gebiete ausgedehnt werden. Wir rufen unser Volk auf, sich im Kampf zu vereinen und die Offensive gegen das Drei-Rassen-Parlament und alle Übel, für die es steht vorwärtszutreiben. Laßt den September zu einer wiederhallenden Erklärung unserer Entschlossenheit werden. Nieder mit dem Drei-Rassen-Parlament!

Vorwärts zur Macht des Volkes!

(Quelle: Abteilung für Information und Öffentlichkeit des ANC, o.O., 6.9.1984)



UDF-Boykottmotto: „Wir wählen nicht für Apartheid-Parlamente“

1948 an die Macht gekommenen Nationalisten verfolgten rigorosen Apartheidpolitik erübrigt. Die „Frustration“ derer, die „systemintern arbeiten“ wollen, ist durch den Verfassungsmechanismus vorprogrammiert.

Die Reformgläubigen, die sich zum Teil aggressiv mit der Boykottposition auseinandergesetzt hatten (Pfarrer Hendrickse z.B., Führer der farbigen Labour Party – „Wahlsiegerin“ ihrer Gruppe – hatte den UN-Beschluß, die Verfassungsfarce als „nichtig“ zu werten, was auch die UDF tat, als „unmoralisch“ abqualifiziert), sind in einer Zwickmühle.

Die Wahl polarisierte auch – zwischen Kollaborateuren aller Schattierungen und den Volksmassen. Diese erkannten



Demonstranten vor einem in Brand gesetzten Warenlager in Evaton

vor allem, daß sie nichts gewannen und daß die über 20 Mio Afrikaner mit ihrem Votum auf Dauer zu Fremden ohne Rechte im eigenen Land gemacht werden sollten.

Sie reihen sich damit wohl oder übel ein in die Front der afrikanischen „gutgläubigen“ Politiker wie Bantustan-Präsident Buthelezi, deren vorgebliches Wirken „innerhalb des Systems“ nichts am Programm Bothas änderte.

Botha wurde vom Kollegium des neuen, sauber nach Rassen getrennt tagenden dreigliedrigen Parlaments einstimmig zum Präsidenten mit autoritären Vollmachten gewählt. Und schon wieder – wie vor 10 Jahren bereits bei Premier Vorster – werden Kerzen angezündet. Er „könnte“ vielleicht doch weitgehende Reformen angehen, so die Frankfurter Allgemeine wie auch damals gehabt.

Man beruft sich auf deGaulle, der als französischer Präsident Algerien im Jahr 1962 unerwartet doch die erkämpfte Unabhängigkeit zugestanden hatte. Nur, innenpolitisch war derselbe de Gaulle ein Reaktionär – und schon beginnt der Vergleich zu hinken.

Fremde im eigenen Land

Überdies, unter Botha ist vor allem die Etablierung „unabhängiger“ Bantustans als angebliche Staaten der afrikanischen Völker forciert worden. Kommissionen haben Vorschläge unterbreitet, und nach ihnen, die sich etwa mit der Spaltung auch der afrikanischen Arbeiterklasse durch Privilegierung einiger Weniger befassen, wurde gehandelt. Die Zwangsumsiedlungen sind in den letzten Jahren vorangetrieben worden; sie erfaßten nunmehr insgesamt über 3,3 Mio Personen: Afrikaner zumeist.



Konferenz „Frieden für das Südliche Afrika“

Zu der Konferenz „Frieden für das Südliche Afrika“, die vom 12.-14. Oktober d.J. in der Gesamtschule Köln-Rodenkirchen stattfinden wird, hat sich Prominenz angesagt. Neben führenden Repräsentanten der Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika) und SWAPO (Namibia) wollen u.a. Sean McBride, langjähriger UN-Kommissar für Namibia, Anwar Barkat, Direktor des Weltkirchenrats-Programms gegen Rassismus und der DJU-Vorsitzende Eckhart Spoo teilnehmen.

Angesichts der anhaltenden „reform- und friedens“politischen Offensive des Botha-Regimes und angesichts seiner Wahlschlappe vom August d.J. gewinnt das Kernanliegen der Konferenzinitiatoren, nämlich auf die unverzügliche Beendigung jeder bundesdeutschen Unterstützung für das Apartheidregime hinzuwirken und die Solidarität mit seinen Opfern zu stärken, an Brisanz.

Die Veranstalter (AAB, ASK, Jusos, Terre des Hommes, Internationalismus-AG der Grünen u.a.) bieten insgesamt 18 Arbeitsgruppen an, z.B. Apartheidsystem, Entkolonialisierung Namibias, Destabilisierung der Frontstaaten, Zusammenarbeit BRD-Südafrika, Gewerkschaften, Kirchen, Frauen, politische Gefangene, Boykott.

Anmeldungen und Rückfragen richten an: Organisationsbüro Konferenz Südliches Afrika '84, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn 1, Tel. 0228 - 220953

Das soll alles „möglicherweise“ in absehbarer Zeit durch den Präsidenten Botha aufgekündigt werden?

Das Regime fühlt sich weiterhin stark, das ist der Punkt. Trotz einer Auslandsschuld z.B. von rund 60 Mrd DM – denn die, so Südafrikas Zentralbankdirektorsmitglied Stals, stellen großen Teils Verbindlichkeiten gegenüber internationalen Konzernen durch ihre Tochterfirmen im Lohnparadies Apartheid dar, die nicht zurückgezahlt werden brauchen.³ Bothas Fraktion gehört mutmaßlich nicht zu jenen Rassisten, die behaupten: „Wir reiten, bis wir im Blut versinken“ (so ein Buchtitel). Aber, so die Washington Post, er besitzt auch keine Strategie für einen Wandel „als vielmehr eine, um dem Wandel zu widerstehen“.

Der ANC, so Oliver Tambo, schließt Gespräche „zu einem gewissen Zeitpunkt“

nicht aus. „Aber unser Ziel ist nicht ein Treffen zu bekommen. Unser Ziel ist die Beseitigung der Apartheid.“⁴ Signale müßten vom Regime kommen, zum Beispiel durch die Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen. Bisher ist davon nichts absehbar.

Auch Leitartikelen über Südafrikas „zweite Republik“ bieten keine tröstlichen Vergleiche. Jene „erste Republik“ hatte sich das Rassistenregime am 31. Mai 1961 genehmigt. Sie bedeutete die Verabschiedung aus dem britischen Commonwealth, aus dem bürgerlichen Demokratiesystem Westminster und aus ziviler Staatlichkeit.

Sie öffnete den Weg in eine zunehmende Faschisierung des Unterdrückersystems, wie die Kommunistische Partei Südafrikas in ihrem Programm 1962 feststellte.⁵ Die „erste Republik“ schottete jenes System ab, das 1973 in einer UNO-Konvention als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geächtet wurde (siehe AIB-Sonderheft 1/1977).

32 Tote bei Massenprotesten

Das unterdrückte Südafrika reagierte am Tag des Inkrafttretens der neuen Verfassung wie damals: mit massiven Demonstrationen. Unmittelbare Anlässe der Proteste waren zwar u.a. gravierende Mieterhöhungen in den Schwarzen-Gettos – vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und einer Inflation von 12,4%. Aber die meisten Beobachter verwiesen darauf, daß dieser neue Einschnitt in der Politik des Systems sich selbst zu erhalten, letztlich ausschlaggebend war.

Und noch eine historische Parallele kam auf. Mindestens 32 Afrikaner wurden bei den Protestaktionen getötet⁶ – die meisten von der Regimepolizei, aber auch einige Kollaborateure seitens der revoltierenden Massen. Im Ort Sharpeville südlich von Johannesburg gab es die meisten Opfer – dort, wo am 21. März 1960 69 friedlich demonstrierende Afrikaner von der Polizei niedergeschossen worden waren. Sharpeville leitete das Verbot des ANC und eine Periode härtester Repression ein.

Allerdings, heute demonstrieren Südafrikas Schwarze nicht mehr ausschließlich friedlich. In den Tagen der Verfassungs- und Präsidenteninauguration explodierten an zahlreichen Orten Bomben – größtenteils gelegt vom Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), dem bewaffneten Flügel des ANC. Nach Polizeiangaben gab es von 1976 bis Ende 1983 217 derartiger Anschläge, 149 davon im Zeitraum seit 1981.

Die Guerillaaktionen des ANC, Protest-

demonstrationen, Boykotte von Schülern und Studierenden – 120.000 Afrikaner ließen allein am 5. September d.J. in der Transvaal-Provinz ihre Lehrstätten verwaist – die Absage an die Wahlfarce: sie verweisen jetzt schon – ungeachtet ihrer tatsächlichen Lebensdauer – die „zweite Republik“ auf ihren Platz als Episode im Endkampf eines nicht mehr zu rettenden Systems.

Anmerkungen:

- 1) ANC-Informationsbulletin, Bonn, Nr. 31/August 1984, S.3
- 2) Nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 31.8.1984
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.1984
- 4) Ethiopian Herald, Addis Abeba, 7.7.1984
- 5) Dokumente zur Geschichte der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Berlin/DDR 1984, S.395
- 6) Nach: IHT, 10.9.1984 und U.S. News & World Report, Washington, 17.9.1984

Ökopädagogik

Es geht nicht nur um ein bißchen Umwelterziehung in der Schule, es geht um ein radikales Umdenken. betrifft: erziehung berichtet in seiner Oktoberausgabe über diesen neuen Ansatz, der Zukunft haben muß. Lernen Sie diese und zwei weitere aktuelle Ausgaben des Lehrer-magazins für nur DM 10,- kennen.



Neu in der Blauen Reihe von betrifft: erziehung:

„Ökopädagogik – Aufstehen gegen den Untergang der Natur“, herausgegeben von

Wolfgang Beer und Gerhard de Haan mit Beiträgen von Ivan Illich, Robert Jungk, Freia Pausewang u.a. 174 S., DM 19,80. In Ihrer Buchhandlung – oder bestellen Sie direkt beim Beltz Verlag

Coupon

ausfüllen und einsenden an Beltz Verlag, b.e. Aboservice, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Ja, schicken Sie mir das vorgestellte Heft und zwei weitere aktuelle Ausgaben für DM 10,-. Wenn ich nach Erhalt des zweiten Heftes nicht schriftlich beim Verlag kündige, bin ich mit dem Weiterbezug zum regulären Jahresbezugspreis von DM 62,- für Studenten und Referendare ermäßigter Preis DM 52,- (Studienbescheinigung bzw. einfache Erklärung belegen), jeweils plus Versandkosten, einverstanden. Referendar-Angebot befristet auf zwei Jahre.

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb 8 Tagen schriftlich beim Verlag widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands

Die Königsmacht mit dem Schwert erhalten (1)



König Fahd, Raketenwerfer und Beduinentruppe der saudischen Streitkräfte

Die Verteidigung der Königsherrschaft in Saudi Arabien zählt zu den regionalen Topaufgaben der NATO-Eingreiftruppen. Die Sauds gelten als „lebenswichtige“ Interessenwahrer der Westmächte im Nahen und Mittleren Osten, nicht allein wegen ihrer internationalen Spitzenrolle als Ölexporteur und Ölmilliardäre. Sie fungieren als wichtigste regionale Stütze des Irak im Golfkrieg gegen den Iran. Und die geographische Zwischenlage Saudi Arabiens in der Krisenregion macht sie unter militärstrategischen Gesichtspunkten überaus wertvoll. Das sehen nicht nur die Interventions- und Atomkriegsplaner in Washington so. Das haben auch ihre Bonner Beihelfer (siehe Kasten BRD-Rüstungsexporte) längst erkannt.

Über außen- und innenpolitische Entwicklungen in Saudi Arabien sprach Ivesa Lübgen-Pistofidis für das AIB mit führenden Repräsentanten des saudischen Volkswiderstands, Adnan Sirhan und Said Aziz. A. Sirhan repräsentiert die Arabische Sozialistische Aktionspartei auf der Arabischen Halbinsel (ASAP), die 1972 von Anhängern der Volksfront Palästinas und einer vormaligen saudischen Linkspartei, der Demokratischen Volkspartei, gegründet wurde. Wie sie versteht sich auch die Partei von S. Aziz, die Kommunistische Partei in Saudi Arabien (KPS), als revolutionäre Arbeiterpartei. Die KPS ging 1975 aus der Nationalen Befreiungsfront hervor, die 1958 durch die Umbildung der Nationalen Reformpartei (gegr. 1954) entstanden war.

AIB: Saudi Arabien hat sich zu einer wichtigen arabischen Führungsmacht entwickelt. Dabei scheint es z.T. auch in Widerspruch zu den USA zu geraten, obwohl es andererseits als einer der Hauptstützen des US-Imperialismus in der Re-

gion gilt. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch und wie sehen Sie die Rolle Saudi Arabiens im israelisch-arabischen Konflikt?

ADNAN SIRHAN: In der Tat spielt Saudi Arabien eine Doppelrolle, eine offen

erklärte Rolle und eine hinter den Kulissen.

In der Öffentlichkeit versucht Saudi Arabien so zu tun, als ob es für die palästinensische Sache arbeite. Das zeigt sich z.B. im Fes-Plan (vom Arabischen Gipfeltreffen im September 1982 angenommen; d. Red.). Das zeigt sich in der politischen Unterstützung und der finanziellen Hilfe für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Und das zeigt sich an bestimmten öffentlichen Erklärungen durch Vertreter des Regimes.

Gleichzeitig spielt Saudi Arabien eine versteckte Rolle im Auftrag des Imperialismus. Es war letztlich die Unterstützung durch die Sauds, die Ägyptens Sadat ermutigte, die Camp-David-Vereinbarungen (Separatabkommen mit Israel und den USA 1978; d. Red.) zu unterzeichnen. Später drängten sie die Jordanier, sich entweder den Camp-David-Vereinbarungen anzuschließen oder in andere kapitulationistische Lösungen einzuwilligen. Sie versuchen,

auf Syrien Druck auszuüben, um es zu Konzessionen zu zwingen.

Was die palästinensische Widerstandsbewegung betrifft, so unterstützt und finanziert Saudi Arabien nur den rechten Flügel. Ihre Finanzhilfe hat nicht die Konsolidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung zum Ziel, sondern die Schwächung der Reihen der Palästinenser. Denn die Saudis finanzieren nur bestimmte Kräfte innerhalb der PLO, die Kräfte mit einer defätistischen Linie.

Es gibt bis heute noch kein PLO-Büro in Saudi Arabien, nur ein Büro von Al-Fatah. Saudi Arabien gibt vor, dem palästinensischen Volk zu helfen, während es zur gleichen Zeit in einem festen Bündnis mit dem Imperialismus steht. In den Nahostkriegen von 1967 und 1973 weigerte sich Saudi Arabien, die Öllieferungen an die westlichen Länder einzustellen. Es waren schließlich die Arbeiter, die die Ölzufuhr unterbrachen.

SAID AZIZ: Saudi Arabien ist der Verbündete der USA. Aber aufgrund seiner besonderen Stellung — Saudi Arabien ist der Sitz der heiligen Stätten des Islam, und daraus resultieren bestimmte arabishe Verpflichtungen — beansprucht Saudi Arabien die Führung in der arabischen Welt.

Daraus folgen aber auch bestimmte Widersprüche in der Anwendung der amerikanischen Politik. Saudi Arabien ist der Meinung, daß diese Politik eine andere Form annehmen sollte. Das ist kein strategischer Widerspruch, sondern eine rein taktische Frage.

Aber trotz des Bündnisses mit den USA kann sich Saudi Arabien nicht wie Ägypten verhalten. Es gibt in unserer Region zwei taktische Linien, die beide die US-Politik verteidigen. Das eine ist die Linie Omans und Ägyptens, die direkte Handlanger des US-Imperialis-



Brückenbau zwischen Saudi-Arabien und Bahrain; Symbol für den Zugriff auf die Golfstaaten

mus sind, das andere ist die Linie Saudi Arabiens und Jordaniens. Diese ist wahrscheinlich sogar die gefährlichere.

Es gibt einen Zick-Zack-Kurs in der saudischen Politik. Der Widerspruch in der saudischen Außenpolitik entsteht, weil Saudi Arabien versucht, eine größere Rolle zu spielen, so wie wir es im Libanon gesehen haben. In anderen Fällen fordern die Saudis die USA aber auch direkt zu größerem militärischen Engagement auf, z.B. in Somalia. Es entstanden zuweilen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Saudis und den USA, weil erstere den USA vorwerfen, nicht genug zum Schutz der mit ihnen verbündeten Regimes zu tun, wie wir es im Fall des Iran (Sturz des Schah 1979; d. Red.) gesehen haben.

Die politische und finanzielle Unsterstützung der PLO durch Saudi Arabien hängt

sowohl mit der saudischen Stellung in der arabischen Welt wie mit der internen Situation Saudi Arabiens zusammen.

Um seinen Führungsanspruch zu untermauern, möchte Saudi Arabien gern als stabiles Land dastehen. Andererseits möchte es die Rolle des Bruders eines jeden arabischen Landes, selbst des Südjemens spielen. Deswegen sucht es offene Polemiken anderer arabischer Länder, z.B. Syriens, Ägyptens oder auch der PLO zu vermeiden.

Zweitens ist Saudi Arabien sehr besorgt um seine innere Stabilität, damit sein Führungsanspruch nicht in Frage gestellt wird. Aus diesem Grund ist Saudi Arabien sehr empfindsam gegenüber der öffentlichen Meinung. Als wir beispielsweise 1982 eine große Kampagne gegen die Verhaftungswelle durchführten und öffentliche Proteste organisierten, ent-



**4/84: Nikaragua –
5 Jahre Revolution**

36 Seiten, 2 DM

AIB-Verkäufer gesucht!

Die Herbstaktionen der Friedensbewegung haben begonnen. Hunderttausende sind aktiv gegen Pershing II und Cruise Missiles, gegen AirLand Battle und den US-Krieg in Nicaragua.

Wir wollen sie mit unseren Sonderheften zu AirLand Battle und Nicaragua informieren. Dazu brauchen wir die Hilfe unserer Leser.

Bestellen Sie bitte rechtzeitig zu den Großaktionen und Veranstaltungen unsere Sonderhefte für den Freiverkauf. Fordern Sie Werbeflugblätter und Plakate an.

Damit helfen Sie unserer gemeinsamen Sache — und Ihrer Gruppe. Ab 10 Exemplaren gewähren wir Ihnen 33% Rabatt, und wir schenken Ihnen ein Buch.

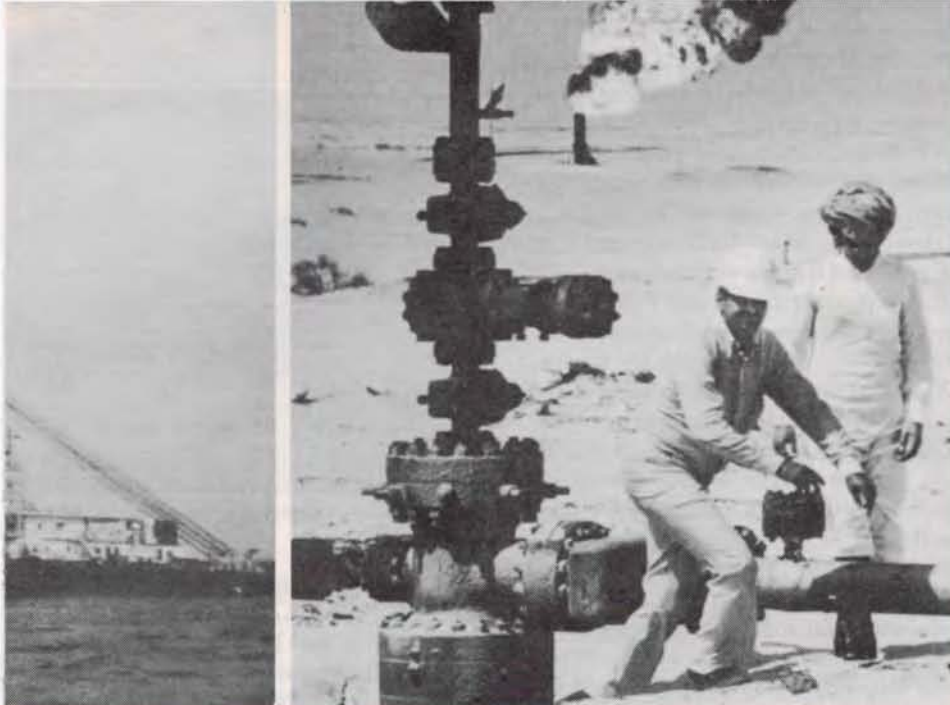
Benutzen Sie bitte die Bestellkarte!

**Das Infopaket
für den Friedensherbst**



**2/84: AirLand Battle und die
Rolle der Bundesrepublik**

60 Seiten, 4 DM



Das Erdöl, Grundlage für die wirtschaftliche und militärische Stärke Saudi-Arabiens

ließ das Regime die Verhafteten schließlich wieder, obwohl es wußte, daß sie Marxisten waren und der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Aktionspartei und anderen Gruppen angehörten.

Das palästinensische Problem wollen die Saudis auf der Grundlage der amerikanischen Programme, nicht aber mit den amerikanischen Methoden lösen.

Desintegration der PLO

AIB: Im Zusammenhang mit dem Konflikt innerhalb der PLO war immer wieder die Rede von arabischer Einmischung. In diesem Zusammenhang wurden immer wieder Syrien und Libyen genannt. Gab es andererseits auch eine Einmischung der reaktionären arabischen Staaten wie Saudi Arabien?

SAID AZIZ: Zweifellos gibt es einen Flügel innerhalb der PLO, der bekanntermaßen von Khaled el-Hassan geführt wird und der prosaudisch ist.

Dieser Flügel versucht gegenwärtig die Desintegration der PLO voranzutreiben. Er hat kein Interesse an der Einheit der PLO. Die Saudis nehmen an dem, was als „die Neuordnung des palästinensischen Hauses“ bezeichnet wird, teil – allerdings nicht offen.

ADNAN SIRHAN: Saudi Arabien hat immer wieder die Desintegration der PLO betrieben und betreibt sie auch heute durch führende Kräfte wie Khaled el-Hassan, Abu Zaim (er ist Geheimdienstchef der Fatah, den die ASAP und KPS für die Entführung Nasr Suids 1979 aus Beirut verantwortlich machen) und andere.

Seit Beginn der Zusammenstöße in Tripoli (Herbst 1983; d. Red.) hat Saudi Arabien diesen Flügel aus ganzem Her-

zen unterstützt und die Oppositionellen des Komplotts mit Israel beschuldigt. Nach dem Besuch Arafats in Kairo (Januar 1984; d. Red.) hat Saudi Arabien aus taktischen Gründen so getan, als sei es besorgt um die Einheit der PLO. Während der Auseinandersetzung hat das Regime versucht, einige Mitglieder der Aufstandsbewegung für sich zu gewinnen, während es gleichzeitig den rechten Flügel um Abu Ammar (PLO-Vorsitzender Yassir Arafat; d. Red.) unterstützte.

Durch dieses Doppelspiel versuchten sie, eine Lösung der Krise und die Entwicklung einer revolutionären Linie der PLO zu verhindern. Es sind die Saudis, die versuchen, die PLO auf einen kapitulanten Kurs zu bewegen, zu einem kapitulanten Dialog mit Israel und mit Jordanien zu bewegen und die palästinensische Revolution zu schwächen.

Durch dieses Spiel mit verschiedenen Rollen versucht Saudi Arabien den arabisch-zionistischen Konflikt zu entschärfen. Durch Schwächung oder Zerschlagung der PLO, der palästinensischen Revolution soll die gesamte arabische Befreiungsbewegung geschwächt und zerschlagen werden.

Instrument Golftrat

AIB: Saudi Arabien war maßgeblich an der Gründung des Golfkooperationsrats (GCC), einem Zusammenschluß der Golfmonarchien vom Oktober 1982, beteiligt. Welche Rolle spielt das saudische Regime heute im GCC?

ADNAN SIRHAN: Saudi Arabien will, vermittelt über den Golftrat, die anderen Golfstaaten kontrollieren. Es versucht, den anderen Golfstaaten seine Vorstel-

lungen über militärische, ökonomische, soziale oder den Geheimdienst betreffende Fragen aufzuzwingen.


Sein Hauptanliegen ist jedoch, all diese Staaten gegen die Volksoption zusammenzuschließen. Denn die Saudis wissen ganz genau, daß jede Veränderung des Kräfteverhältnisses in einem der Golfstaaten auch automatisch Rückwirkungen auf die Situation in Saudi Arabien selber hat. Schließlich versucht Saudi Arabien auch mittels des Golfrates, die anderen Golfstaaten in die amerikanischen Pläne einzubeziehen.

Der Golftrat ist ein Bündnis von Regierungen. Die meisten seiner Vereinbarungen betreffen den Geheimdienst und das Militär. Es waren die Saudis, die im Golftrat schließlich die gemeinsamen Sicherheitsvereinbarungen durchgesetzt haben. Es gab zunächst Widerspruch seitens der Emirate und Kuwaits gegen dieses Abkommen. Der saudische Druck hat schließlich dazu geführt, daß sie diesem Vertrag doch zustimmten.

Der Golftrat dient allein den Interessen der herrschen Familienclans und der historisch überlebten Regimes.

SAID AZIZ: Saudi Arabien steht den USA im Grunde genommen vollkommen loyal gegenüber. Angesichts der zunehmend unsichereren Situation in unserer Region versuchen die USA und die herrschenden Cliquen in Saudi Arabien einen stabilen Staat auf der arabischen Halbinsel zu errichten.

Angesichts der positiven Entwicklung des Südjemen, der Volksbewegung im Iran und – sagen wir einmal – liberaler



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft 2/1984 (4 DM)

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft 4/1984 (2 DM)

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____ **

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM, Ausland normal 30 DM; Luftpost: Europa 35 DM, übrige Länder 50 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname	
Straße	
Postleitzahl, Ort	Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) _____ (Datum) _____

Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postcheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postcheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).

Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugermächtigung.

Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postcheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

extra sozial arbeit

Zeitschrift für
Sozialarbeit,
Sozialpolitik
und soziale
Bewegungen



Das soziale Netz – mehr Löcher als Maschen.

Sozialpolitik im CDU/CSU-Staat macht die Armen noch ärmer.

extra sozialarbeit nennt Zahlen und Fakten.

Sagt, was neue Paragraphen für die Menschen bedeuten. Läßt Betroffene zu Wort kommen.

Diskutiert Alternativen.

Nimmt Grüne Sozialpolitik unter die Lupe.

Mich interessiert, was extra sozialarbeit zu sagen hat. Ich bestelle zum Kennenlernen drei Hefte zum Preis von zwei (Probeabo zu 12 DM).

Ich zahle

- mit Scheck (liegt bei)
 gegen Rechnung
 durch Abbuchung (Vollmacht liegt bei)

Name Vorname

Straße, Nr., PLZ, Ort

Datum / Unterschrift

Das Probeabo läuft als Normalabo weiter, wenn ich es nicht nach dem 2. Helt kündige. Jahresabo 65 DM

e.s. 2/84

Tendenzen in Kuwait versucht Saudi Arabien eine Barriere gegen das Eindringen revolutionärer oder selbst liberaler Ideen zu errichten. Es war Saudi Arabien, das den – wie wir es nennen – „demokratischen Experimenten“ in Kuwait und Bahrain ein Ende setzte.

Wir als demokratische- und Volksorganisationen wünschen natürlich eine Annäherung der Völker in unserer Region. Aber es stellte sich heraus, daß der Golf nur eine Militär- und Geheimdienstallianz ist, durch die das saudische Regime die Staaten unserer Region wirtschaftlich und militärisch an die USA binden will.

Saudi Arabien ist sehr besorgt um seine Sicherheit. Das zeigt sich daran, daß Militär- und Geheimdienstfragen mit Priorität im Golf behandelt werden. Pläne, wie das Sicherheitsabkommen und der Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe der Golfstaaten sind auf die Initiative Saudi Arabiens zurückzuführen.

Sorgenkind innere Sicherheit

Aber gerade aus diesem Grund entwickeln sich auch Widersprüche innerhalb des Golfes. Zum Beispiel hat Kuwait bis heute noch nicht das gemeinsame Sicherheitsabkommen ratifiziert. Obwohl die soziale Basis sowohl des Regimes in Saudi Arabien wie auch in Kuwait dieselbe ist, so gibt es auch bestimmte Unterschiede.

Kuwait hat versucht, die soziale Basis des Regimes zu erweitern. Auch ist die kuwaitische Bourgeoisie heute so weit entwickelt, daß sie nach mehr Unabhängigkeit strebt und sich nicht länger von den Saudis bevormunden lassen will. In gewisser Weise gilt das auch für die Emirate.

Aber solange Saudi Arabien innerhalb dieser Allianz die stärkste Kraft darstellt, versucht es weiterhin, die gesamte Staatengruppen in die Arme der USA zu treiben.

AIB: Offiziell gibt es ja keine Militärstützpunkte der USA in Saudi Arabien. Welche Rolle kann Saudi Arabien in der amerikanischen Militärstrategie im Nahen und Mittleren Osten spielen?

SAID AZIZ: Die amerikanische Militärpräsenz in Saudi Arabien wird schon allein an der Tatsache deutlich, daß sich amerikanische Militärberater in allen Truppenteilen der saudischen Streitkräfte befinden.

Diese Berater kontrollieren faktisch alle saudischen Militärbasen. Wir haben hochentwickelte Waffensysteme, die ausschließlich von Amerikanern bedient werden: komplizierte Radar- und Aufklärungssysteme oder beispielsweise die AWACS. Die Amerikaner befinden sich



Saudische Piloten: ausgebildet und ausgerüstet von US-Militärberatern

vorzugsweise in den äußerst sensiblen Regionen Saudi Arabiens, besonders in Militärposten und Basen in der Nähe unserer Nachbarstaaten, z.B. in Khamis Muscheit in der Nähe der Grenze zum Südjemen, in Tabuk nahe der Grenze zu Jordanien, in Jubail an der Grenze zu Kuwait oder in der König-Khaled-Basis an der Grenze zu Irak.

Es gibt so zahlreiche Militärbasen in Saudi Arabien, es gibt derartig riesige Arsenale von Waffen, die zudem einen derart hohen technologischen Standard besitzen, daß sie weder dem Bedarf und den Ausbildungsstandard der saudischen Streitkräfte entsprechen, noch der Einwohnerzahl des Landes angemessen sind. Die Waffen sind den Amerikanern vorbehalten. Durch die Unmengen an Kriegsgüter ist Saudi Arabien faktisch zu einem



Einheiten der RDF proben den Einsatz am Golf

Tornados für die Sauds?

Die saudische Luftwaffe will zwei Flugstaffeln mit rund 40 Tornado-Kampfflugzeugen ausrüsten, Stückpreis: 50 Millionen Mark.

Die Maschinen werden von Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik gemeinsam hergestellt. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn liefert mit Rumpf, Flügelschwenkanlagen und Steuerwerk etwa 50% der Tornado-Bestandteile. Saudi Arabien, das sich durch den iranisch-irakischen Krieg bedroht fühlt, drängt auf rasche Lieferung. Der Handel soll über die britische Firma Aerospace abgewickelt werden.

Noch liegt in Bonn kein Antrag für den Rüstungsexport in die Krisenregion am Persischen Golf vor. Die Bundesregierung ließ die Briten jedoch wissen, daß sie dem Tornado-Verkauf zustimmt.

Auch andere Golfstaaten, unter anderem Oman, interessieren sich für das Flugzeug. Nachdem Kanzler Helmut Kohl im Oktober letzten Jahres den Saudis weitreichende Zusagen für Waffenlieferungen machte, stehen den Arabern westdeutsche Rüstungskammern weit offen. Vom Flak-Panzer „Gepard“ bis zum Flugabwehr-System „Roland“ ist für sie alles zu haben. Einzige Ausnahme: der Kampfpanzer „Leopard 2“.

Auch die Amerikaner verstärken ihre Waffenlieferungen an die Saudis: Sie wollen rund 40 Kampfflugzeuge des Typs „F-15“ an den Golf liefern. Gleichzeitig drängt Washington die Araber, einer zeitweisen Stationierung von zwei F-15-Staffeln der Airforce auf dem saudischen Luftwaffenstützpunkt Dhahran zuzustimmen – „zu Übungszwecken“ und zum Schutz der durch den Golfkrieg bedrohten Öltanker.

(Quelle: Der Spiegel, Hamburg, 2.7.1984)



riesigen Waffenlager für die USA geworden.

Die gefährlichste Entwicklung der letzten Zeit besteht aber darin, daß die USA beabsichtigen, Pershing II (Pershing II und Cruise Missiles sollen – nach Plänen der USA – auch in Oman und Israel stationiert werden; d. Red.) in Saudi Arabien zu stationieren. Das ganze Land soll in eine Aggressionsbasis gegen die Sowjetunion und die Befreiungsbewegungen der Region verwandelt werden. Die Stationierung dieser Raketen wäre der Höhepunkt amerikanischer Militärpräsenz in Saudi Arabien.

ADNAN SIRHAN: Die amerikanische Militärpräsenz in Saudi Arabien hat einen anderen Charakter als zum Beispiel in Europa. In Europa haben die USA ihre eigenen Basen und man weiß, wo diese Basen sind. Bei uns sind die Amerikaner direkt in den saudischen Militärapparat integriert.

Die Amerikaner sind nicht nur als Ausbilder und Berater bei uns, sondern sie haben auch andere Aufgaben. Wir haben Informationen, daß es in den einzelnen Militärbasen, z.B. in Khamis, in Dharan und Tabuk jeweils Abschnitte gibt, zu denen nur die Amerikaner Zutritt haben. Die AWACS zum Beispiel werden allein von den Amerikanern kontrolliert und befehligt. Dies alles sind Momente der amerikanischen Militärpräsenz.

Der Zweck der großen Waffengeschäfte mit den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich besteht nicht etwa in der Deckung des Bedarfs des saudischen Militärestablishments, sondern in der Befriedigung der amerikanischen Anforderungen.

Die saudische Armee ist relativ klein: 52.000 Soldaten mit relativ geringem Ausbildungsstand und Know how.

Um innere und äußere Gefahren abzuwenden, ist das saudische Regime auf ausländische, vor allem auf amerikanische Streitkräfte angewiesen. Zusätzlich zu dem US-Militärpersonal gibt es noch 30.000 pakistanische Soldaten. Außerdem wissen wir, daß die Südkoreaner, die in Saudi Arabien arbeiten, in Wirklichkeit in ihrer Funktion als Reservisten der südkoreanischen Armee zu uns geschickt wurden.

Zielort der Eingreiftruppen

Durch die Führung der saudischen Armee und durch die Stationierung von Streitkräften aus Ländern, die als Stellvertreterregimes des US-Imperialismus fungieren, sichern sich die USA also die Hegemonie über unser Land.

AIB: In den „Bright Star“-Manövern (1981, 1982 und 1983) exerzierten die USA ja schon das militärische Eingreifen ihrer Schnellen Eingreiftruppe in Nah-

pro familia
magazin

Sexualpädagogik
und
Familienplanung
Erscheint alle 2 Monate

Die einzige deutschsprachige Zeitschrift auf ihrem Gebiet.

Mit einem weitgefächertem Themenangebot zu allen Fragen der Sexualität im Gesundheitswesen, der Pädagogik und der Politik.

Bestellung

Ankreuzen und einsenden an:
Gerd J. Holtzmeier Verlag
Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

- | | | |
|--------------------------|-----------|----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Heft 4/83 | Gesundheitskultur und Sexualität |
| <input type="checkbox"/> | Heft 5/83 | Pro Familia Praxis |
| <input type="checkbox"/> | Heft 1/84 | Kinderkriegen |
| <input type="checkbox"/> | Heft 2/84 | Sexualität und Lebensalter |
| <input type="checkbox"/> | Heft 4/84 | Familienplanung international |
| <input type="checkbox"/> | Heft 5/84 | Sexualität und Arbeitsleben |
| <input type="checkbox"/> | Heft 6/84 | Sexualwissenschaft (9. Nov.) |

Bitte, schicken Sie mir das oben angekreuzte Heft gegen Rechnung (6,20 DM + 0,80 DM Porto). Wenn ich innerhalb von drei Wochen die Zeitschrift abonniere, brauche ich die Rechnung nicht zu bezahlen.

Bitte, schicken Sie mir das „Kennenlernpäckchen“ der Zeitschrift „Sexualpädagogik und Familienplanung“ (4 Ausgaben ab 1981 je nach Lagerbestand) zum Preis von DM 10,- (Schein/Scheck beigelegt).

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



Waffenhändler Kohl bei König Fahd im Oktober 1983

BRD-Rüstungsexporte gen Saudi Arabien

Die in der Kampagne gegen die Rüstungsexporte engagierten Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) veröffentlichten kürzlich eine Übersicht über die bundesdeutschen Waffenexporteure, die an das Fahd-Regime Rüstungsgüter lieferten oder seit Herbst 1983 über weitere Lieferungen verhandeln. Bestellungen erwartete man für den Sommer/Herbst d.J.

Falls die von der Regierung Kohl geförderten großen Waffengeschäfte mit den Saudis (siehe AIB-Sonderheft 2/1984, S. 45ff.) zustandekommen, dürften in Kürze bundesdeutsche Militärberater in Saudi Arabien Einzug halten. Dies läßt schon der geringe Ausbildungsstand der saudischen Armee erwarten.

Keine Wende in der Sicherheits- und Außenpolitik leitete Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem Besuch in Saudi Arabien im Oktober 1983 ein. Der Bundeskanzler sagte den Saudis zu, „Fragen des Verteidigungsbereichs in die Zusammenarbeit einzubeziehen“. Im Klartext bedeutete diese Zusage, daß sich die Bundesrepublik in Saudi Arabien militärisch engagieren will – vorerst durch verstärkte Rüstungsexporte!

Hinter aufwendigen Erklärungen der Bundesregierung, keine Leopard-2-Panzer zu verkaufen, verstecken sich riesige Lieferungen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie an das Krisengebiet im Nahen Osten. So reiste, auf Einladung Helmut Kohls, bereits im Dezember 1983 eine saudische Militärdelegation durch die Bundesrepublik, um sich über Rüstungsprodukte bundesdeutscher Unternehmen zu informieren. Auf dem Programm der Delegation standen neben Besuchen bei Erprobungsstellen der Bundeswehr folgende Firmen:

- Messerschmid-Bölkow-Blohm (MBB), München: Hersteller u.a. von den Panzerabwehrraketen Hot und Milan, dem Militärhubschrauber BO 105 und dessen Panzerabwehrvariante PAH 1 und des Flugabwehrpanzers Roland;
- Siemens, München: Radar- und Luftüberwachungssysteme;
- Krauss-Maffei, München: Flugabwehrpanzer Gepard, Radpanzer Wildcat sowie andere Ketten- und Pionierfahrzeuge;
- Iveco-Magirus AG, Ulm: leichte und schwere Radfahrzeuge;
- AEG-Telefunken: Radargeräte, Feuerleitsysteme;
- Standard Elektronik Lorenz, Stuttgart: Militärelektronik, Funkgeräte etc.;
- Thyssen-Henschel und Wegmann, Kassel: Schützenpanzer Marder und Maschinenkanonen;
- Dynamit-Nobel, Porz bei Köln: sprengtechnische Produkte.

Schon in der Vergangenheit war Saudi Arabien Tummelplatz deutscher Rüstungshändler. Bekannt wurden bisher die Auslieferung von:

- 1.500 Maschinengewehrhalterungen (Rheinmetall),
- einer Gewehrfabrik zur Produktion des deutschen G 3-Gewehrs (Firma Fritz Werner, Heckler & Koch),
- Schützenpanzer VCI (Thyssen, AEG, Diehl u.a.) über Argentinien,
- RH-202 Zwillingsskanonen (Rheinmetall),
- Feldhaubitzen 155-1 (Rheinmetall) über Großbritannien.

Die geplanten Rüstungslieferungen nach Saudi Arabien unterscheiden sich von der bisherigen sozialliberalen Praxis eigentlich nur durch ihre Offenheit. (...)

...finanziert Saudi Arabien den Irak mit Milliarden Dollar und mit Rüstungsgütern im Krieg gegen den Iran. Beide Länder werden außerdem direkt von bundesdeutschen Firmen mit Rüstungsgütern beliefert (z.B. von Daimler-Benz, AEG, Blumhardt, Faun, Titan-Kässbohrer, SEL). Die Bundesrepublik ist also jetzt schon an einer Gewaltpolitik zur „Sicherung der Rohstoffe“ beteiligt und will diese weiter ausbauen.

(Quelle: Forum Europa, Bonn, Nr. 3/1984)

Mittelost. Aber im Gegenteil zu anderen Staaten der Region wie Ägypten, Sudan, Somalia und Oman beteiligte sich Saudi Arabien nicht an diesen Manövern. Welchen Grund gibt es Ihres Erachtens dafür?

SAID AZIZ: Saudi Arabien nahm an diesen Manövern nicht teil, aber es stellte Einrichtungen zur Verfügung. Der Beitrag Saudi Arabiens zur Schnellen Eingreiftruppe der USA (RDF) ist indirekter Natur, vermittelt über die Eingreiftruppe des Golfes.

Als führendes arabisches und islamisches Land kann Saudi Arabien es sich nicht erlauben, die RDF offen zu unterstützen. Aber durch den Aufbau der Golf-Eingreiftruppe, die von amerikanischen Beratern trainiert wird und mit US-Waffen ausgerüstet ist, ist auch Saudi Arabien mit der RDF verbunden. Über diesen Weg will Saudi Arabien im übrigen auch die anderen Golfstaaten in die US-Strategie einbinden.

ADNAN SIHRAN: Aufgrund ihrer Schwäche sind die saudischen Streitkräfte überhaupt nicht in der Lage, die RDF aktiv zu unterstützen, aber sie stellen ihr Einrichtungen zur Verfügung. Die Lagerung von Waffen und Ausrüstungen, stellen faktisch Voreinlagerungen für die RDF dar.

AIB: Welche Rolle spielen die anderen NATO-Mitgliedsstaaten in Saudi Arabien?

SAID AZIZ: Nehmen wir z.B. die saudischen Streitkräfte.

Die Nationalgarde wurde seinerzeit von den Briten aufgebaut. In den letzten Jahren begannen die anderen westlichen Staaten eine stärkere Rolle zu spielen. Dabei hat sich eine Art Arbeitsteilung herausgebildet. Frankreich hat sich sozusagen auf die Marine spezialisiert, Westdeutschland auf die Unterstützung von Geheimdienst und Artillerie und Großbritannien auf die Ausbildung der Luftwaffe.

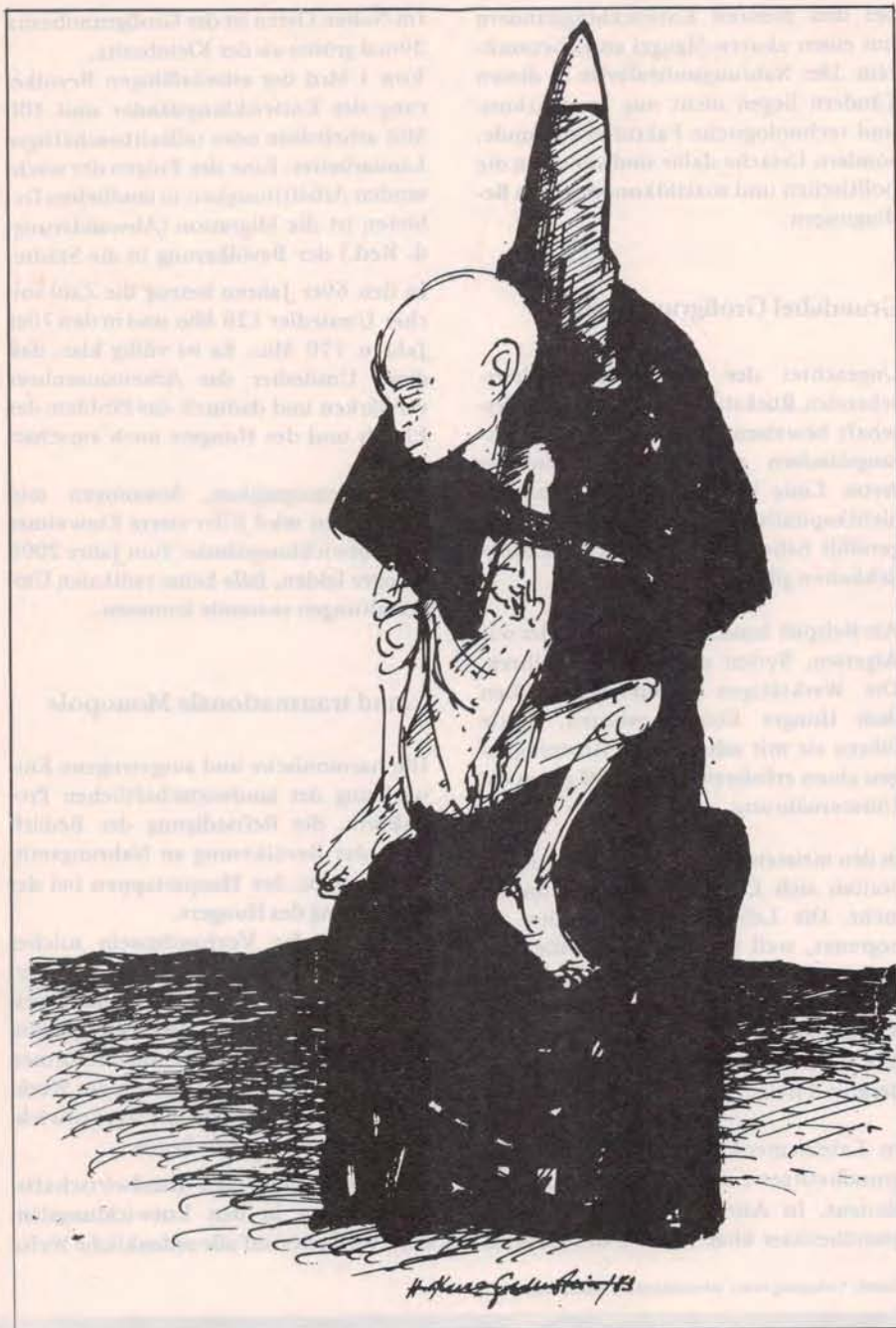
Die USA spielen natürlich überall eine Rolle, aber trotzdem sind auch die anderen NATO-Staaten auf die eine oder andere Weise präsent.

ADNAN SIRHAN: Westdeutschland beaufsichtigt die Waffenproduktion in den Fabriken in Khartsch, die Kleinwaffen, Munition und Ersatzteile herstellen.

SAID AZIZ: Aufgrund ihrer Erfahrungen mit ihrer eigenen Oppositionsbewegung wurden die Westdeutschen zu Spezialisten im Aufbau von „Antiterror-Einheiten“.

Vor allem seit 1979 zeigt Saudi Arabien großes Interesse hierfür und arbeitet mit den Westdeutschen eng in diesem Bereich zusammen. Was die Streitkräfte betrifft, so stehen wir kurz vor dem Abschluß des größten Waffengeschäftes, des Kaufs von Leopard-II-Panzern.

Wird fortgesetzt



Hunger – Geißel des Neokolonialismus

Der Dürrehunger, der in diesem Jahr halb Afrika und Brasilien heimsuchte (siehe AIB 7-8/1984, S. 76-78), ist noch immer nicht ausgestanden. In Äthiopien etwa sind über 5 Mio Menschen akut vom Hungertod bedroht, gelten 8 von insgesamt 13 Landesprovinzen als Dürre-Katastrophengebiete. Hunger und Unterernährung sind indessen ein weltweites und ständiges Phänomen. Seinen vielschichtigen Ursachen geht dieser Beitrag auf den Grund, der sich vornehmlich auf Materialien der 9. Internationalen Berufskonferenz der Gewerkschaften der Land-, Forst- und Plantagenwirtschaft stützt.

Rund 450 Mio in der Welt hungern. Jährlich sterben rund 40 Mio Menschen an Hunger. Nach Angaben von 1981 waren 12 Mio davon Kinder. Mehr als 1 Mrd Menschen sind ständig unterernährt.

Besonders schwer ist die Lage in einigen Entwicklungsländern. In den Ländern des Fernen Ostens und Südostasiens hungern 27% der Bevölkerung, in Afrika 22% und in Lateinamerika sind es 13%. Diese statistischen Angaben sind schockierend. Doch sie spiegeln die Realität wider, mit der die Menschheit gegen Ende des 20. Jahrhundert konfrontiert ist.

Dabei – und das muß betont werden – übersteigt gegenwärtig die Menge der in der Welt erzeugten Nahrungsmittel schon den Bedarf der Menschheit. Allgemein wird die Produktion von Nahrungsmitteln weiter erhöht. Wie kommt es dann, daß in großen Teilen der Welt Hunger die Geißel der Menschheit bleibt?

Das Los der Ärmsten

Hunger geht mit Armut einher. Und Armut ist eine Ausgeburt des imperialistischen Systems, des Kolonialismus und Neokolonialismus.

Die Armut und der sie begleitende Hunger sind die unausweichliche Folgeerscheinung einer ungerechten Einkommensverteilung sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene sowie der Ungerechtigkeit beim Zugang zu den Produktionsmitteln. Das gilt sowohl für die meisten Entwicklungsländer als auch für die entwickelten Industriestaaten. Zum Beispiel betrug in Mittelamerika der durchschnittliche Eiweißverbrauch für die Bevölkerungsgruppe mit niedrigem Einkommen 36,9 g pro Tag und pro Kopf im Vergleich zu 112,6 g für die Gruppe mit hohem Einkommen. Bei den Kalorien waren es 1.580 kcal im Vergleich zu 4.266 kcal; bei Fett 25,8 g im Vergleich zu 125,4 g.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern verbirgt die „durchschnittliche“ Konsumhöhe an Lebensmitteln nur die großen Unterschiede im Lebensmittelverbrauch zwischen den unterschiedlichen Schichten und Bevölkerungsgruppen. Nach offiziellen Angaben leiden in den USA 13% der Bevölkerung, d.h. 22 Mio Menschen – darunter 5 Mio Kinder – an Unterernährung. Laut inoffizieller Berechnungen betrug die Zahl der Unterernährten in den USA Ende 1981 15% der Bevölkerung.

Wenn es in den entwickelten kapitalistischen Ländern praktisch keinen Mangel an Nahrungsmitteln gibt, doch Hunger und Unterernährung das Los der ärmsten Schichten als ein Ergebnis der sozialen Ungerechtigkeit sind, so handelt es sich



Bericht an den VII. Gipfel der Nichtpaktgebundenen Welternährungslage

(...) Es wird eingeschätzt, daß über 1 Mrd Menschen in der unterentwickelten Welt an Unterernährung leidet, davon 500 Mio an akutem Hunger.

Obwohl dieses Problem mehr oder weniger ausgeprägt in der Mehrheit der unterentwickelten Länder anzutreffen ist, sind die Gebiete Afrikas südlich der Sahara und der Süden Asiens davon am schwersten betroffen, denn dort trifft der akute Mangel an Nahrungsmitteln zusätzlich mit einer im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum unzureichenden landwirtschaftlichen Produktion zusammen. Auf diese Regionen konzentriert sich außerdem ein guter Teil des zukünftigen Nahrungsmitteldefizits an Getreide, das für das Jahr 2000 auf etwa 24 Mrd Dollar geschätzt wird (berechnet in Preisen von 1975).

Die Verschlechterung der Welternährungslage ist eine Nachkriegerscheinung, die mit dem Aufschwung des Neokolonialismus zusammenfällt. Im Weltmaßstab zeigt sich dieses Problem generell nicht nur als Widerspruch zwischen der Produktion und dem Konsum, sondern als eine Summe von Mißverhältnissen in der Verteilungsstruktur. Das schon erwähnte Getreidedefizit von 24 Mrd Dollar steht zum Beispiel im Widerspruch zu einem Überschuß im Wert von 32 Mrd Dollar in den entwickelten Ländern.

Im regionalen, subregionalen und Landesmaßstab erklärt sich das Nahrungsmitteldefizit durch Unzulänglichkeiten in der Agrarstruktur (Latifundismus, Minifundismus und anderes) und technische Rückständigkeit bei der Bodenbearbeitung — manchmal befindet sich die Technik auf einem primitiven Niveau.

Auf alle Fälle hat dieser Zustand auch Auswirkungen auf Umweltprobleme, wie die Verschlechterung der Bodenqualität, Raubbau an den Waldbeständen bis hin zu dem Extrem der allgemeinen Verschlechterung des Ökosystems, das in der zunehmenden Verwüstung zum Ausdruck kommt. (...)

(Quelle: Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, Dortmund 1984, S. 25-26)

bei den meisten Entwicklungsländern um einen akuten Mangel an Lebensmitteln. Der Nahrungsmittelkrise in diesen Ländern liegen nicht nur Produktions- und technologische Faktoren zugrunde, sondern Ursache dafür sind vor allem die politischen und sozialökonomischen Bedingungen.

Grundübel Großgrundbesitz...

Ungeachtet der fast überall vorherrschenden Rückständigkeit der Landwirtschaft beweisen die in einigen Entwicklungsländern erzielten Ergebnisse, in erster Linie in den Ländern, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gewählt haben, daß es bedeutende Möglichkeiten gibt.

Als Beispiel kann man solche Länder wie Algerien, Syrien und Kongo anführen. Die Werktätigen Kampuchecas haben dem Hunger Einhalt geboten. Heute führen sie mit sehr großen Anstrengungen einen erfolgreichen Kampf gegen die Unterernährung.

In den meisten Entwicklungsländern verbreiten sich Elend und Hunger immer mehr. Die Lebensmittelproduktion ist begrenzt, weil der Boden und die Produktionsmittel in den Händen einer Minderheit sind, die nicht die Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung, sondern ihre eigenen Profitinteressen in den Vordergrund stellt.

In Lateinamerika besitzen 7-8% Großgrundbesitzer zwischen 37 und 82% des Bodens. In Asien verfügen 10% Großgrundbesitzer über 60-80% des Bodens.

Sahel: Verteilung einer internationalen Reisspende



Im Nahen Osten ist der Großgrundbesitz 30mal größer als der Kleinbesitz.

Von 1 Mrd der arbeitsfähigen Bevölkerung der Entwicklungsländer sind 400 Mio arbeitslose oder teilzeitbeschäftigte Landarbeiter. Eine der Folgen der wachsenden Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten ist die Migration (Abwanderung; d. Red.) der Bevölkerung in die Städte.

In den 60er Jahren betrug die Zahl solcher Umsiedler 126 Mio und in den 70er Jahren 170 Mio. Es ist völlig klar, daß diese Umsiedler das Arbeitslosenheer verstärken und dadurch das Problem des Elends und des Hungers noch verschärfen.

Laut Demographen, Soziologen und Ökonomen wird jeder vierte Einwohner der Entwicklungsländer zum Jahre 2000 Hunger leiden, falls keine radikalen Umgestaltungen zustande kommen.

...und transnationale Monopole

Die harmonische und ausgewogene Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln ist eine der Haupttappen bei der Beseitigung des Hungers.

Das setzt das Vorhandensein solcher Ressourcen für Investitionen, die Verwirklichung einer solchen Landwirtschaftspolitik voraus, denen tiefgreifende echte demokratische Agrarreformen bei Teilnahme breiter Massen der Werktätigen auf dem Lande in allen Entwicklungsstadien zugrunde liegen.

Die Realisierung von Landwirtschaftsprogrammen in den Entwicklungsländern wird aber auf alle erdenkliche Weise

von außen durch den Imperialismus gebremst.

Einerseits versucht man, die Industrialisierung der Entwicklungsländer zu verhindern, was sich negativ auch im landwirtschaftlichen und Lebensmittelsektor auswirkt. Andererseits gibt man sich Mühe, die landwirtschaftliche Entwicklung dieser Länder so zu lenken, daß sie ihren Eigenbedarf unmöglich decken können und zwangsweise von Lebensmittelimporten abhängig werden. 1980 waren diese Länder gezwungen, 90 Mio Tonnen Getreide zu importieren, wobei 90% der Importe aus den entwickelten kapitalistischen Staaten kommen.

Den Entwicklungsländern wird die Rolle der Lieferanten von billigen landwirtschaftlichem Rohstoff für die kapitalistischen Länder zugeteilt.

Dabei kommt besonders kraß die unheilvolle Rolle der transnationalen Monopole zum Vorschein, die den landwirtschaftlichen sowie den Lebensmittelsektor beherrschen. Sie zwingen den Entwicklungsländern einen Weg auf, der der Produktion von Exportkulturen den Vorzug einräumt zum Nachteil der Ernährung dienenden Kulturen.

In Mexiko zum Beispiel werden Delikatessgemüse und Obst für den Export auf den Flächen angebaut, die früher für die Erzeugung von 12 einheimischen Lebensmittelkulturen genutzt wurden. Als Ergebnis dessen sind die Preise für diese Produkte bedeutend gestiegen, und für die Armen sind sogar Bohnen unerschwinglich.

Eine ähnliche Situation entstand auch in Brasilien, wo im Zeitraum von 1965 bis 1978 die für den Anbau von Soja genutzten Bodenflächen von 427.000 ha auf 7 Mio ha anwuchsen. Gleichzeitig

Bericht an den VII. Gipfel der Nichtpaktgebundenen Fehlprognosen der FAO



Fast 20 Jahre sind vergangen, seitdem der Weltleitplan für die Entwicklung der Landwirtschaft im Jahre 1962 im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) übergeben wurde.

Er ging auf die damals herrschende schwierige Lage in der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Ernährung ein und legte Richtlinien für einen Plan fest, demzufolge Hunger und Unterernährung für die Völker der Dritten Welt im Jahre 1985 nur noch bittere Erinnerungen an eine unangenehme Vergangenheit sein sollten. Die Landwirtschaft sollte von einem traditionell stagnierenden und schwachen Sektor zu einem dynamischen Entwicklungsfaktor werden.

Inzwischen sind auch bereits mehr als 8 Jahre vergangen, seitdem in Rom die Welternährungskonferenz (1974) stattfand, deren Einberufung, angesichts der massiven Hungerserscheinungen und des in jenen Jahren registrierten alarmierenden Rückgangs der Nahrungsmittelreserven, dringenden Charakter hatte. Damals verkündete die Konferenz feierlich, daß Hunger und Unterernährung in 10 Jahren von der Erde verbannt sein sollten, und rief die Länder dazu auf, gemeinsam große Anstrengungen zu unternehmen, um die Ernährung international abzusichern.

Mehr denn je ist heute das totale Scheitern dieser Bemühungen zur Erreichung dieses vorrangigen und wesentlichen Zieles offenkundig, demzufolge alle Menschen über ausreichende Nahrungsmittel verfügen sollten, um in einem sinnvollen Leben ihre Fähigkeiten entwickeln zu können. Über 500 Mio Hungernde, eine schreckliche Zahl, die ständig wächst, lassen das gute Vorhaben des genannten Weltleitplanes, demzufolge 1975 in der Dritten Welt der in der Forderung

vorgesehene Kalorienverbrauch erreicht werden und 1985 auf 10% über dem für notwendig erachteten Verbrauch ansteigen sollte, zu einer tragischen Ironie werden. (...)

In einer Epoche, in der der Mensch in den Weltraum vordringt und wahrhaft wissenschaftlich-technische Wunder Wirklichkeit werden läßt, ging die Nahrungsmittelproduktion pro Einwohner in 52 unterentwickelten Ländern von 1971 bis 1980 zurück. Während in vielen entwickelten Ländern der zunehmenden Häufigkeit von Krankheiten, die aus übermäßiger Nahrungsaufnahme herrühren, immer größere Aufmerksamkeit geschenkt wird und Hunderte Mio Dollar für die Fütterung von Haustieren ausgegeben werden, gibt es allein in Indien laut Angaben der FAO 201 Mio Menschen, die hochgradig unterernährt sind; 33 Mio sind es in Indonesien, 27 Mio in Bangladesh, 14 Mio in Nigeria, 12 Mio in Brasilien, in Äthiopien und in Pakistan, 10 Mio auf den Philippinen, 6 Mio in Afghanistan, 5 Mio in Burma, in Kolumbien und in Thailand. Über 40% der Bevölkerung des Tschad, Haitis, Malis und Mauretaniens leidet Hunger.

Es ist eine schmerzliche Realität, daß der Hunger trotz der Zielstellungen zu seiner Beseitigung nicht nur weiterbesteht, sondern sich noch mehr ausbreiten wird. Während der 70er Jahre stieg die Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt um 3% jährlich und lag damit um 25% unter der von der Internationalen Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen festgelegten Höhe. Sollten sich die gegenwärtigen Tendenzen fortsetzen, würde die Anzahl der Hungernden mit Beginn des 21. Jahrhunderts auf mindestens 750 Mio ansteigen. (...)

(Quelle: Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, a.a.O., S.123-125)



gibt es auf dem Markt nicht genügend Bohnen, die das Grundnahrungsmittel der brasilianischen Bevölkerung, besonders ärmster Schichten sind.

Auf den Philippinen werden 55% aller bearbeiteten Flächen für die Exportproduktion von Zuckerrohr, Kokos, Bananen, Kautschuk, Ananas und Kakao genutzt.

Die Produktion dieser oder jener Nahrungsgüter in den Entwicklungsländern wächst, doch ihr Konsum sinkt. So sank in Honduras bei einer rapiden Erhöhung der Rindfleischproduktion sein Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 6,3 kg in den Jahren 1961-65 auf 5,2 kg in den Jahren 1971-75.

In Kostarika verbrauchte 1950 ein Einwohner im Jahresdurchschnitt 22 kg Rindfleisch und im Jahre 1971 waren es

weniger als 15 kg. Das erklärt sich damit, daß der Export von Gefrierfleisch aus den Ländern Mittelamerikas von 1963 bis 1974 um 400% gestiegen ist.

Andererseits zwingen die transnationalen Monopole den Entwicklungsländern ihre Produkte auf, die der hungernen Bevölkerung wie Hohn vorkommen müssen: Konfekt, Gebäck, Eis, Kaugummi usw.

Hebel Saatguterzeugung

Gegenwärtig beherrschen die transnationalen Monopole auch einen so lebenswichtigen Bereich der Landwirtschaft wie die Saatguterzeugung.

Nach Angaben der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen; d. Red.) besitzt allein „United Brand“ zwei Drittel des Saatgutes für Bananen. Die FAO verfügt über Meldungen, wonach 1970 das Ministerium für Landwirtschaft der USA Saatgut aus 27 Ländern besaß, darunter aus 22 Entwicklungsländern. Diese Reserven enthielten mehr Sorten von Weizen, als in diesen Ländern selbst vorhanden waren. Getreide ist eine ernstzunehmende Waffe in den Händen der USA.

Hochproduktive Sorten werden unter anderem auch von den gleichen Monopolen ausgeführt, die Chemikalien verkaufen, die für die Erzielung „bester“ Erträge notwendig sind. Die wichtigsten davon sind: „Ciba-Geigy“, „Sandoz“, „Pfizer“, „Monsanto“, „Royal Dutch Shell“ usw.

Die transnationalen Monopole rauben die nationalen Reichtümer der Entwicklungsländer und beuten ihre Werktätigen aus.

Die Monopole der USA, Großbritannien, Frankreichs und anderer Länder sind die größten Grundbesitzer in Venezuela, Paraguay, Bolivien und anderen Ländern Lateinamerikas sowie in einer ganzen Reihe von afrikanischen und asiatischen Ländern (Kenia, Zaire, Indonesien usw.).

Das Riesenunternehmen „Gulf and Western“ zum Beispiel besitzt in der Dominikanischen Republik 110.000 ha Boden. Das italienische „Liguia“ besitzt 560.000 ha Boden und die „Volkswagen-Werke“ der BRD 28.000 ha im Mündungsgebiet des Amazonas. Doch gegenwärtig streben die transnationalen Monopole schon nicht mehr danach, umfangreichen Grundbesitz zu erwerben, sondern halten es für wirksamer, die Kontrolle über die Produktion durch Kreditgewährung, Verarbeitung und Absatz der landwirtschaftlichen Produkte auszuüben.

Die transnationalen Monopole spielen in der Tat die Rolle neokolonialistischer

Agenten, mit deren Hilfe die industriell entwickelten kapitalistischen Ländern ihre Herrschaft über die Entwicklungsländer verwirklichen.

Die Politik und die damit verbundene direkte Einmischung der Monopole und Regierungen der imperialistischen Staaten behindert die Verwirklichung wahrhaft demokratischer Agrarreformen und Entwicklungsprogramme der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Als die Regierungen einiger Länder Versuche unternahmen, den Grund und Boden ausländischer Monopole zu nationalisieren, haben die USA unter Ausnutzung ihres Einflusses auf die einheimische Reaktion und die militärische Führungsspitze die vorgesehenen Reformen verhindert, indem sie Staatsstreichs organisierten, wie das in Guatemala und Chile (1954 bzw. 1973; d. Red.) der Fall war.

Jetzt praktiziert der US-Imperialismus die direkte Einmischung in allen nur möglichen Formen in El Salvador und strebt danach, den Kampf des Volkes gegen die Finanz- und Agraroligarchie zu unterdrücken.

Die Lebensmittelwaffe

Zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über die „Dritte Welt“ bringt der Imperialismus die Lebensmittelwaffe als Teil seines Waffenarsenals zum Einsatz. Sie findet Anwendung durch die transnationalen Monopole oder ist direkt gegen einige Länder gerichtet, wie das heute die USA praktizieren.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges konzentrierten die USA in ihren Händen bedeutende Vorräte an Lebensmitteln. Hier wirkten viele Faktoren. Auch der, daß das Territorium der USA nicht direkt vom Krieg betroffen war. Ein anderer Faktor war, daß die US-Monopole während des Krieges ein ungeheures Kapital angehäuften und dieses in den Agrar-Industrie-Komplex investierten.

Im Dezember 1981 hatte der Landwirtschaftsminister der USA die Bedeutung

Bericht an den VII. Gipfel der Nichtpaktgebundenen Kampf dem Hunger!

Unter den vordringlichen Zielen, denen die Hauptanstrengungen der Nichtpaktgebundenen zu gelten hätten, nannte Fidel Castro u.a.:

(...) Die Existenz großer, Hunger leidender und unterernährter Massen auf der Welt ist eine Schande für die ganze Menschheit. Es muß nach einer stabilen und dauerhaften Lösung für dieses schwierige Problem gesucht werden.

Kampf dafür, daß mit internationaler Hilfe Pläne durchgesetzt werden, damit sich jedes Land soweit wie möglich selbst mit Grundnahrungsmitteln versorgen kann. Kampf um die Erkenntnis der unvermeidbaren Notwendigkeit – wenn wir Hunger, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf dem Lande beseitigen wollen – tiefgreifender sozio-ökonomischer und struktureller Veränderungen wie der Agrarreform, durch die die Anwendung höherer Formen der landwirtschaftlichen Produktion möglich wird; Kampf um die Förderung, ebenfalls in internationaler Kooperation, von Programmen gegen Erosion, Verwüstung, Entforstung und andere Formen der Zerstörung der Böden, wobei zugleich die Hauptwasserquellen in jedem Land geschützt und neue Wasserreserven durch Staudämme und andere Mittel geschaffen werden müssen.

Es muß nach einer Sofortlösung für den akuten Nahrungsmangel in bestimmten Regionen der Welt durch einen großen Strom von Gütern aus den großen Überschußgebieten der Welt, die in Form von Schenkungen, zinslosen Krediten und zu Sonderpreisen zur Verfügung gestellt werden sollten, gesucht werden. Die Schaffung von Nahrungsreserven im Weltmaßstab ist eine lebenswichtige Notwendigkeit, wobei gleichzeitig der Kampf zu führen ist gegen die absichtliche Reduzierung der Nahrungsmittelproduktion, die un menschlich und egoistisch ist, und gegen die vernunftwidrige Vernichtung von Nahrungsmitteln aus Handelsgütern in bestimmten entwickelten Ländern. (...)

(Quelle: Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, a.a.O., S. 284)





Hungerhilfe für Äthiopien/Moçambique

Die Hungerkatastrophe in Afrika ist keineswegs überwunden. Im Gegenteil, es wird zum Herbst 1984 bei einem sich abzeichnenden neuerlichen Ausfall der Ernte mit einer weiteren Verschärfung gerechnet. Staatliche Hilfszusagen sind unsicher, Spenden an private oder kirchliche Vereinigungen wandern häufig in Prestige-Hilfsobjekte oder werden gar längere Zeit zurückgehalten.

Wir rufen dazu auf, den meistbetroffenen Ländern direkt zu helfen. Dies sind u.a. Äthiopien und Moçambique. Hier wird auch am meisten getan, um den Hunger wirksam und prinzipiell zu bekämpfen.

Von den angegebenen Konten fließen die Gelder direkt in das betroffene Land und stehen dort der Regierung zur Verfügung:

Äthiopische Botschaft (Kennwort Dürrekatastrophe), Dresdner Bank Bonn, BLZ 38080055, Konto 234413000.

oder

Sonderkonto Erich Wulff, Postscheckamt Frankfurt, Kto.Nr. 527055-602, Stichwort Moçambique.

der Lebensmittelwaffe als eines der mächtigsten Mittel in den Händen der USA unterstrichen. Diese Waffe wird eingesetzt, wenn die USA in einigen Ländern Bedingungen dafür schaffen wollen, daß ihre politische Linie bedingungslos unterstützt sowie garantiert wird, daß das Pentagon Militärbasen auf dem Territorium eben dieser Staaten errichtet.

Dafür gibt es nicht wenige Beispiele: die Lebensmittelblockade gegen Guatemala in Vorbereitung des antidemokratischen Putsches im Jahre 1954; die Versuche, Kuba durch Hunger zu ersticken (1959); Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Chile unter der Regierung von Salvador Allende und die organisierte Transportsabotage (1970); von den USA wurde eine Wirtschaftsblockade gegen Nikaragua organisiert, dessen Volk die Somo-

za-Diktatur gestürzt hatte und zum Aufbau des neuen Lebens übergang.

Unter dem Druck der USA verweigerte die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Kredite für die Entwicklung der Landwirtschaft solcher Länder, deren Gesellschaftssysteme nicht den strategischen Konzeptionen der US-Regierung entsprechen. In ähnlicher Weise handelt auch der Internationale Währungsfonds, über den die USA eine große Macht ausüben.

Eine andere Form der Lebensmittelwaffe ist die „Entwicklungshilfe“. Der US-Imperialismus weigert sich, Hilfe in Form langfristiger Verträge zu gewähren, und gibt der „einmaligen Hilfe“ den Vorzug. Diese aber wird leicht zu einem Druck- und Erpressungsmittel.

Hungerhilfe durch Abüstung

Es ist charakteristisch, daß die von den USA den Entwicklungsländern geleistete „Hilfe“ selbst einen, im Grunde genommen, militärischen Charakter annimmt. Der Löwenanteil ist für den Waffenkauf aus den USA durch diese Länder bestimmt.

Der Imperialismus betreibt die Militarisierung der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Diese sind gezwungen, sagenhafte Beträge für militärische Zwecke auszugeben und berauben sich somit weitgehend der Möglichkeit, die landwirtschaftliche und Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen, zur Entwicklung der ländlichen Gebiete beizutragen und den Hunger in ihren Ländern zu beseitigen.

Es ist besser, den Menschen Nahrung zu geben statt Waffen. Das Wettrüsten verschlingt ungeheure Summen, die für Entwicklungszwecke notwendig wären. Im Weltmaßstab würde der wirksame Kampf gegen Hunger 40 bis 50 Mrd Dollar kosten, daß heißt, weniger als 10% der militärischen Ausgaben in der Welt.

Der Bau eines einzigen Atom-U-Bootes, der mehr als 1,7 Mrd Dollar kostet, entspricht der Summe aller Ausgaben der FAO seit 1945, die 1 Mrd Dollar betragen, und den Aufwendungen für wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft in Höhe von 629 Mio Dollar, die in 20 Jahren (1960-80) von internationalen Organisationen durchgeführt werden.

Ein strategischer Bomber kostet genausoviel wie 100.000 Tonnen Zucker. Der Verzicht auf den Bau eines einzigen atomaren Flugzeugträgers würde Mittel freisetzen, die ausreichend wären, um den Entwicklungsländern 2,8 Mio Tonnen Weizen zu schicken.

0,5% aller jährlichen Rüstungsausgaben würden genügen, um alle landwirtschaft-

lichen Betriebe und Farmen mit Technik zur Erhöhung der Lebensmittelerzeugung auszurüsten. Das würde bis zum Jahre 1990 dazu führen, daß die schwach entwickelten Länder sich mit Nahrungsgütern selbst versorgen könnten.

Gegenwärtig, wo die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, das Wissen und die Erfahrungen der Menschheit völlig ausreichen für die Lösung der Entwicklungsprobleme der Landwirtschaft und des Dorfes insgesamt, wo in der Welt die Möglichkeit besteht, das Streben aller Völker nach Wohlstand, Frieden und Gerechtigkeit zu befriedigen, stellt das Wettrüsten nicht nur eine sinnlose Verschwendung von Mitteln dar, sondern beschwört auch die Gefahr der Vernichtung der Menschheit herauf.

Gegen den Hunger zu kämpfen heißt auch, gegen das Wettrüsten und gegen den Krieg zu kämpfen, gegen den Imperialismus und Neokolonialismus, für nationale Unabhängigkeit und Entwicklung. (...)

(Quelle: Frauen in der ganzen Welt, Berlin, Nr. 3/1984, S. 38-40)

NEUERSCHEINUNG

CHILE



Zwischen
Aufstand
und

Ausgangssperre

Aufzeichnungen aus Chile zur Unterdrückung und zum sozialen Widerstand.

90 Seiten, 5,- DM, gegen Vorausüberweisung zu bestellen bei

**medico
international**

Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt am Main 1

Stadtsparkasse Frankfurt
Konto Nr. 2402

Georg Diederichs Olympia in Los Angeles „Operation Gold“



Siegreiche 4x100-m-Staffel der USA mit Sternbanner im Olympiastadion von Los Angeles

Bereits vor Eröffnung der XXIII. Olympischen Sommerspiele in Los Angeles erhielten Sportler aus rund 20 asiatischen und afrikanischen Ländern Post aus den USA. In gleichlautenden Schreiben drohte ihnen der faschistische Geheimbund Ku-Klux-Klan: „Wir werden es nicht zulassen, daß schwarze und gelbe Affen an den Spielen teilnehmen.“

Proteste der betroffenen Länder und Hinweise darauf, daß nach Regel 3 der Olympischen Charta „keinerlei Diskriminierung ... einem Land oder einer Person gegenüber aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen geduldet (werden darf)“, beeindruckten die politisch Verantwortlichen im Gastgeberland USA jedoch wenig.

Sie unternahmen nicht nur nichts gegen diese offen rassistische Provokation. Ein Sprecher des US-Außenministeriums verstieg sich sogar zu der dummdreisten Behauptung, der sowjetische Geheimdienst KGB sei Urheber der Aktion gewesen.

Dieser, von vielen sicher nur am Rande des Olympiarummels registrierte Vorfall warf dennoch ein bezeichnendes Licht auf die (allerdings nichtolympische) Disziplin, der die Reagan-Administration in

ganz besonderem Maße frönt: dem Amoklauf.

Denn ebenso wie sein Amtsvorgänger Carter, der die Olympischen Spiele 1980 in Moskau boykottieren ließ, machte Ronald Reagan die Spiele von Los Angeles zum Bestandteil seiner weltweiten Konfrontationspolitik.

Bereits im September 1983 hatte er anlässlich einer Pressekonferenz erklärt: „Die USA brauchen den Sieg, und zwar nur den Sieg, denn er allein kann zum Zusammenhalt der Nation führen, nur er kann die Überlegenheit der amerikanischen Lebensweise widerspiegeln. Dabei ist völlig egal, was die restliche Welt darüber sagt und denkt.“

Um den Erfolg der für Ronald Reagans Präsidentschaftswahlkampf so wichtigen „Operation Gold“ auch tatsächlich zu garantieren, wurde schon lange vor Beginn der Olympischen Spiele eine Kampagne mit dem Ziel initiiert, die Teilnahme von Sportlern aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern zu verhindern.

So verweigerten die US-Behörden Anfang dieses Jahres dem sowjetischen Olympia-Attaché die Einreise in die USA. So verlangten US-Botschaften in

sozialistischen Ländern Listen von Olympiateilnehmern, um sich nach Belieben vorzubehalten, bestimmten Sportlern und Sportfunktionären mit der „Begründung“, sie seien Agenten, ebenfalls keine Einreiseerlaubnis zu erteilen.

In den USA wurden zur selben Zeit massenweise T-Shirts mit der Aufschrift „Beat Russia!“ (Schlagt Rußland) zum Verkauf angeboten. An Plakatwänden rund um die olympischen Sportarenen in Los Angeles wurden Plakate mit dem Slogan „Ban the Sovjets!“ (Verbannt die Sowjets) angebracht. Und in US-Zeitungen wimmelte es täglich von Artikeln über „sowjetische Spione“, „Agenten“, „Terroristen“, „subversive Elemente“ und „KGB-Mitglieder“.

Darüber hinaus hatten sich 165 antikomunistische Organisationen, deren Führer über ausgezeichnete Kontakte zum CIA und zum Weißen Haus verfügten, vorgenommen, in Los Angeles ein Klima der Angst, der Einschüchterung, der Verunsicherung und des Hasses gegenüber den Sportlern aus den sozialistischen Ländern zu schaffen.

Vernehmungen zur Abwerbung bzw. zum Kauf dieser Athleten wurden offen betrieben und staatlich gefördert. Die Reagan-Administration schritt gegen alle diese Aktivitäten nicht ein, sondern duldete, ermunterte oder verteidigte sie. Sicherheitsgarantien und gleiche Startbedingungen konnte oder wollte sie den betroffenen Sportlern – ausgenommen den erwünschten Chinas, Rumäniens und Jugoslawiens – nicht bieten.

Und dies stellte in der Tat einen klaren Verstoß gegen die Olympische Charta dar, in der es in Regel 1 heißt: „Ziel der olympischen Bewegung ist es, ...die Jugend durch den Sport im Geiste eines besseren gegenseitigen Verstehens und der Freundschaft zu erziehen, um somit zur Errichtung einer besseren und friedlicheren Welt beizutragen.“

Die Haltung der Reagan-Administration bewog das Nationale Olympische Komitee (NOK) der UdSSR schließlich, die Teilnahme der sowjetischen Sportler an den Spielen in Los Angeles abzusagen. Entsprechende Erklärungen gaben danach auch die NOKs Bulgariens, der DDR, der CSSR, Ungarns, Polens, Kubas, Vietnams, Laos, der Mongolei, Nordkoreas, Afghanistans, der VDR Jemen, Äthiopiens und Angolas ab. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle vermerkt, daß auch Albanien, der Iran, Bolivien und Obervolta aus unterschiedlichen Gründen keine Sportler nach Los Angeles schickten.

Die nach dem Nichtteilnahmeentscheid der UdSSR und anderer sozialistischer Länder verbreitete Version, dies sei eine „Retourkutsche für den Olympiaboy-

kott 1980" gewesen, erweist sich bei näherem Hinsehen als nicht stichhaltig. Der 1980 von der damaligen Regierung Carter ausgerufenen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau verfolgte erklärtermaßen das Ziel, die UdSSR wegen ihres Eingreifens in Afghanistan politisch anzuprangern und zu erpressen. Doch haben die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten etwa in gleicher Weise die olympischen Spiele in Los Angeles auszunutzen versucht, um den USA ihre weltpolitischen Forderungen zu diktieren? Haben sie etwa den Abzug der US-Ledernacken aus Grenada oder die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zur Bedingung ihrer Teilnahme gemacht? Mitnichten.

Allein das Aufwerfen dieser Fragen zeigt, daß die Haltung des sozialistischen Lagers zur Olympiade 1984 nicht mit jener der US-Regierung von 1980 gleichgesetzt werden kann.

Festzuhalten bleibt allerdings, daß die US-Raketenstationierung in Westeuropa oder die völkerrechtswidrige Verminung nikaraguanischer Häfen durch den CIA mit der rabiaten antisowjetischen und antisozialistischen Hetze in Los Angeles in engem politischen Zusammenhang stehen.

Die von Reagan und Co. anvisierte Aussperrung der Athleten der stärksten sozialistischen Sportnationen (die UdSSR und die DDR lagen bei den Spielen in Montreal 1976 wie in Moskau 1980 auf den ersten Plätzen des Medaillenspiegels) vermochte zwar den Erfolg der „Operation Gold“ zu garantieren, beeinträchtigte aber das sportliche Niveau der Spiele in Los Angeles erheblich.

51% der Weltmeister fehlten

So waren 51% der Weltmeister in 21 olympischen Disziplinen nicht am Start. Am Gewichthebewettbewerb nahm kein einziger Medaillengewinner der letzten Weltmeisterschaften teil. In der Leichtathletik fehlten mehr als die Hälfte aller Sieger der letztjährigen Weltmeisterschaften von Helsinki.

In anderen olympischen Sportarten, wie z.B. dem Schwimmen (einschließlich Kunst- und Turmspringen sowie Wasserball) fehlten 41%, im Turnen 53%, im Boxen 50%, im Ringen 72%, im modernen Fünfkampf 83%, im Rudern 54% und im Radsport 63% der Medaillengewinner vorausgegangener Weltmeisterschaften. So war die Aussperrung eines Großteils der weltbesten Athleten ein höchst wichtiger Beitrag auf dem Weg zum „neuen Patriotismus“ Reagan'scher Prägung.

Doch ungeachtet dessen wurde während

der Spiele dem „Goldtausch der USA“ (sie errangen 83 Goldmedaillen) noch nachgeholfen. Das olympische Boxturnier mag hier als Beispiel für vieles stehen:

An sich schreiben die Regeln des Internationalen Amateur-Boxverbandes (AIBA) die Auslosung der Kampfgerichte vor, doch die Gastgeber in den USA hatten eine Neuerung durchgesetzt – die Auslosung sollte durch einen Computer erfolgen. Dann aber kommandierte der US-Exoberst Don Hull, seines Zeichens Präsident der AIBA, daß die Auslosung durch eine zweiköpfige Kommission vorzunehmen sei, die komischerweise nur nachts amtierte. Den so manipulierten „Siegessäug“ der US-Boxer bezeichnete der Vizepräsident des Südkoreanischen Boxverbandes, Oh Soo In, als „eindeutige Bevorteilung der US-Boys“ und drohte mit dem Rückzug südkoreanischer Boxer vom olympischen Turnier. Ugandas und Nigerias Boxverbände erhoben wiederholt – allerdings vergeblich – Einspruch gegen hanebüchene Fehlentscheidungen und Jugoslawiens Cheftrainer Mate Parlov, 1972 selbst Olympiasieger im Halbschwergewicht, schimpfte resigniert: „Die Amis muß man umhauen, wenn man gewinnen will.“

Überraschungen China, Südkorea

Für alle Sportarten typisch war ein geradezu hysterischer Chauvinismus des US-Publikums und der US-Medienberichterstattung.

Und dennoch, trotz dieses Chauvinismus, trotz der vielen Fehlerurteile, die in einigen Disziplinen zugunsten der Gastgeber gefällt wurden, und trotz der gnadenlosen Kommerzialisierung der Spiele sollte nicht übersehen werden, daß es auch hervorragende sportliche Leistungen in Los Angeles gegeben hat. Dabei wußten besonders Sportler aus Ländern der Dritten Welt, denen die Regisseure der „amerikanischen Spiele“ allenfalls die Rolle des olympischen Dekors, der Staffage zum Vorzeigen zugeordnet hatten, zu gefallen.

Stellvertretend dafür seien aus der Leichtathletik die Marokkaner Said Aouita (Sieger im 5000-m-Lauf der Männer) und Nawal el Moutawakel (Siegerin im 400-m-Hürdenlauf der Frauen), der Keniate Julius Korir (Sieger im 3000-m-Hindernislauf), der Mexikaner Raul Gonzales (Sieger im 50-km-Gehen) sowie der Brasilianer Joaquim Cruz (Sieger im 800-m-Lauf der Männer) genannt. Auch in anderen olympischen Sportarten ließen sich für Sportler aus Ländern der Dritten Welt beachtliche Erfolge verbuchen: In der All-Kategorie des Judo



„Sieger“ von Los Angeles: Repräsentanten der Vereinigung „Verbannt die Sowjets“

z.B. gewann der Ägypter Mohamed Rashwan die Silbermedaille. Er mußte sich erst im Finalkampf der Kraft und Technik des japanischen Ausnahmeathleten Yamashita beugen.

Am erfolgreichsten waren jedoch die Sportler aus der VR China, die seit 1952 erstmals wieder an Olympischen Sommerspielen teilnahmen, und aus Südkorea. Nach Beendigung aller 221 olympischen Wettbewerbe belegten die chinesischen Athleten mit 15 Gold-, 8 Silber- und 9 Bronzemedailles den 4. Platz in der Länderwertung. Die Südkoreaner wurden mit 6 Gold-, 6 Silber- und 7 Bronzemedailles 10.

Die XXIII. Olympischen Sommerspiele von Los Angeles sind seit einigen Wochen vorüber. Die Sieger sind mit ihren Medaillen längst wieder zu Hause, ihre Namen werden, der Olympischen Charta entsprechend, in Stein gehauen der Nachwelt überliefert bleiben.

Zu den Gewinnern dieser Spiele gehörte zweifellos auch das US-amerikanische Big Business. Mit der kommerziellen Ausschlachtung der Olympiade von Los Angeles dürfte es alle Rekorde gebrochen und – im übertragenen Sinne – nicht nur Gold, sondern auch Silber und Bronze mitgewonnen haben.

Verlierer wurde dagegen die olympische Idee von Frieden und Völkerverständigung. Die mahnenden Worte Baron de Coubertins, der die Olympischen Spiele im Jahre 1894 neu begründete, „...meine Freunde und ich haben nicht gearbeitet und euch die Spiele wiedergegeben, damit ihr sie zu einem Museum oder Kinostück macht oder damit Geschäftsleute oder Politiker sich ihrer bemächtigen“, sind nach den Ereignissen von Los Angeles aktueller denn je.

So macht sich Skepsis breit, ob Olympia 1988 im konflikträchtigen Seoul (Südkorea) die olympische Bewegung wieder nach vorne zu bringen vermag.

MARSCH gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik

In der Nacht zum 27. August d.J. starben in einem Wohnhaus in Duisburg sieben Türken durch ein von Brandstiftern gelegtes Feuer. Es waren nicht die ersten Todesopfer eines Ausländerhasses der von Gerichten, Konzernen und Bundesregierung geschürt wird. Knapp ein Jahr vorher, am 30.8.1983, war Cemal Altun gestorben. Er hatte sich aus dem Fenster eines Gerichtes gestürzt, da er mit seiner Ausweisung in die Türkei rechnen mußte.

Die Täter von Duisburg blieben unerkant. Diejenigen, die den Haß säen, sitzen in Bonn. Für den Herbst d.J. plant die Kohl/Genscher-Regierung ein neues Ausländergesetz. Nach dem Willen von Innenminister Zimmermann sollen das Aufenthaltsrecht verschärft, Ausweisungen beschleunigt und der Familiennachzug begrenzt werden. Ziel ist es, die Zahl der rund 4,5 Mio Ausländer bis 1990 um die Hälfte zu reduzieren. Um gegen diese „Ausländer raus“-Politik zu protestieren, rufen über 100 Initiativen, Bündnisse, Organisationen und Parteien sowie 25.000 Einzelpersonen zu einem „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik“ auf. Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten – Ausländer und Deutsche gleiche Rechte – Keine Verabschiedung der neuen Ausländergesetze“ marschieren zwei Marschgruppen – eine aus dem Norden und eine aus dem Süden – durch die Bundesrepublik. In Köln werden sie sich am 13. Oktober d.J. zu einer Abschlußkundgebung vereinen. Wir dokumentieren den Aufruf zu diesem Marsch in Auszügen.

(...) Wir wissen, daß Ausländerfeindlichkeit mehr ist als die Aktivität einiger neofaschistischer Gruppen, daß es sich um mehr handelt als die herablassende Arroganz, mit der so viele Deutsche die eigene Kultur und hiesige Gewohnheiten zum einzig gültigen Maßstab erklären.

Ausländerfeindlichkeit ist auch nicht „nur“ der Fremdenhaß, mit dem die ausländische Bevölkerung tagtäglich, und bei zunehmend schwieriger werdender Wirtschaftssituation in immer schlimmeren Formen, zu kämpfen hat. Ausländerfeindlichkeit nennen wir vor allem Hunderte von Paragraphen und Verwaltungsbestimmungen, die 4,5 Mio Menschen in politischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht zu „Menschen zweiter Klasse“ erklären, die jede Aussicht auf eine planbare Lebensperspektive und einen gesicherten Daueraufenthalt systematisch blockieren! (...)

Mit entsprechenden Reden und staatlichen Diskriminierungsmaßnahmen werden Ausländer/innen gezielt benachteiligt, ausgegrenzt und diffamiert, zum „Sündenbock Nr. 1“ erklärt und einem Ausländerrecht unterworfen, das laut Paragraph 2 ihre hiesige Existenzberechtigung abhängig macht „von den Interessen und Belangen der Bundesrepublik Deutschland“. Doch mehr noch:

Ausländerfeindlichkeit ist Regierungsprogramm:

Das erklärte Ziel der Bundesregierung lautet: bis 1990 die Anzahl der hier lebenden Ausländer/innen um die Hälfte zu reduzieren.

Für den Herbst dieses Jahres ist damit zu rechnen, daß die Regierung den Entwurf zu einem neuen Ausländerrecht in den Bundestag einbringen wird. Seit Herausgabe des sog. „Zimmermann-Papiers“ im Frühjahr 1983 sind entsprechende Vorschläge in Arbeit: Das Ziel lautete: Generelle Verschärfung aller ausländerrechtlichen Bestimmungen!

Schwerpunkte werden gesetzt:

- auf dem Gebiet der Zuzugsregelungen (Familiennachzug),

- bei der Verschärfung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen,
- sowie bei der Erleichterung von schnellen Ausweisungs- und Abschiebebedingungen. (...)

Die Durchsetzung der geplanten Gesetzesvorhaben muß verhindert werden!

Sie bedeutet nicht nur für Ausländer/innen einschneidende Verschlechterungen. Der Abbau sozialer und demokratischer Rechte wird über die Behandlung der Ausländer/innen eingeführt – weitere Angriffe gegen Frauen, Jugendliche, Arbeitslose usw. werden folgen: **Betroffen sind wir alle!**

Und alle sollen auch wissen, von welchen Zwangsmaßnahmen schon heute ihre ausländischen Nachbarn betroffen sind, was ihnen morgen droht:

- So haben wir unseren Freund Cemal Kemal Altun nicht vergessen. Er stürzte sich aus dem Fenster in den Tod, weil er mitten in Westber-

lin Angst haben mußte vor der Folter in türkischen Gefängnissen. Politische Flüchtlinge können auch danach nicht mit einer demokratischen Asylpraxis rechnen. Statt dessen werden sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ verunglimpft und in menschenunwürdigen Sammelagern zusammengefaßt und abgeschottet. Von einem Land, das sich noch gut an die Tausende von Deutschen erinnern mußte, die der Hitlerfaschismus als politische Flüchtlinge umherirren ließ, wäre ganz anderes zu erwarten!

- So muß unsere Freundin Asiye mit der endgültigen Ausweisung rechnen, wie so viele ausländische Frauen. Obwohl sie keine Sozialhilfe beantragt, was schon heutzutage rechtlich abgesicherter Abschiebegrund für Ausländer/innen ist, kämpft sie gemeinsam mit einem Berliner Frauenhaus bisher umsonst für ihr eigenständiges Aufenthaltsrecht. Statt dessen lautet die frauen- und ausländerfeindliche Ausweisungsbegründung deutscher Behörden, daß der „Zweck des Aufenthalts“, nämlich „Familienzusammenführung“, nach dem Verlassen durch den Ehemann nicht mehr existiere.

- So werden Ausländer/innen schon heute bei der Arbeitssuche diskriminiert durch Erteilung einer Arbeiterlaubnis nach „Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes“ und durch das Arbeitsförderungs-gesetz, das die bevorzugte Stellenvermittlung an Deutsche, vor EG- bzw. Nicht-EG-Ausländer/innen bestimmt. So gilt schon heute Sozialhilfebezug, auch nach Krankheit oder Arbeitsunfall, als Abschiebegrund und soll künftig bereits der Bezug von Arbeitslosenhilfe ausreichen.

- So wird Ausländerinnen und Ausländern, von denen mehr als die Hälfte schon länger als 15 Jahre hier lebt und arbeitet, nicht nur das Wahlrecht in jeder Form weiterhin vorenthalten. Statt dessen werden 184.000 Ausländer/innen, zum Teil Mitglieder europäischer Regierungsparteien, als Extremisten geführt, und unterliegt gerade die politische Betätigung einer besonderen Einschränkung und Kontrolle. Hier konzentrieren sich die neuen Gesetzesvorschläge ganz besonders auf neue und verstärkte Disziplinierungsmöglichkeiten bis hin zu sofortigen und politisch bedingten Ausweisungsmöglichkeiten bei „verbotener politischer Betätigung“.

- So soll mit den neuen Bestimmungen das Nachzugsalter für Kinder drastisch gesenkt werden, soll der Nachzug von Ehepartnern, schon heute rigiden Bestimmungen unterworfen, durch festgelegte Quoten begrenzt werden. So soll sich an den Universitäten eine „Ausländer raus“-Politik durchsetzen, indem



ausländische Studentinnen und Studenten einer niedrig angesetzten Regelstudienzeit unterworfen werden, deren Überschreitung automatisch und ohne Einschränkungen zur Beendigung der Aufenthaltserlaubnis führt.

Wir meinen: Wirtschaftskrise und Arbeitsplätzeabbau betreffen uns alle. Es darf keine Arbeitslosen erster, zweiter und dritter Klasse geben. Wenn wir die Verteilung der Arbeit auf alle Hände fordern, so müssen damit auch die Hände griechischer, türkischer und portugiesischer Kolleginnen und Kollegen gemeint sein. **Wir meinen:** Die politische Entrechtung und Entmündigung der ausländischen Bevölkerung muß beendet werden. Denn wer will uns garantieren, daß es nicht gerade Innenminister Zimmermann sein könnte, der das Streikposten stehen, Demonstrationen gegen Aussperrungsmaßnahmen und Aktionen der Friedensbewegung zur verbotenen politischen Betätigung und damit zum Ausweisungsgrund erklärt?

Unter dem Motto: „Wir lassen uns nicht spalten – Deutsche und Ausländer, gleiche Rechte – Keine Verabschiedung der neuen Ausländergesetze“ werden wir gegen Ende September als zwei Kerngruppen in Hamburg bzw. München aufbrechen, um bis zur Abschlußaktion am 13. Oktober in Köln durch die ganze Bundesrepublik zu ziehen. Die „Marschiergruppen“, zusammengesetzt aus direkt Betroffenen, Mitgliedern der Initiativen, „Prominenten“ und begleitenden Künstler- und Kulturleuten, werden als ein bunter und phantasievoller Autokorso ihre Route bestreiten.

In verschiedenen Städten werden Initiativen und Bündnisse den Marsch mit Aktionen und Veranstaltungen empfangen, um dem Marsch gemeinsam erarbeitete lokale Dokumentationen über die Ausländerfeindlichkeit am Ort zu

Rezension

Materialien zur Ausländerfeindlichkeit

Im Dezember 1983 hatte in Frankfurt/M., organisiert vom Bund Demokratischer Wissenschaftler, ein Kongreß unter dem Titel „Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit“ stattgefunden. Die dort gehaltenen 25 Referate wurden jetzt in einer Broschüre, die 89 enggedruckte DIN A 4 Seiten stark ist, veröffentlicht:

Tagungsbericht „Kongreß Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit, am 16. und 17. Dezember 1983 in Frankfurt“, Selbstverlag Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), Postfach 543, 3550 Marburg, 89 Seiten, 10 DM.

Der Kongreß hatte in sechs Arbeitsgruppen getagt. In der AG 1 „Alltagserfahrungen – Fremdenangst – Ausländerfeindlichkeit“ wurden „psychische, soziale und politische Bedingungen der Entstehung von Ausländerfeindlichkeit“ thematisiert. Die AG 2 hatte den Titel „Wirtschaftskrise – Herrschaftssicherung – Ausländerfeindlichkeit“; die AG 3 behandelte die Themen „Ökonomische Entwicklung – Arbeitsmarkt – Staatliche und rechtliche Regulierung der Ausländerfrage“, die AG 4 „Verarbeitung von Praxiserfahrung in der Arbeit mit Ausländern“, die AG 5 „Arbeitsimmigration als kultureller Wandlungsprozess“. Die AG 6 schließlich fand unter dem Titel „Ideologische Traditionen und Leitbilder in den Wissenschaften und die Begünstigung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ statt.

Das von den einzelnen Referenten angeführte Schrifttum weist darauf hin, daß diese Themenkomplexe wissenschaftlich bereits mehr oder weniger umfassend behandelt worden sind. Es ist jedoch leider offensichtlich, daß der ideologische und politische Komplex, in dem die Ausländerfeindlichkeit einen zentralen Stellenwert hat, alles andere als ein „rein akademisches“ Thema ist.

Als Antwort auf diese nicht mehr zu übersehende private und staatliche Ausländerfeindlichkeit gibt es auch in der BRD bereits eine Vielzahl von Parteien, Organisationen, Komitees und Bürgerinitiativen, die sich diesem Problem widmen. Ohne die Bedeutung der wissenschaftlichen Durchdringung etwa der Beziehungen von Ökonomie, juristischen Maßnahmen und Ausländerfeindlichkeit gering zu schätzen, scheinen mir doch die aktuell wichtigsten Beiträge dieser in allen Teilen überaus empfehlenswerten Dokumentation jene zu sein, die direkt oder indirekt die offenkundigsten Mängel der bisherigen Solidaritätsarbeit betreffen.

Y. Karahasan faßt in seinem Referat unbestreitbar richtig zusammen: „Wer die Ausländerfeindlichkeit beseitigen will, muß die Arbeitslosigkeit beseitigen. Wer die Arbeitslosigkeit dauerhaft beseitigen will, muß den Kapitalismus beseitigen!“ Die in der sich naturgemäß durchweg als links verstehenden Solidaritätsbewegung vorherrschende zumindest implizite Anerkennung dieser Logik reicht sichtlich nicht aus, um ihr in der gesellschaftlichen Praxis zu irgendwelchen nennenswerten Erfolgen zu verhelfen.

Einige der Gründe dafür werden expressis verbis im Referat von H. Schweizer mit dem Titel „Links-Nationalismus und hilfloser Antifaschismus – Zur verborgenen Ausländer- und Deutschenfeindlichkeit in fortschrittlichen Gruppen“ und indirekter in den Beiträgen zur – biologischen – „wissenschaftlichen“ Be-



gründung der Ausländerfeindlichkeit und anderer mit ihr intim verbundener militant imperialistischer Zielsetzungen (siehe Opitz/Osterkamp sowie die Beiträge der AG 6) genannt.

So wird deutlich, daß selbst das Gros der Aktivisten gegen die Ausländerfeindlichkeit in einer Art argumentiert, die entweder das ausländerfeindliche Argumentationsmuster verfestigt (statt: „Die Ausländer müssen raus, weil sie uns die Arbeitsplätze wegnehmen“, „Die Ausländer müssen hierbleiben, weil ohne sie die Müllabfuhr nicht funktioniert“), oder aber – natürlich erfolglos – glaubt, sich der im übrigen gar nicht schweren Aufgabe der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den „wissenschaftlichen“ Argumenten der Rassisten und Volkstumsideologen dadurch entziehen zu können, daß diese Argumente als auch von den Nazis benutzte denunziert werden.

Daß die faschistischen Kräfte der sog. „Neuen Rechten“ sich der Hilflosigkeit vieler ihrer Gegner schon seit langem bewußt sind, wird aus folgendem Zitat der neofaschistischen Autorin Thora Ruth im „La Plata Ruf“ vom September 1973 deutlich: „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee der 'Ewig Gestrigen' passen... In der Fremdarbeiterfrage etwa erntet man mit der Argumentation 'Die sollen doch heimgehen' nur verständnisloses Grinsen.

Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: 'Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerstahren in Europa zu verschleppen. Der Mensch soll nicht nur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.' Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus!'. Im gleichen Sinn kann auch die sog. „völkische“ Variante des Faschismus an den Kulturpartikularismus und ahistorische Romantisierung vorindustrieller Kulturen anknüpfen, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen bei „Alternativen“ sowie bürgerlich Liberalen großer Wertschätzung erfreuen.

Diese Problemfelder umrissen zu haben, ist m.E. der wichtigste Beitrag, den der Kongreß in der aktuellen Situation geleistet hat. Seine unmittelbare Nutzbarmachung für die Arbeit der vielen lokalen Initiativen wird jedoch durch die ausgesprochen wissenschaftliche Sprache und das teilweise zu hohe Abstraktionsniveau vieler Referate nicht eben erleichtert. An einer eingehenden Diskussion der hier aufgeworfenen Fragen kommt die antirassistische und damit antifaschistische Bewegung jedoch nicht herum, wenn sie ihr Getto verlassen will.

L.A. Heinrich

Die Etappen

rdgruppe	Südgruppe
0.: Hamburg	29. 9.: München
0.: Bremen	30. 9.: Nürnberg
0.: Hannover	1. 10.: Hellbronn
0.: Bielefeld, Gütersloh, ne	2. 10.: Schwäbisch Gmünd
0.: Münster	3. 10.: Ulm
1. 10.: Dortmund	4. 10.: Pforzheim
0.: Witten	5. 10.: Stuttgart
1. 10.: Bochum	6./7. 10.: Mannheim, Heidelberg, Darmstadt
senkirchen, Essen	8. 10.: Wiesbaden
10.: Oberhausen,	9. 10.: Frankfurt/M.
heim, Dülburg	10. 10.: Gießen, Marburg, Wetzlar
10.: Krefeld, Düsseldorf	11. 10.: Kassel
10.: Siegburg, Bonn,	12. 10.: Bonn (Erftrkreis)
kreis	13. 10.: Köln (Abschluß)
10.: Köln (Abschlußtag)	

überreichen und mitzugeben.

Diese Dossiers werden die Grundlage abgeben für eine „Anklageschrift“, die auf einem großen Tribunal im Rahmen der Kölner Abschlußveranstaltung öffentlich diskutiert und zusammengefaßt werden soll.

In Köln wird der Marsch, nachdem sich die Gruppen in Bonn am Vorabend getroffen haben, am 13. Oktober morgens mit einer politischen Demonstration empfangen. Nach Abschluß des Tribunals wird die Aktion mit einer Kulturveranstaltung am Abend ihr Ende finden. (...)

Wer die Solidarität der Ausländer/innen nicht aufs Spiel setzen will – wer keine Streikbrecher aus Angst riskieren möchte –, der muß sich jetzt und heute für einen gesicherten und gleichberechtigten Daueraufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern einsetzen! Dies wollen wir tun: Unterstützt den „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik“!

Apropos Frauenhandel

Euren Beitrag zum Sextourismus und Frauenhandel am Beispiel Thailand in AIB 9/84 fand ich höchst aufschlußreich. Das gilt nicht nur für die Erklärung der Ursachen der Massenprostitution, sondern auch für die Beschreibung des Funktionierens des Frauenhandels seitens bundesdeutscher Agenturen bzw. Agenten.

Die in dem Beitrag beschriebenen bundesdeutschen Frauen- bzw. Menschenhändler treiben im übrigen nicht nur in Zentren wie Düsseldorf, Hamburg oder Frankfurt ihr Unwesen. Ihre Unterweltgänge ragen tief in die Provinz. In dem im Raum Marburg/Biedenkopf-Gießen verbreitetsten Anzeigenblatt „Mittelhessische Anzeigen-Zeitung“ (MAZ, Auflage 202.000), Ausgabe vom 29.8.1984, bot eine „Agentur Asia“, Sitz Linden, „bildhübsche Asiatinnen“ („treu, zärtlich, anpassungsfähig“) für hiesige Eigentumswillige „aller Altersgruppen“ an.



Bildhübsche Asiatinnen
treu, zärtlich, anpassungsfähig, suchen deutsche Ehepartner aller Altersgruppen.

Agentur Asia
Telefon (0 64 03) 6 73 68
von 10-18 Uhr (auch Sa. + So.)
Postfach 64
6307 Linden

Ich habe mir die Mühe gemacht, diese heiße Spur zu verfolgen. Auf meinen Anruf hin, gab der Agenturleiter die Auskunft, daß es sich bei den „Angeboten“ nahezu ausschließlich um Thailänderinnen handele. Die ansonsten ebenfalls zu habenden Frauen von den Philippinen seien wegen der augenblicklichen „politischen Unruhen“ und der achsolangen Seereise kaum zu bekommen.

Der Stückpreis sei durchgängig 5.500 DM. Die in der MAZ-Anzeige abgebildete Thailänderin Palai habe den Vorzug, daß sie besonders gut deutsch spreche. Im übrigen erhalte jeder Interessent drei Asiatinnen zur Auswahl, bei Wartezeiten von 3-6 Monaten. Einzige Bedingungen der Agentur: Die Bewerber dürfen nicht verheiratet und/oder arbeitslos sein... Ungeachtet der hohen Arbeitslosigkeit hierzulande scheint der moderne Sklavenhandel schwungvoll zu gedeihen. Und für die bundesdeutschen Behörden ist der menschenunwürdige Schacher mit „demütigen Asiatinnen“ offenbar kein anstößiges Thema.

Mirko Heide, Marburg

Vorurteile bestärkt

Da Kritik meist nur geäußert wird, wenn Negatives einem aufstößt, vorab – das Heft 9/1984 und die Artikel gefallen mir insgesamt recht gut.

Ich beziehe mich in diesem Brief konkret auf den Artikel: „Sex-Tourismus und Frauenhandel“ von Elisabeth Schneider/Heidi Wagner. Unter der Überschrift „Prostitution als Mas-

senphänomen“ wird zunächst richtig dargestellt die sog. Fremdenverkehrsprostitution, nach sich ziehend die kollektive Entwürdigung.

Dann soll auf die Praktiken der internationalen Prostitutionsorganisationen eingegangen werden. Und jetzt sind die Schwulen dran, bzw. „Homosexuellenorganisationen“ wie es heißt. Welche Homo-Organisationen? Sie vermitteln nämlich Adressen von Schulen in Nord- und Ostafrika, wo Jungen und Mädchen sich anbieten.

Daß es so etwas gibt, ist unbestritten, nur ... nach AIDS, dem Verfall der Moral, Herpes usw. sind die Homos nun auch daran schuld und zwar alle, wie es undifferenziert und allgemein zum Ausdruck kommt.

So kann und darf man das nicht bringen, genauso wenig wie die Schlußbehauptung, jeder Mann würde in asiatischen Frauen automatisch zur Verfügung stehende Objekte sehen. Viele Männer, mag sein, aber nicht alle. Sowenig wie alle Deutschen im 2. Weltkrieg Faschisten waren – wenn auch sehr viele.

Die Autorinnen sollten bedenken, daß so allgemein und undifferenziert nicht geschrieben werden darf. Die Vorurteile gegen Schwule sind auch in der linken Szene präsent, solche Argumente wie in diesem Artikel geliefert, tragen nicht zur Verbesserung des Klimas bei. Es entsteht bei den Lesern ein falscher Eindruck, der nur zu gern geglaubt wird, denn so völlig ohne Vorurteile sind wir ja alle nicht.

Ich darf die Autorinnen bitten, solche Fehler, die aus Unachtsamkeit – Unsensibilität entstanden sein mögen nicht mehr zu machen. Es wäre schade, den inhaltlich guten Artikel, bzw. folgende Artikel, wieder durch so etwas in seiner Wirkung geschmälert zu sehen.

Michael Heyer, Berlin-West

Nicaragua gut, aber ...

Insgesamt finde ich das AIB-Sonderheft über Nicaragua gut und informativ, ich habe es auch vielen Leuten weiterempfohlen. Auf diesem Hintergrund einige kleine Kritikpunkte:

- zu den Nicaragua-Daten, S. 34/X: Warum tauchen unter „Bevölkerung“ die Indios nicht auf? Miskitos (120.000), Sumus (8.000) und Ramas (2.000) umfassen immerhin mehr als 4% der ca. 3 Mio Einwohner.

- zur „Verwaltung“: wichtiger als die 16 departamentos sind – seit 1981 – die 6 Regionen und 3 Spezialzonen. Die damit erreichte – und gerade für lateinamerikanische Verhältnisse bemerkenswerte – Dezentralisierung und damit Volksnähe von Entscheidungsstrukturen ist eine hierzulande unbeachtet gebliebene Errungenschaft der Revolution (wahrscheinlich wird hier Nicaragua immer noch nur aus der Perspektive Managuas betrachtet).

Die Einschätzung von Ute Kampmann über die Katholische Kirche („...der Versuch, die Konterrevolution über die Kirche auszutragen, zum Scheitern verurteilt...“, S. 37/XIII), genauer: die Katholische Hierarchie, ist ganz und gar unzutreffend. Nicht nur, daß sie den einmaligen Dialog gegenüber allen Konflikten seit Oktober 1980 überbewertet, beim Verfassen des Artikels (Anm. 12: FAZ vom 6.6.84) war längst der Hirtenbrief von Ostern erschienen, der alle diesbezüglichen Zweifel geklärt hat.

Überhaupt scheint Ihr die Bedeutung des ideologischen, und das heißt in Nicaragua vor allem des religiösen Klassenkampfes zu unterschätzen. Nicht umsonst hat Tomas Borge im Konkret-Interview (7/84) Erzbischof Obando y Bravo nicht nur als den dicksten und häßlichsten, sondern auch als wichtigsten Anführer der Opposition bezeichnet.

Daß die PLI keine Linkspartei mehr ist (S. 37/XIII – Kasten), jedenfalls nicht in ihrer Mehrheit, war doch bei der Erstellung des Sonderheftes bekannt. Schon damals gab es die Überlegung, ihren Präsidentschaftskandidaten zum Kandidaten aller Rechtsparteien zu machen.

Eberhard Löschke, Bochum

Eifrig und gewissenhaft

Ich bin Deutschlehrer aus der Elfenbeinküste und unterrichte zuhause. Im Moment bin ich im Urlaub in Deutschland um meine deutsche Sprache zu verbessern.

Zufälligerweise habe ich hier die neueste Ausgabe Ihrer Zeitschrift gefunden und gelesen. Ich freue mich darüber, daß Sie sich so eifrig und gewissenhaft für unsere alltäglichen Sorgen interessieren. Deshalb möchte ich Ihnen dafür danken.

Und ich will keine Zeit mehr verlieren, um Ihre Zeitschrift monatlich zu lesen, selbst wenn ich in der Elfenbeinküste arbeite.

Moustapha T., Elfenbeinküste

Mit den Augen der Unterdrückten

Zuerst möchte ich Euch zu Eurer ausgezeichneten Arbeit gratulieren.

Als Chilene und Angehöriger der Länder, die hier als „3. Welt“ bezeichnet werden, finde ich, daß das AIB die beste, tiefgründigste und engagierte Informationsquelle über die „3. Welt“ ist, die unsere verschiedenen Kämpfe mit den Augen der Unterdrückten, der Kämpfenden, der Solidarisierenden darstellt. Eure Arbeit ist von großer Wichtigkeit in der BRD, um Bewußtsein über unsere Probleme zu schaffen.

Leider, wegen der Probleme mit der Rückkehr in meine Heimat, kann ich das AIB nicht weiter abonnieren.

Juan Carlos C., Frankfurt



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Buchtip

Das Buch
Frank Niess, Der Koloß im Norden. Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984, 400 Seiten, 16,80 DM

wird dem Anspruch des Autors, einen „ersten knappen Überblick über die Geschichte der US-Lateinamerikapolitik seit James Monroe zu geben“, voll gerecht. Er reicht von der Eroberung des „Wilden Westens“ und dem Völkermord an den Indianern bis zur Einmischung in Mittelamerika und zur Invasion in Grenada. Er kennzeichnet ein ungleiches Verhältnis zwischen dem Koloß USA und dem lateinamerikanischen Subkontinent. Es schließt sich ein kurzer Dokumentenanhang an, der Daten zum Handel USA-Lateinamerika und zu US-Direktinvestitionen enthält sowie die wichtigsten Konferenzen und die lange Reihe der US-Interventionen auflistet.

Vorausgegangen war dem Buch ein ausführliches Quellenstudium in den USA, und das merkt man auch beim Lesen. Entstanden ist kein trockenes Geschichtsbuch, sondern ein historisch fundiertes Werk, das erstaunlicherweise die erste zusammenhängende Abhandlung zu dieser Themenstellung im deutschsprachigen Raum darstellt.



Türkei - Bundesrepublik

Am 5.9.1984 traf der türkische Ministerpräsident Turgut Özal zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl in Bonn ein. Zweck der Beratung war der Wunsch der Türkei nach vermehrter deutscher Wirtschaftshilfe besonders bei der Wiedereingliederung der Rückwanderer. Die Bundesrepublik, in der 90% der türkischen Arbeitsemigranten der EG leben, ist seit längerem bemüht, von der Türkei zumindest einen Teilverzicht auf die Freizügigkeitsbestimmungen des Assoziierungsvertrags mit der EG zu erwirken.

Um dies zu erreichen, ist die BRD, die heute

schon der größte Handelspartner der Türkei ist, bereit Exportgeschäfte zum Billigpreis mit Hilfe der Hermes-Versicherung zu unterstützen. So bot der Kanzler seinem Gast großzügig Finanzierungsbeihilfen für den Bau eines deutschen Atomkraftwerkes an. Ebenso wird Bonn die Lieferung europäischer Airbus-Großraumflugzeuge kreditieren.

Zudem sicherte Bonn Özal zu, sich dafür einzusetzen, daß die blockierten EG-Finanzhilfen in Höhe von fast 600 Mio Dollar an die Türkei ausgezahlt werden. Nach Meinung der Bundesregierung ist die Redemokratisierung des Landes, eine Voraussetzung für eine Freigabe der Gelder, bereits verwirklicht.

Darüber hinaus hat Özal, der das Kriegsrecht in seinem Land als ein vom ganzen Volk gewünschter Zustand verherrlicht, noch die Zusage über 130 Mio Mark Militärhilfe erhalten. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Militärputsches in der Türkei und aus Protest gegen den Besuch von T. Özal, fanden drei bundesweite Demonstrationen statt.

Ratschläge für Veranstaltungen

An alle, die vor die Frage gestellt sind, einmal eine Veranstaltung durchzuführen, richtet sich die Broschüre:

Es wird schon schief gehen – Praktische Ratschläge zur Organisation von Veranstaltungen. Sie soll vor allem dazu beitragen, daß nicht in allen Bereichen der Solidaritätsarbeit immer wieder dieselben Erfahrungen und Fehler gemacht werden, weil es am Informationsaustausch hapert.

Deswegen bietet die Broschüre in acht Kapiteln eine knappe und gute Zusammenfassung all dessen, was man zu berücksichtigen hat: Welche Veranstaltung soll geplant werden (Konzert, Theater, Vortrag usw.), wie ist die Veranstaltung zu finanzieren? Welcher Saal soll ausgewählt werden und welche technischen Anlagen sind vonnöten?

Schließlich hängt dann alles von der Werbung ab, welchen Erfolg eine Veranstaltung hat. Dazu praktische Beispiele von Anzeigen in den Massenmedien, Plakatwerbung, Flugblätter usw.

Die Broschüre kann für 3 DM bezogen werden bei: Chile-Komitee München, c/o Thea Schmitt, Rosenheimer Straße 123, 8000 München.

Nikaragua: Taxistas

Zwei Brigaden mit bislang 11 Kraftfahrzeug-(Kfz)-Spezialisten werden im Oktober/November d.J. und Januar 1985 von Berlin-West zum Einsatz nach Managua starten. Falls sich weitere Kfzler bei den Initiatoren melden sollten, ist an eine Erweiterung der Januar-Brigade bzw. eine dritte Nikaragua-Brigade gedacht.

Die Initiatoren dieses Projekts, die im September 1983 gegründete Gruppe „taxistas – Berliner Taxifahrer/innen gegen US-Intervention in Mittelamerika“, haben seit Jahresbeginn 1984 mit Sonderschichten und Geldsammelungen rund 25.000 DM für ihr Nikaragua-Projekt eingefahren. Sie sind nun dabei, es für den Großteils in Nikaragua brachliegenden öffentlichen Busverkehr bereitzustellen.

Ihr Partner in Managua ist das staatliche Transportunternehmen ENABUS, von dem sie erfahren, „daß von dem Gesamtbestand von 433 Daimler-Bussen zur Zeit nur etwa 280 Busse im Einsatz sind. Neben Ersatzteilen fehlen insbesondere Spezialwerkzeuge und Fachliteratur“.

Die Taxistas bitten um Spenden, denn sie brauchen noch gut 12.000 DM für Ersatzteile, Prüfbank und Transport. Konto: Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00, Kto.Nr. 0650 126 262, Christoph Hermann, Kennwort: Taxistas. Rückfragen richten an: Taxistas, c/o Paul Spielvogel, Cuvrystr. 20, 1000 Berlin 36

Krefelder Forum

Unter dem Motto „Hiroshima mahnt – Für Europa und die Welt: Stoppt den Rüstungswahnsinn!“ fand am 8./9. September d.J. in Dortmund das 4. Forum der Krefelder Initiative statt. Zwei Tage diskutierten über 1.000 Vertreter der bundesdeutschen Friedensbewegung – auch im Dialog mit Repräsentanten der Friedenskräfte aus anderen Ländern – über Wege aus der Gefahr einer atomaren Vernichtung.

„Die neuen Massenvernichtungswaffen“, heißt es in einem von den Teilnehmern verabschiedeten Aufruf, „stellen die Welt vor die Gefahren eines tausendfachen Hiroshima. Nur durch den sofortigen Stopp der Rüstung kann die notwendige Umkehr zur Abrüstung erreicht werden. Deshalb appellieren wir an alle Regierungen:

- die atomare Aufrüstung sofort zu stoppen;
- die bewaffnete militärische Nutzung des Weltraums zu verbieten.

Von der Bundesregierung fordern wir:

- die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu stoppen;
- für einen Aufrüstungsstopp einzutreten und den Rüstungshaushalt einzufrieren.

Nur so kann Europa und der Welt das Schicksal Hiroshimas erspart bleiben.“

Abschluß des 4. Krefelder Forums bildete die Großveranstaltung „Künstler für den Frieden“. Ca. 15.000 Besucher demonstrierten gemeinsam mit den Künstlern aus der Bundesrepublik und Westberlin, aus der DDR, den USA, der UdSSR, aus Chile, der Türkei, Kanada, Österreich und Irland, daß auch nach begonnener Stationierung der Kampf gegen die US-Atomraketen fortgesetzt wird.



Philippinen

Anlässlich des 1. Jahrestages der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino (siehe: AIB 10/1983, S. 42f. und 3/1984, S. 17f.) kam es am 21. August d.J. zu Massendemonstrationen gegen das Marcos-Regime. Allein in Manila beteiligten sich – nach unterschiedlichen Schätzungen – zwischen 500.000 und 2 Mio Anhänger der bürgerlichen und radikalen Opposition an Kundgebungen und Märschen.

Verlautbarungen aus Kreisen der von Marcos eingesetzten Kommission, die den Mord an Aquino untersuchen soll, stützten Ende August die Behauptung der Opposition, daß Aquino von Militärs erschossen worden sei. Im Verein mit Personen aus der Umgebung von Marcos hätte der Oberbefehlshaber der philippinischen Armee, General Fabian Ver, den Befehl dazu gegeben.

Die USA versuchen Marcos unterdessen zu einer Veränderung seiner Politik zu bewegen, da sie darin den Hauptgrund für das Anwachsen der Massenbewegung und der Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) sehen.

Am 4.9.1984 stimmten sie gegen einen 130-Mio-Dollar-Kredit der Weltbank, weil Marcos ihren Wünschen nach wirtschaftlichen Reformen und Korruptionsbekämpfung nicht nachkam.

Berichte der US-Botschaft, des CIA und des Oberbefehlshabers des US-Pazifik-Kommandos, Admiral William Growe, weisen auf die wachsende Rolle der NPA hin. Nach US-Angaben soll sie 12-15.000 Kämpfer umfassen und 17% der Dörfer kontrollieren. Diese Entwicklung ist Grund genug für die USA sich nach Alternativen zu ihren Stützpunkten auf den Philippinen umzusehen.

Indien

In Indien ist es im August d.J. erneut zu Massenprotesten gegen die Regierung unter Indira Gandhi gekommen, bei denen nach offiziellen Angaben landesweit 50.000, nach Informationen der Opposition 200.000 Menschen vorübergehend festgenommen wurden. Die teils von blutigen Ausschreitungen begleiteten Proteste richteten sich vor allem gegen die von der Zentralregierung in Neu-Delhi verfügte Absetzung des Regierungschefs des südindischen Bundesstaates Andra Pradesh, Rama Rao.

Die Zentralregierung begründete die Absetzung Raos aber auch damit, daß er und seine Telugu-Desam-Partei im Regionalparlament von Andra Pradesh über keine regierungsfähige Mehrheit mehr verfügt hätten.

Da mit gleicher Begründung einige Wochen zuvor der Regierungschef des ebenfalls von Unruhen erschütterten Bundesstaates Dschammu und Kaschmir seines Amtes enthoben worden war, werteten Oppositionspolitiker die Suspendierung Raos als neuerlichen Versuch Indira Gandhis, ihrer Kongreß-Partei für die im nächsten halben Jahr anstehenden gesamt-nationalen Wahlen eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen.

Anfang September hat die Regierung Gandhi Truppeneinheiten in die Hauptstadt Andra Pradeshs, Hyderabad, entsandt, nachdem dort bei erneuten Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems 6 Menschen getötet und über 100 verletzt wurden.

Israel

Am 13. September 1984 einigten sich Shimon Peres (Arbeiterpartei – MAPAI) und Yitzhak Schamir (Likud-Block) auf ein Abkommen über eine große Koalition, der 10 Gruppierungen, davon vier religiöse, angehören. Sie vereinen im Parlament 97 von 120 Sitzen auf sich. In der ersten Hälfte der vierjährigen Regierungsperiode amtiert der Sozialdemokrat Peres als Ministerpräsident und sein Vorgänger Schamir als Außenminister; hernach werden ihre Ämter getauscht.

Das Verteidigungsministerium fällt an die MAPAI, wohingegen die wirtschaftlichen Schaltstellen, die Ministerien für Finanzen sowie Industrie und Handel, in Händen des großbürgerlichen Likud bleiben. Letzteres übernimmt mit Ex-Verteidigungsminister Ariel Scharon jener General, der als der Verantwortliche der Massaker von Sabra und Shatila im September 1982 rufbar wurde und der just Ende August d.J. auch das Ostufer des Jordan, d.h. das Königreich Jordanien, als Teil Israels beanspruchte.

Im Minimalprogramm der Regierung Peres/Schamir zählt indessen die Befürwortung von Friedensverhandlungen mit Jordanien zu den Kernpunkten. Weiter einigte man sich auf einen baldigen Rückzug aus dem Libanon und auf eine rigorose Wirtschaftssanierung.

Zankapfel blieb die vom Likud-Block verfolgte großisraelische Siedlungspolitik im okkupierten Westjordan- und Gazagebiet. Die bestehenden jüdischen Siedlungen sollen beibehalten werden. Von den 27 Neusiedlungen, die von der Likud-Regierung bereits beschlossen, aber noch nicht begonnen worden waren, sollen 1984/85 fünf gegründet werden. Der Rest bleibt vakant.

Die linkszionistische MAPAM, die bei den Parlamentswahlen vom Juli d.J. (siehe AIB 9/1984, S. 4ff.) auf einer Wahlliste (Ma'arach) mit der MAPAI kandidiert und 6 der 44 Ma'arach-Sitze errungen hatte, lehnte die große Koalition ab und kündigte das Bündnis mit der Arbeiterpartei auf. An ihre Stelle rückte als MAPAI-Partner in der Koalition die neugegründete Jaschad-Partei Ezer Weizmanns (3 Sitze). Andererseits versagte die chauvinistische Tehija (5 Mandate) wegen der Likud-Kompromißbereitschaft in der Siedlungsfrage der Koalition die Gefolgschaft.

VI.UNIDO

Vom 2.-20. August d.J. tagte in Wien die 4. Generalkonferenz der UN-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO), an der Delegationen aus 135 Ländern teilnahmen. Zu 12 Resolutionen konnte ein einmütiges Abstimmungsergebnis erreicht werden, drei weitere wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Zu den für den Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer zentralen Fragen der Finanzierung und der weltweiten Umstrukturierung und Verlagerung von Industrien aber wurde keine Einigung erzielt.

In der Präambel zu den Konferenzbeschlüssen werden der Protektionismus, die Verschlechterung der Terms of Trade (Verhältnis von Export- und Importpreisen der Dritten Welt; d. Red.), das hohe Zinsniveau, der Rückgang der Finanzzuflüsse, die Stagnation der öffentlichen Entwicklungshilfe sowie die wachsende Schuldenlast als Ursachen für die verschlechterte Wirtschaftsentwicklung in den Entwicklungsländern genannt. Außerdem wird auf den engen Zusammenhang zwischen Frieden und Entwicklung hingewiesen.

Gegen die Präambel stimmten lediglich die USA. 12 weitere Staaten, darunter die BRD, enthielten sich.

Libyen-Marokko

Am 13. August d.J. unterzeichneten die Staatsoberhäupter von Marokko und Libyen, Hassan II. und Muammer el-Ghaddafi, in Oujda (Marokko) einen Vertrag über den Zusammenschluß ihrer Staaten.

Durch eine Volksabstimmung in Marokko und einem Entscheid des Libyschen Volkskongresses wurde dieser Vertrag über eine Arabisch-Afrikanische Föderation, die auch anderen Staaten offensteht, ratifiziert. Die beiden ungleichen Staatsoberhäupter sollen sich alle 2 Jahre, als Vorsitzende eines Föderationsrates ablösen.

Der Vertrag verpflichtet die Staaten Marokko und Libyen zu gegenseitigem militärischen Beistand im Angriffsfall und enthält Abmachungen über wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und soziale Projekte.



Koalitionspartner Peres (l.) und Shamir

Äthiopien

Am 10. September d.J., genau 2 Tage vor den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Sturzes von Kaiser Haile Selassie, wurde in Addis Abeba die Arbeiterpartei Äthiopiens (WPE) gegründet. Die Entstehung der Partei war durch die am 16.12. 1979 gebildete Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE) in die Wege geleitet worden. Der Provisorische Militärische Verwaltungsrat (PMAC), der bisher die Geschicke des Landes leitete, soll aufgelöst werden.

Am WPE-Gründungsparteitag, der vom 6.-10.9.1984 tagte, nahmen 1.700 Delegierte sowie ca. 40 ausländische Delegationen teil. Auf dem Kongreß wurde ein 136köpfiges Zentralkomitee und ein Politbüro mit 10 Mitgliedern gewählt. Generalsekretär der neuen Partei, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennt, wurde das Staatsoberhaupt Mengistu Haile Mariam. Der Parteitag beschloß, eine neue Verfassung auszuarbeiten und Wahlen zu einer Nationalversammlung abzuhalten.

Er verabschiedete ebenfalls einen 10-Jahres-Perspektivplan der die Vollendung der nationaldemokratischen Revolution und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vorsieht. Von 1984-94 soll die Wirtschaft jährlich um 6,5% wachsen. Der Plan sieht vor, bis 1994 das Analphabetentum zu beseitigen, 80% der Bevölkerung medizinisch zu versorgen und 53% der Bauern in Genossenschaften zu organisieren.

Burkina (Obervolta)

Anläßlich des Jahrestages der Machtübernahme durch die progressive Regierung unter Thomas Sankara (siehe AIB 9/1983, S. 10ff.) wurde Obervolta am 4. August d.J. in Demokratische Volksrepublik Burkina umbenannt sowie die Einführung einer neuen Flagge und Nationalhymne bekanntgegeben.

Gleichzeitig kündigte Sankara für Oktober d.J. einen Entwicklungsplan für das Land an, in dem u.a. eine Agrarreform, Infrastrukturprojekte und weitere Alphabetisierungsmaßnahmen enthalten sein sollen.

Die Durchsetzung dieses Plans sowie die Beibehaltung der bisherigen fortschrittlichen Linie der Politik Sankaras soll die am 1. September d.J. neugebildete Regierung garantieren, in der als Folge der Auseinandersetzungen vom Mai/Juni d.J. die Patriotische Liga für die Entwicklung (LIPAD; siehe AIB 7-8/1984, S. 82f.) nicht mehr vertreten sein wird.

Ihre fünf ehemaligen Minister sowie der Führer der Gewerkschaftskonföderation Burkinas (CSB), Soumane Touré, der ebenfalls der LIPAD angehört, waren vorher von Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) kritisiert worden, da sie unter „dem Mantel der Revolution das Volk getäuscht“ hätten. Neu in der Regierung vertreten sind Mitglieder der Kommunistischen Kampfunion (ULC).

Kolumbien

Drei kolumbianische Guerillaorganisationen, die linksnationalistische Bewegung des 19. April (M 19), die maoistische Volksbefreiungsarmee (EPL) und der trotzkistische Arbeiterselbstschutz (ADO) haben am 23. und 24. August d.J. ein vorerst auf ein Jahr befristetes Waffenstillstandsabkommen mit der konser-

vativen Regierung Betancour unterzeichnet. Am 28. März d.J. hatte dies bereits die mit 12-15.000 Kämpfern größte Guerillaorganisation, die kommunistischen Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), getan (siehe AIB 5/1984, S.54). Lediglich die Nationale Befreiungsarmee (ELN) und Abspaltungen der FARC und des ADO wollen den bewaffneten Kampf fortführen.

Rechtsextremisten hatten bis zuletzt versucht, den Vertragsabschluß zu hintertreiben. Die von der Drogenmafia finanzierte paramilitärische Organisation „Tod den Entführern“ (MAS) hatte kurz vorher den Arzt Carlos Toledo Plata erschossen, eines der Führungsglieder der M 19.

Kritik kam auch von seiten der Großgrundbesitzer und aus reaktionären Teilen der Konservativen und der Liberalen Partei, die die mit dem Vertrag verbundenen Reformmaßnahmen ablehnen.

Als Vorbedingung für den Waffenstillstand hatte die Guerilla eine generelle Amnestie, eine Landreform, soziale Umgestaltungen und den Kampf gegen paramilitärische Organisationen wie die MAS gefordert.

Rotes Meer

Seit Juli d.J. sind im Golf von Suez und im Roten Meer wiederholt Treibminen detoniert. Dabei wurden bislang 19 Handelsschiffe verschiedener Länder beschädigt.

Während die ägyptischen Behörden zunächst „abgedriftete Sprengladungen von Bohrs Inseln im Golf von Suez“ oder auch „letzte Überbleibsel des Oktoberkrieges von 1973“ als möglichen Grund für die Explosionen angaben, machten sie bereits wenig später Libyen und den Iran für die Verminderung dieses internationalen Schifffahrtsweges verantwortlich. Beweise dafür konnten allerdings nicht erbracht werden.

Die massive Beteiligung der USA und anderer NATO-Staaten an der erfolglosen Minenräumung und die damit verbundene Konzentration von Kriegsschiffen, Hubschraubern und Militärexperten in der Region lassen verschiedene Anrainerstaaten ohnehin andere Hintergründe befürchten.

So vermutet z.B. die in den Vereinigten Arabischen Emiraten erscheinende Tageszeitung Al Khalij, daß die USA die Verminderung des Roten Meeres selbst initiiert hätten, um so die Ausweitung ihrer Militärpräsenz in der Region zu legitimieren.



US-Hubschrauber bei der Minensuche im Roten Meer



Noch immer ist unklar, welche konkreten Auswirkungen die Vertragsabschließung für die Befreiungsbewegung Frente Polisario hat, die bisher von Libyen in ihrem Kampf gegen die marokkanische Besetzung der Westsahara unterstützt wurde.

In den westlichen Hauptstädten löste der Vertrag Besorgnis über die Zuverlässigkeit des bisher als treu angesehenen marokkanischen Bündnispartners aus. Immerhin haben die USA seit 1960 ein Militärabkommen mit diesem Land, während Oberst Ghaddafi von der Reagan-Administration zu ihrem Hauptfeind erklärt wurde.

Ihre Versuche, Libyen zu isolieren, hat Ghaddafi mit dem Föderationsabkommen unterlaufen. Auch Mitterrands „private Reise“ zu Hassan II. demonstriert, daß Frankreich fürchtet, den treuesten Mitstreiter seiner Interventionspolitik in Afrika (Tschad, Zaire) zu verlieren.

Zimbabwe

Vom 8.-12. August d.J. fand in Harare der 2. Parteitag der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe/Patriotische Front (ZANU/PF) statt. Er wählte ein Zentralkomitee mit 90 Mitgliedern (bisher 26) und bestimmte erneut Premierminister Robert Mugabe zum Parteivorsitzenden. Ein 15köpfiges Politbüro wurde von R. Mugabe ernannt.

Die 6.000 Delegierten billigten ein neues Statut, das die – wieder in ZANU umbenannte – Partei zu einer marxistisch-leninistischen Volkspartei erklärt. Ihr Ziel ist der Aufbau eines sozialistischen Einparteiensstaates der von der ZANU geführt wird und die Errichtung einer „vollkommen demokratischen Gesellschaft“.

Dazu soll „das übernommene Wirtschaftssystem zu Gunsten der Arbeiter und Bauern“ umgestaltet werden, was durch den Erwerb staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, die Bildung von Genossenschaften in Industrie und Handel, stärkerer staatlichen Kontrolle der Banken und Versicherungen und einer Landreform erreicht werden soll.

Über die dazu nötige Verfassungsänderung sollen Gespräche mit der Opposition geführt werden. Gegen die seit der Unabhängigkeit bestehende Verfassung, die das Mehrparteiensystem bis 1990 garantiert, soll nicht verstoßen werden. Deshalb soll gleichzeitig mit den Parlamentswahlen – voraussichtlich im Frühjahr 1985 – über eine Verfassungsänderung abgestimmt werden.

D 7426 E
Postvertrieb
Zeitungsgebühr be
AIB, Liebigstr. 46, 3550 M

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk